

# offen-siv

---

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

1/2017

---

Spendenempfehlung: 3,00 €

## Ausgabe Januar-Februar 2017

Redaktionsnotiz.....	3
Obdachlosigkeit.....	4
<i>Emko</i> : So genannte „Kältetote“ .....	4
Syrien.....	6
<i>Syrische Kommunistische Partei (Vereinigt)</i> : Syriens Kommunisten zur aktuellen Lage in ihrem Land.....	6
<i>Brigitte Queck</i> : Syrische sowie ukrainische Nationalisten und Faschisten Hand in Hand gegen Russland - am 7. Dezember 2016 vor der russischen Botschaft.....	10

<i>Emko</i> : Die MLPD verurteilt das „bestialische Vorgehen der Regierung Assad“ und skandiert: „Nieder mit Assad und Putin“!..	12
Italien.....	14
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Gescheitert auf dem Weg der Hoffnung. Partei der Rifondazione Comunista vor dem Scherbenhaufen ihrer opportunistischen Politik.....	14
Zur Geschichte des Sozialismus.....	23
<i>Nikos Mottas</i> : 25 Jahre seit der Konterrevolution in der UdSSR - Der Sozialismus ist notwendig und aktuell wie eh und je.....	23
<i>Grover Furr</i> : Stalin etc.....	25
<i>Kapitän zur See a. D. Gerhard Matthes</i> : Ehrung für Dr. Richard Sorge.....	35
KKE.....	38
<i>ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands</i> : Thesen für den 20. Parteitag der KKE, 30.3. – 2.4.2017.....	38
Marxistisch-leninistisches Fernstudium.....	81
<i>Frank Flegel</i> : Bericht vom 4. Seminar des gemeinsamen marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv...	81
DKP.....	83
Austrittserklärung aus der DKP von Miclas Lacorn - und deren Kommentierung.....	83
Gedanken zu den „Briefen aus dem Gefängnis“ von Heinz Keßler.....	85
<i>Miclas Lacorn</i> : Was uns Heinz Keßler für den aktuellen Kampf mitgibt.....	85

## Impressum

### offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

#### Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Die Kommunistische Partei Griechenlands, die KKE, wird Ende März/Anfang April des Jahres ihren 20. Parteitag abhalten. In Vorbereitung dessen hat die Partei Thesen formuliert. Da wir diese für ein sehr gutes Beispiel dafür halten, wie eine kommunistische Partei unsere Theorie, den Marxismus-Leninismus, auf die aktuelle Situation des imperialistischen Kapitalismus bezieht, bringen wir hier die Einleitung und die ersten drei Kapitel – insgesamt enthalten die Thesen vier Kapitel. Aus Platzgründen mussten wir kürzen und haben uns dafür entschieden, das vierte Kapitel wegzulassen, weil es dort sehr spezifisch um den Tätigkeitsbericht seit dem 19. Parteitag, den Parteiaufbau usw. geht – sicherlich auch sehr interessant, aber eben doch etwas spezieller und etwas weniger allgemeingültig als die ersten drei Kapitel. Vielleicht ist es ja möglich, dieses vierte Kapitel in der nächsten Ausgabe zu bringen.

Die Entscheidung, die Thesen der KKE zu bringen, machte wegen deren Umfang einige Umgestaltungen in der Planung dieses Heftes notwendig: so mussten wir einen vorgesehenen Artikel über die Verlogenheit des so genannten „Lutherjahres“ genauso verschieben wie die angekündigte Arbeit zu den ökonomischen Reformen auf Kuba und den Nachdruck eines Interviews mit dem syrischen Ministerpräsidenten Baschar al-Assad vom Dezember 2016 nach der Befreiung Aleppos. Was das Interview angeht, wird sein Nachdruck eventuell nicht nur verschoben sein, sondern unter Umständen gar nicht mehr stattfinden, denn es ist zu erwarten, dass es im März kaum noch aktuell ist.

Obwohl wir das Assad-Interview nun nicht bringen, beschäftigen wir uns selbstverständlich mit Syrien, ebenso – wie fast immer – mit der Geschichte des Sozialismus, wozu in gewisser Weise auch die Arbeit von Gerhard Feldbauer über die (katastrophale) Geschichte der kommunistische Bewegung in Italien während der vergangenen 25 Jahre gehört. Wenn die Zeit es zulässt, werden wir in näherer Zukunft eine Chronik der Verbrechen des Revisionismus erarbeiten – möglichst inklusive der Spätfolgen.

Das Buch von Heinz Keßler: Briefe aus dem Gefängnis findet bisher eine gute Aufnahme und einen guten Absatz. An dieser Stelle wollen wir sehr herzlich denjenigen Genossinnen und Genossen danken, die uns mit kleinen und großen Spenden, großzügige Bezahlung (z.B. 20,- statt 14,- Euro) und durch Bekanntmachung des Buches sehr geholfen haben.

Am 26. Januar feiert Heinz Keßler seinen 97. Geburtstag. Lieber Heinz, sei ganz herzlich begrüßt und umarmt von uns! Du bist ein Beispiel an Klarheit und Standhaftigkeit!

Ein anderer, auf den diese Attribute zutreffen, ist von uns gegangen: Fidel Castro. Sein Tod ist ein unermesslicher Verlust für alle fortschrittlichen Kräfte auf dem gesamten Erdball. Ich möchte hier am Schluss dieser Redaktionsnotiz Fidels Worte zitieren, die er 1989 an Heinz Keßler richtete: „Was auch immer Ihr tun werdet, was immer Ihr auch tun müsst – vergesst eins nicht: Wer auch nur ein wenig, nur ein Stück der Macht aus der Hand gibt, ist im internationalen Klassenkampf verloren. Und es ist Klassenkampf.“

Wenn ich darauf hinweise, dass Zeitungsmachen Geld kostet, sage ich nichts Neues. Trotzdem kann man es gar nicht oft genug sagen.

Für die Redaktion: Frank Flegel

Hier unsere Konto-Nummer:

**Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,**

**IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

<h2>Obdachlosigkeit</h2>
--------------------------

### ***Emko: So genannte „Kältetote“***

Gerade in diesen Tagen zeigt der Kapitalismus wieder einmal seine wahre Fratze: Bei Temperaturen um ca. -20 Grad herum erfrieren europaweit dutzende Menschen. Wie so oft trifft es die Ärmsten, nämlich Obdachlose. Obdachlose: Allein in Berlin leben nach Angaben von „unbeachtet.org“ etwa 11.000 Menschen auf der Straße (<http://unbeachtet.org/zahlen-obdachlosigkeit-in-deutschland/>), für die BRD benennt die BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W) einen drastischen Anstieg der Wohnungslosigkeit: 2014 waren ca. 335.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung; seit 2012 war dies ein Anstieg um ca. 18 %. ([http://www.bag-wohnungslosenhilfe.de/.../zahl\\_der\\_wohnungslo.../](http://www.bag-wohnungslosenhilfe.de/.../zahl_der_wohnungslo.../))

Doch europaweit erfrieren auch Leute in ihren Wohnungen, da sie arm sind: *„Neben den zahlreichen erfrorenen Obdachlosen seien auch rund 30 Personen in ihren Häusern und Wohnungen an Kälte gestorben. Sie hätten sich wegen ihrer Armut keine*

*Heizung mehr leisten können,...".* (<http://www.blick.ch/.../winterkaelte-in-ungarn-doppelt-so-vie...>)

Hinzu kommen zu Zeiten der EU-Flüchtlingsabwehr auch Flüchtlinge, die über unzugängliches Gelände die Sicherungsanlagen und NATO-Stacheldraht-Verhaue umgehen wollen und einfach in irgendeinem Gebirge krepieren.

Die "Welt" benennt zwar die Toten, unterschlägt aber in ihrer Überschrift, dass es eben auch Personen mit festem Wohnsitz sind, die umkommen: *"Kältewelle in Europa - Obdachlose und Flüchtlinge sterben"* (<https://www.welt.de/.../Kaeltewelle-in-Europa-Obdachlose-und-...>). Und die "Tagesschau" schafft es gar, die selbst gemachten Informationen zu dieser Katastrophe in der eigenen Überschrift zu ihrem Artikel herunterzuspielen: *"Eisige Temperaturen in Europa - Mehrere Kältetote und Glätte"* (<https://www.tagesschau.de/ausland/kaelte-115.html>)

Netto sind es vermutlich bereits mehrere hunderte, die seit November ums Leben gekommen sind; zugegeben werden allein über 80 Personen in Ungarn und über 40 in Polen.

Sie sind Opfer eines Systems, in dem diejenigen nicht zählen, die aus dem menschenverachtenden Irrsinn von Ausbeutung-Konsum-Anpassung herausgedrängt wurden. Vielmehr werden sie häufig - achten wir allein auf die Hartz-IV-Strafmaßnahmen - mit "Regelungen" bedacht, die in Gesetz gegossener Faschismus sind.

Nein, über die BRD finden sich bislang keine Angaben, aber gleichfalls gibt es Tote. Nur selten hebt sich der Schleier über der BRD-Realität. Doch offenbar geschieht das nur dann, wenn sich mit einer Tränendrüsen-Story daraus mal wieder Profit schlagen lässt: *"Düsseldorfer Obdachlose Elli starb in Eiseskälte – und hinterlässt rührendes Tagebuch"* (<http://www.express.de/.../duesseldorfer-obdachlose-elli-starb...>).

Loben wir da nicht die Kirche und ihr Oberhaupt? *"Papst Franziskus ließ spezielle Schlafsäcke an Obdachlose in Rom verteilen und stellte Autos bereit. Außerdem seien Hilfszentren länger geöffnet für diejenigen, die sich aufwärmen müssten, sagte der Päpstliche Almosenmeister Konrad Krajewski... Die Schlafsäcke würden unterdessen bei Temperaturen bis zu minus 20 Grad noch warm halten."* (<https://www.suedtirolnews.it/.../dutzende-kaeltetote-in-europa>)

Das soll „wahre“ Menschenfreundlichkeit sein: Der überreiche und zahlreiche Immobilien besitzende Vatikan schickt seinen "Almosenmeister", und der verteilt Schlafsäcke. Vermutlich hofft man kirchlicherseits, dass den berühmten, Johann Heinrich Pestalozzi zugeschriebenen Spruch sowieso niemand versteht: ***"Wohltätigkeit ist das Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade."***

Denn es geht um Rechte. Es geht um Recht auf Wohnung, Recht auf Arbeit, Recht auf soziale Sicherheit, Recht auf Bildung...

Diese Rechte sind freilich in einer Ausbeutungsgesellschaft nicht zu haben, das beschrieb Bertolt Brecht bereits in „Me-Ti. Buch der Wendungen“: „*Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.*“

Zur Verwirklichung solch grundlegender sozialer Menschenrechte ist Sozialismus Voraussetzung! Doch bis dahin ist der Weg weit, und vielen Leuten geht es jetzt dreckig, auf der Straße und eben auch in ihren Wohnungen.

Daher ist Solidarität wichtig.

Sehen wir nicht weg! Unterstützen wir, wann immer und wie wir können!

Sozialismus statt Barbarei!

## Syrien

### **Syrische Kommunistische Partei (Vereinigt): Syriens Kommunisten zur aktuellen Lage in ihrem Land**

*Veröffentlicht: 18. Dezember 2016. RedGlobe veröffentlichte nachstehend in eigener Übersetzung aus der englischen und spanischen Version eine Erklärung der Syrischen Kommunistischen Partei (Vereinigt) vom 7. Dezember 2016. Dieses an die kommunistischen Parteien der Welt gerichtete Statement wurde noch vor der vollständigen Befreiung von Aleppo veröffentlicht. (RedGlobe)*

Den Genossen herzliche Grüße,

die Führung der Syrischen Kommunistischen Partei (Vereinigt) möchte euch einige Informationen über die Entwicklungen in Syrien zukommen lassen, um die realen Tatsachen zu zeigen und um mehr Unterstützung für das syrische Volk zu bitten, das den selben Feind bekämpft.

Liebe Genossen, wie bekannt ist, kämpft unsere Partei gemeinsam mit anderen fortschrittlichen und patriotischen Parteien Syriens gegen eine der am meisten

barbarischen Aggressionen des Imperialismus seit dem Zweiten Weltkrieg, ein Kampf gegen die am meisten extremistischen radikalen und fundamentalistischen Bewegungen dieses Jahrhunderts, die international als »Al-Nusra-Front«, »IS« und »Al-Qaida« verurteilt wurden.

Dieser Kampf ist die praktische Materialisierung der Konfrontation gegen die imperialistischen Projekte zur Beherrschung der Welt und insbesondere der Region, die sie den »Neuen Mittleren Osten« nennen.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind Zehntausende Menschen ermordet worden, weitere Hunderttausende wurden verletzt, Tausende Familien zur Flucht in friedlichere Regionen innerhalb und außerhalb Syriens gezwungen. Die Schäden sind unzählbar: Tausende Werkstätten und Fabriken kleiner und mittlerer Unternehmen wurden zerstört, ebenso viele große Industrieanlagen, Elemente der Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser, archäologische Stätten und alte Städte. Das syrische Erdöl und anderer Reichtum des syrischen Volkes wird gestohlen und über die Türkei geschmuggelt, dessen Regime ein Verbündeter der terroristischen Organisation ist (Anm. d. Übers.: Der Begriff »terroristische Organisation« meint im offiziellen syrischen Sprachgebrauch zumeist die Dschihadistenmiliz IS bzw. die Gesamtheit der dschihadistischen Banden). Der Wert dieser Schäden wird auf rund 200 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Das syrische Volk hat dieser Aggression seit ihrem Anfang 2011 gemeinsam mit der Regierung, der syrischen Armee und den fortschrittlichen politischen Kräften des Landes mutig Widerstand geleistet.

Die Terroristen, die diesen Angriff auf Syrien durchführen, kommen aus mehr als 80 Ländern und werden von den imperialen Mächten der Welt und ihren Alliierten unterstützt.

Die Bedrohung weitet sich nun über Syrien und die Region hinaus auf andere Gebiete und Länder aus, darunter europäische Länder wie Frankreich und Belgien. Der Terrorismus ist jetzt ein internationales Phänomen, und die US-Administration muss als erster Unterstützer dieses von den Terroristen und Söldnern vorangetriebenen Projektes gelten. Experten der westlichen Länder und die finanziellen Ressourcen der reaktionären arabischen Regime, vor allem das Königreich Saudi-Arabien und Katar in Zusammenarbeit mit der Türkei, dienen der terroristischen Organisation als Unterstützung und Förderung.

Im Kampf gegen diese komplizierte und harte Situation musste Syrien die Russische Föderation um Hilfe bitten. Moskau bot Syrien die notwendige Unterstützung an, um dieser barbarischen Aggression zu widerstehen.

Die russische Hilfe verwirrte die westlichen Regierungen und die reaktionären Regime Türkei, Katar, Saudi-Arabien, denn diese Unterstützung hat die Machtverhältnisse auf den Schlachtfeldern radikal verändert und hat Syrien geholfen, in sechs Jahren des Krieges standhaft zu bleiben.

Syrien wird seinen Kampf zur Verteidigung des syrischen Volkes und für die Befreiung des gesamten syrischen Bodens von den Aggressoren fortsetzen.

Die syrische Regierung hat die Gesamtheit der internationalen Gemeinschaft über die Gründe der Unterstützung durch die Russische Föderation informiert.

1. Diese Unterstützung ist das Ergebnis einer Bitte der rechtmäßigen Regierung.
2. Die Charta der Vereinten Nationen und alle internationalen Resolutionen verbieten, dass ein Staat einen anderen angreift oder sich in dessen innere Angelegenheiten einmischt.
3. Jedes angegriffene Land hat das Recht auf Selbstverteidigung entsprechend der internationalen Gesetze und Normen.

Während die rechtmäßigen Kräfte weiter Syrien verteidigen und Gebiete befreien, die von den Terroristen besetzt wurden, die ihre 1500 Jahre alten eigenen Gesetze durchsetzen wollen und blutigste Verbrechen begehen, unterstützt Syrien weiter die politische Beilegung der Krise auf der Grundlage eines Endes des Blutvergießens und der Befreiung aller von den ausländischen terroristischen Kräften besetzten Gebiete sowie durch die Durchführung demokratischer Wahlen im Land und durch den Beginn eines nationalen Dialogs mit der Opposition, vor allem mit den Parteien im Land. Trotzdem versuchen die Terroristen, die über Verbindungen zu bestimmten Gruppen der Opposition verfügen, auf diese konstant Druck auszuüben, damit diese weiter gegen die Regierung kämpfen und so der auf den Genfer Konferenzen 1 und 2 sowie auf dem Wiener Treffen sowie dem Abkommen zwischen der russischen und nordamerikanischen Seite basierende politische Prozess scheitert.

Genossen,

noch wird in Syrien Blut vergossen, speziell in der Stadt Aleppo, der zweitgrößten Metropole des Landes. Rund 75 Prozent des dortigen Gebiets wurden von der Syrischen Arabischen Armee und ihren Verbündeten befreit. Die Terroristen in Aleppo haben jede Feuerpause zum Schutz des Lebens von Zivilisten abgelehnt, die sie als menschliche Schutzschilde benutzen.

Genossen, unsere Partei legt besonderen Wert darauf, die folgenden Tatsachen zu betonen:



1. Es ist nicht hinnehmbar, den Verbrecher und das Opfer auf dieselbe Ebene zu stellen.
2. Die internationalen Gesetze erlauben es keinem Land, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen, was die Terroristen und ihre Förderer in Syrien mit der Forderung nach einem Rücktritt des Präsidenten Assad tun. Das ist eine Angelegenheit, die ausschließlich das syrische Volk entscheiden kann.
3. Die Aggressoren sind die einzige Seite, die die volle Verantwortung für die Schäden und Verluste im Land trägt.
4. Die Aggression gegen Syrien entwickelt sich zusammen mit einer imperialistischen Medienkampagne, in die von den USA und dem Königreich Saudi-Arabien Milliarden US-Dollar investiert werden. Über diese Medien werden die Ereignisse im Land vor der gesamten Welt verfälscht und verzerrt.
5. Auch der Irak ist das Ziel der selben Aggression, und das irakische Volk leistet Widerstand. Es ist die Pflicht aller fortschrittlichen Kräfte der Welt, den mutigen Widerstand der Völker des Irak und Syriens gegen die weltweiten terroristischen Aggressoren zu unterstützen.

Genossen,

die fortschrittlichen Parteien in Syrien kämpfen in erster Linie darum, die Lebensbedingungen des Volkes zu schützen, insbesondere unter den Bedingungen des Krieges und der ungerechten Wirtschaftsblockade gegen Syrien. Aber die Syrer haben in den Jahren der imperialistischen Aggression ihren Patriotismus demonstriert und verteidigen ein unabhängiges, fortschrittliches Leben. Zugleich unterstützt das syrische Volk eine politische Lösung der Krise.

Unsere Partei möchte den gegenseitigen Kontakt über alle möglichen Wege aufrechterhalten, um jede Frage zu beantworten, die in Bezug auf die Situation in Syrien entstehen könnte.

Die Syrische Kommunistische Partei (Vereinig) möchte zudem mit eurer Partei und allen fortschrittlichen und demokratischen Parteien eures Landes in Fragen zusammenarbeiten, die der Bereitstellung humanitärer Hilfe dienen.

Herzliche Grüße

Damaskus, Syrien, 7. Dezember 2016

Syrische Kommunistische Partei (Vereinig)

Quelle: Syrische Kommunistische Partei (Vereinig) via Solidnet / Übersetzung: RedGlobe

## ***Brigitte Queck: Syrische sowie ukrainische Nationalisten und Faschisten Hand in Hand gegen Russland - am 7. Dezember 2016 vor der russischen Botschaft***

Freunde des Pen-Clubs hatten vor 5 Jahren schon einmal zusammen mit Salafisten vor der syrischen Botschaft gestanden und über „die Opfer des Assad-Regimes“, Tränen vergossen.

Am 7. Dezember diesen Jahres hatten sich die Freunde des Internationalen Literaturfestivals Berlin zusammen mit syrischen, aber auch ukrainischen Nationalisten und Faschisten zusammengetan und vor der Russischen Botschaft versammelt, um über den „Massenmord der Russen in Aleppo“ zu protestieren.

Vorangegangen war ein umfangreicher Appell dieses Internationalen Literaturfestivals Berlin, veröffentlicht in der Berliner Zeitung am 5.12.2016, der Schriftsteller und Kulturschaffende dazu aufrief, ihren Protestbrief mit zu unterzeichnen. Und wer kann schon diesem „Friedensaufruf“ widerstehen, wenn dort von Hunderttausenden von Menschen, Frauen, Kindern und Greisen gesprochen wird, die lediglich „für Freiheit und Demokratie in Syrien demonstrierten“ und jetzt vom „Schlächter Assad“ und dem russischen Präsidenten in „Geiselhaft genommen“ und sogar „Schulen und Krankenhäuser bombardiert“ werden !

In diesem Aufruf wird sowohl die etablierte Friedensbewegung in Deutschland angegriffen, die sich endlich ein Herz gefasst hat, die US/NATO-Stützpunkte in Deutschland zu thematisieren, ja sogar zweimal den US-Militärstützpunkt in Ramstein, von dem aus Drohnen und Kriegsflugzeuge in alle Kriegsgebiete der Welt fliegen und dort ihre Bombenlast abladen, mit Friedenskräften aus ganz Deutschland umzingelte, - als auch AfD-Wähler, die auf Seiten Russlands stünden.

Nur: in diesem Aufruf wird schlicht und einfach die Wahrheit auf den Kopf gestellt.

1. Fakt ist, dass auch der Krieg in Syrien von solchen Gruppierungen wie „Otpor“, als Vorposten für US/NATO-Aggressionskriege, vorbereitet wurde!<sup>1</sup>

2. Der Aufruf erwähnte mit keiner Silbe, WER DIE GEGENWÄRTIGE HUMANITÄRE NOTSITUATION IN SYRIEN HERVORGEBRACHT HAT! Nämlich die USA, die seit 1979 und die EU, die seit 2011 Sanktionen als

---

<sup>1</sup> vgl. Beitrag Kairo-Göttingen-Belgrad von Pedram Shahyar in der Zeitung „Freitag“ am 20.5.2016

Strafmaßnahmen über dieses Land verhängen und den Zusammenbruch des Gesundheitswesens des Landes zu verantworten haben.

3. In dem Aufruf wird verschwiegen, dass es die USA, Großbritannien und Frankreich waren, die im Jahre 2014/2015 als erste Aleppo und andere syrische Städte bombardierten, um diesen zu „helfen“, weil der syrische Präsident angeblich das eigene Volk (das ihn mit 87,3 % gewählt hat!!) drangsalierere.

4. Außerdem wird verschwiegen, dass die russische Regierung ERST NACH DIESEN BOMBARDEMENTS WESTLICHER STAATEN auf der Grundlage des Art.51 der UNO-Charta vom syrischen Präsidenten Assad gebeten wurde, Syrien zu helfen.

5. Anscheinend wissen die Unterzeichner ebenfalls nicht, dass das militärische Eingreifen Russlands in Syrien auch auf der Grundlage der UN-Anti-Terror-Resolution, die einstimmig von 15 Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates angenommen wurde und forderte, militärisch gegen die ISIS vorzugehen, erfolgte. Mit anderen Worten, die Bombardierung von ISIS-Stützpunkten durch Russland ist durch die UNO-Resolution 2249 gedeckt.

6. Warum wird in dem Aufruf nicht erwähnt, dass es gerade die Bundesrepublik ist, die Saudi-Arabien, Katar, der Türkei und Israel Waffen liefert, die diese gegen Syrien einsetzen und damit die humanitäre Katastrophe der dortigen Zivilbevölkerung erst hervorbrachten, ergo die Bundesrepublik Deutschland die Flüchtlingsströme aus Syrien nach Europa und Deutschland selbst zu verantworten hat.

7. Eine Schande ist, dass die Unterzeichner des genannten Aufrufs schon aufgrund der Mitschuld der Bundesregierung an der humanitären Katastrophe in Syrien unsere Regierung nicht auffordern, humanitäre Hilfe“ in Syrien leisten, wie es in vorbildlicher Weise Russland und Tschechien tun. So versorgen neben internationalen Hilfsorganisationen der UNO und des IKRK auch russische Soldaten die Geflohenen mit Wasser und warmen Mahlzeiten aus Feldküchen.

Das russische Verteidigungsministerium hat mehrere Flugzeuge mit einem Feldkrankenhaus, Ärzten und medizinische Ausrüstung nach Syrien geschickt, um der Bevölkerung in Aleppo zu helfen. Gerade dieses Feldlazarett wurde durch eine Granate der sog. „Rebellen“ getroffen. Dabei sind zwei Ärztinnen sowie mehrere syrische Zivilisten getötet worden. Aber statt seitens westlicher Berichterstatter darauf mit Entsetzen zu reagieren, wird das russische medizinische Personal auf eine Ebene mit denen gestellt, die dieses Krankenhaus angegriffen und zerstört haben!! Die Infamie westlicher Berichterstattung kennt eben keine Grenzen.

8. In dem Aufruf wird, genauso wie in den deutschen Medien, verschwiegen, dass nach dem militärischen Eingreifen Russlands in Syrien zwei Millionen syrischer Flüchtlinge aus den Nachbarländern wieder nach Syrien zurückkehren konnten! Eine Reihe syrischer Flüchtlinge in Deutschland wird seither wieder in die befreiten syrischen Gebiete zurückgeschickt.

Inzwischen ist, wie der russische UN-Botschafter Witali Tschurkin am 13.12.2016 in New York mitteilte, Aleppo von den ISIS - den Faschisten der Neuzeit - vollständig befreit.

Aber Radio, Fernsehen und die deutsche Presse verschweigen größtenteils dieses freudige Ereignis. Man verschweigt, wie die Menschen Aleppos auf den Straßen tanzen und feiern. Schließlich würde das ja der bisherigen westlichen Berichterstattung, einschließlich dem Inhalt des obigen Aufrufs vom „Schlächter Assad“ und dem „Menschenfeind Putin“ widersprechen!

Quellen: <http://mediathek.rbb-online.de/tv/Abendschau/Abendschau-vom-07-12-2016/rbb-ernsehen/Video?documentId=39398310&topRessort=tv&bcastId=3822076>

Zum Schluss ein Hinweis auf ein Video, wie die Zivilbevölkerung Aleppos den Sieg über die ISIS feiert: <https://deutsch.rt.com/.../44207-aleppo-frei-sieg-menschenma.../>

## ***Emko: Die MLPD verurteilt das „bestialische Vorgehen der Regierung Assad“ und skandiert: „Nieder mit Assad und Putin“!***

Liebe Freunde, liebe Genossen, das ist schon wahrhaft skandalös: Die MLPD prahlt in ihren RF-News mit ihrer Kundgebungs-Beteiligung zu Syrien in Göttingen, bei der auch FSA<sup>2</sup>-Kopfabshneidersympies anwesend waren. Wie selbstverständlich trug ein Mann direkt hinter dem REBELL<sup>3</sup>-Stand die Fahne der damaligen Kolonialisten und der heutigen "gemäßigten" Kopfabshneider um die Schultern, wie selbstverständlich erscheint das Foto im Artikel. Es heißt dazu im Artikel (siehe unten):

"Verurteilt wurde das bestialische Vorgehen der Regierung Assad mit dem russischen Imperialismus in Aleppo, wo Tausende Menschen ermordet, bzw. vertrieben werden. 'Nieder mit Assad und Putin, für Freiheit und Demokratie, für Frieden und

---

<sup>2</sup> Das Kürzel FSA steht für die so genannte „Freie Syrische Armee“.

<sup>3</sup> Jugendverband der MLPD

Völkerfreundschaft'... Die Initiative zu der Kundgebung ging vom Jugendverband REBELL aus. Aufgerufen haben dann zusätzlich syrische Flüchtlinge, Internationalistische Liste/MLPD, Bündnis 90 - Die Grünen, MLPD..."

Also brüllte man gemeinsam mit den FSA-Sympies 'Nieder mit Assad und Putin, für Freiheit und Demokratie, für Frieden und Völkerfreundschaft'...!?

Jetzt ist nach unten wahrlich nicht mehr viel Luft übrig...

Sozialismus statt Barbarei!

## **Dokumentiert: MLPD: Kämpferische Antikriegskundgebung in Göttingen**

Göttingen (Korrespondenz), 19.12.16: "Schluss mit den Kriegen und der Unterdrückung in Syrien, Kurdistan und der Türkei! Keine Waffenlieferungen der BRD an reaktionäre Regimes! "Unter diesen Losungen fand am Samstag, dem 17. Dezember 2016, zwischen 12 und 14 Uhr in der Göttinger Innenstadt eine Protestkundgebung statt. Es nahmen zeitweise 250 Demonstrantinnen und Demonstranten teil.

Verurteilt wurde das bestialische Vorgehen der Regierung Assad mit dem russischen Imperialismus in Aleppo, wo Tausende Menschen ermordet, bzw. vertrieben werden. "Nieder mit Assad und Putin, für Freiheit und Demokratie, für Frieden und Völkerfreundschaft", waren die wichtigsten Parolen, ebenso wie "Hoch die internationale Solidarität". Alle wurden auf Deutsch und Arabisch gerufen. Protestlieder gegen Assad und gegen den Krieg wurden auf Arabisch gesungen.

Die Kundgebung richtete sich gegen jegliche imperialistische Einflussnahme. Der Kampf um die Vorherrschaft der verschiedenen Imperialisten, Russland und Iran im Bündnis mit Assad, die USA im Bündnis mit von ihnen aufgerüsteten, zum Teil faschistischen "Rebellengruppen", aber auch der Türkei und Saudi-Arabien, die den IS unterstützen, wurde als Hauptkriegsursache benannt und verurteilt. Schluss mit jeglicher imperialistischer Einflussnahme in Syrien. Schluss mit dem imperialistischen Krieg.

Die Initiative zu der Kundgebung ging vom Jugendverband REBELL aus. Aufgerufen haben dann zusätzlich syrische Flüchtlinge, Internationalistische Liste/MLPD, Bündnis 90 - Die Grünen, MLPD, Studierende, Autonome (AAN) und die Initiative für den ökologischen Wiederaufbau in Rojava. Es war eine sehr kämpferische Stimmung und es blieben sehr viele Passanten stehen und hörten den Redebeiträgen zu. Viele neue Kontakte für den REBELL und das Bündnis Internationalistische Liste/MLPD wurden gewonnen.

<https://www.rf-news.de/2016/kw51/goettingen-erfolgreiche-kundgebung-gegen-krieg-und-unterdrueckung>

## Italien

### ***Gerhard Feldbauer: Gescheitert auf dem Weg der Hoffnung. Partei der Rifondazione Comunista vor dem Scherbenhaufen ihrer opportunistischen Politik***

25 Jahre nach der Neu- bzw. Wiedergründung einer kommunistischen Partei in Gestalt des Partito della Rifondazione Comunista (PRC) steht dessen Führung vor dem Scherbenhaufen ihrer revisionistischen Politik. Bei der Suche nach den Ursachen stößt man auf die von Lenin hinterlassene Binsenweisheit, dass eine Kommunistische Partei zum Scheitern verurteilt ist, wenn sie nicht mit dem Opportunismus bricht.<sup>4</sup> Genau das tat die PRC-Führung nicht.

Skizzieren wir kurz die wichtigsten Etappen dieses Weges, den viele Kommunisten vor 25 Jahren als hoffnungsvollen Neubeginn sahen.

Auf dem letzten Parteitag vom 31. Januar bis 3. Februar 1991 liquidierte die mehrheitlich revisionistische Führung der IKP die vor 70 Jahren, am 21. Januar 1921, von den italienischen Linken mit Antonio Gramsci an der Spitze geschaffene Kommunistische Partei und gründete einen sozialdemokratischen Partito Democratico della Sinistra (Demokratische Partei der Linken - PDS). Etwa zehn Prozent der zu dieser Zeit noch etwa 1,7 Millionen Mitglieder zählenden IKP traten dem PDS nicht bei. Nach dem Abschluss des Parteitages beschlossen noch am Abend des 3. Februar rund 90 Delegierte, eine kommunistische Neu- bzw. Wiedergründung (Rifondazione Comunista) vorzubereiten. Eine Woche später wurde zunächst eine gleichnamige Sammlungsbewegung gebildet. Zur Vorbereitung der Gründung wurde die Zeitung „Liberazione“ herausgegeben. Ab Oktober 1991 zunächst Wochenzeitung, erschien sie seit Mai 1994 als Tageszeitung mit einer Auflage von täglich etwa 40.000 verkauften Exemplaren, an Wochenenden 100.000 und oft auch mehr.

---

<sup>4</sup> „Was weiter? (Über die Aufgaben der Arbeiterparteien gegenüber dem Opportunismus und Sozialchauvinismus)“, Werke Bd. 20, Berlin/DDR 1960, S. 96-103 und „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, ebd. S. 197-256.

## Neu- oder Wiedergründung?

Am 12. Dezember 1991 traten in Rom 1.300 in 113 Organisationen gewählte Delegierte, die über 100.000 Mitglieder der Sammlungsbewegung vertraten, zum ersten Kongress zusammen, der die Gründung der Partei beschloss. Zusammen mit einer Mehrheit aus der IKP stieß zu ihr ein Großteil der Mitglieder der zuvor aufgelösten Democrazia Proletaria (Proletarische Demokratie - DP)<sup>5</sup>, darunter viele Jugendliche. Die DP brachte eine Wählerbasis ein, die 1983 und 1987 noch 1,5 Prozent betragen hatte. Das trug mit dazu bei, dass die neue KP bei den Parlamentswahlen 1992 auf Anhieb mit über 2,2 Millionen Stimmen 5,6 Prozent erreichte und in Senat und Abgeordnetenkammer 55 Sitze belegte. Außerdem beteiligten sich noch andere Linke an der Gründung, darunter Mitglieder des einstigen Partito di Unità Proletaria per il Comunismo (Partei der proletarischen Einheit für den Kommunismus - PdUP)<sup>6</sup>, die wie die DP Gegner des unter Generalsekretär Enrico Berlinguer in den 70er Jahren eingeschlagenen revisionistischen Kurses der IKP gewesen waren.

Über die Frage einer Neu- bzw. Wiedergründung gab es Meinungsverschiedenheiten. Vor allem die aus der DP kommenden Linken lehnten eine Wiedergründung im Sinne einer Fortsetzung der IKP ab und forderten eine Neugründung, um so den Bruch mit dem Opportunismus zu dokumentieren. Der Verzicht auf eine Fondazione (Gründung) und die Benennung in Rifondazione<sup>7</sup>, stellte einen Kompromiss dar, was als Neugründung und im Sinne Gramscis gleichzeitig als Wiedergründung einer von

---

<sup>5</sup> Die DP ging aus der 1969 in Turin entstandenen Lotta Continua (Ständiger Kampf) hervor, die den Historischen Kompromiss von IKP-Generalsekretär Enrico Berlinguer ablehnte. Sie zählte zirka 20.000 Mitglieder und gab eine gleichnamige 14-tägige Zeitschrift (1972 bis 1982 Tageszeitung) heraus, leistete aktiven Widerstand gegen die faschistische Gefahr und unterstützte den Basiskampf der Gewerkschaften. Eine Strömung trat für den bewaffneten Kampf ein, im Wesentlichen agierte die Organisation jedoch gewaltlos. Nachdem sie sich 1976 aufgelöst hatte, gründete ein Teil ihrer Mitglieder die Democrazia Proletaria, die sich als legal anerkannte Partei im gleichen Jahr an den Parlamentswahlen beteiligte und 1,5 Prozent erzielte.

<sup>6</sup> 1964 verließen aus Protest gegen die Beteiligung der Sozialistischen Partei (ISP) an der Regierung der Democrazia Cristiana (DC) 150.000 Sozialisten die ISP und gründeten die Partei der Proletarischen Einheit (PSIUP). 1972 trat eine Mehrheit des PSIUP zur IKP über. Andere Mitglieder gründeten die Partei der proletarischen Einheit für den Kommunismus (PdUP). Neben der bereits im PSIUP hervorgehobenen proletarischen Einheit wurde nun im Parteianamen das Bekenntnis zum Kommunismus, auf den sich eine neue Gesellschaft beziehen müsse, betont. Der PdUP forderte die IKP auf, den Historischen Kompromiss zu beenden. Im Kampf gegen die faschistische Gefahr setzte er auf eine linke Regierungsalternative.

<sup>7</sup> Rifondazione, nach rifondere, neu begründen, umschmelzen, umarbeiten, umgestalten.

den kommunistischen Idealen geleiteten Partei interpretiert wurde. Dem entsprach das Bekenntnis des Gründungskongresses zu den kommunistischen Ideen und zu ihrer Bewahrung in einer „realen Bewegung“, die in Statut und Programmatik zusammen mit dem Ziel der Überwindung der kapitalistischen und des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaftsordnung festgeschrieben wurden. Als Symbol wurde die rote Fahne mit Hammer und Sichel gewählt, als Hymnen die Internationale und das legendäre Kampflied Bandiera Rossa.

Auseinandersetzungen über die Besetzung der Spitzenfunktionen führten zu einer Vertagung des Gründungsparteitages, der seine Arbeit am 18. Januar 1992 wieder aufnahm und Sergio Garavini zum Sekretär und das frühere Politbüromitglied der IKP, Armando Cossutta, zum Vorsitzenden wählte. Im Januar 1994 wurde Garavini von Fausto Bertinotti, einem langjährigen führenden Funktionär der CGIL-Gewerkschaft, abgelöst. Bertinotti war zunächst dem PDS beigetreten. Als der PDS linke Alternativen ablehnte, darunter ein Zusammengehen mit dem PRC gegen die faschistische Gefahr, verließ er die Partei und schloss sich der Rifondazione an.

### **Kein Bruch mit dem Opportunismus**

Garavini war abgelöst worden, weil er den PRC gegen die Zusage, ihn als kommunistische Strömung anzuerkennen, in den PDS einbringen wollte. Nach seiner Ablösung verließ er mit einer Gruppe Parlamentarier den PRC und trat zum PDS über. Da ihm kaum Mitglieder folgten, kam die Formierung einer eigenständigen „kommunistische Gruppe“ nicht zustande. Diese erste Abspaltung hätte Anlass sein müssen, sich mit dem aus der IKP übernommenen opportunistischen Ballast auseinanderzusetzen und einen klaren Bruch zu vollziehen, was jedoch nicht stattfand.

Zu den gravierendsten Folgen der Liquidierung der IKP gehörte, dass der Chef der rechtsextremen Forza Italia (FI), Silvio Berlusconi, Mitglied im Dreierdirektorium der faschistischen Putschloge „Propaganda due“ (P2), nach deren Plänen 1994 in einer Allianz mit den Faschisten der Mussolini-Nachfolgerpartei Movimento Sociale Italiano (MSI), später in Alleanza Nazionale (AN) umgetauft, und der offen rassistischen Lega Nord im April 1994 die Parlamentswahlen gewann und ansetzte, ein profaschistisches Regime zu errichten. Zunächst zwang der Widerstand der Volksmassen ihn im Dezember 1994 zum Rücktritt.

1996 gelang Mitte-Links ein Wahlsieg gegen die faschistisch-rassistische Allianz Berlusconis nur mit den acht Prozent Stimmen des PRC, die auch für eine Regierungsbildung benötigt wurden. Der PRC trat jedoch nicht in die Regierung ein, sondern gab nur parlamentarische Unterstützung. Angesichts der erneut drohenden faschistoiden Regierung unter Berlusconi schien das ein gerechtfertigter Schritt.



Als unter Premier Romano Prodi der Sozialabbau fortgesetzt und die Mitte Links-Regierung sich anschickte, an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien teilzunehmen, beendete Bertinotti auf Druck der Basis die parlamentarische Unterstützung. Danach verließ PRC-Vorsitzender Cossutta mit einer Gruppe von Parlamentariern den PRC und gründete mit seiner Spalter-Fraktion den Partito dei Comunisti Italiani (Partei der Kommunisten Italiens - PdCI) und trat in die an Stelle des zurückgetretenen Prodi von dem PDS-Vorsitzenden Massimo D'Alema geführte Regierung ein. Der PRC verlor bei dieser Abspaltung etwa ein Fünftel seiner 130.000 Mitglieder.

### **Absage an die führende Rolle der Arbeiterklasse**

Erneut unterblieb eine notwendige Auseinandersetzung mit dem aus der IKP mitgeschleppten Opportunismus. Die Folge war, dass es auf dem Parteitag 2002 zu weiteren Einbrüchen kam. Der Kongress sagte sich in der Substanz vom Marxismus-Leninismus los, was sich u. a. darin zeigte, dass die Leninsche Imperialismus-Analyse als „unangemessen zur Interpretation der Form der Herrschaft des neuen Kapitalismus“ bezeichnet und selbst Gramsci, der Theoretiker der Hegemonie der Arbeiterklasse, auf nur noch historische Aspekte begrenzt wurde. Opportunistischer Höhepunkt war die Absage an die führende Rolle der Arbeiterklasse, die der kleinbürgerlichen Antiglobalisierungsbewegung zugeschrieben wurde.

Nun war es nicht so, dass die revisionistische Führung um Bertinotti, später Paolo Ferrero, ihre Ziele widerstandslos durchsetzen konnte. So stimmte gegen die Absage an den Marxismus-Leninismus auf dem Parteitag 2002 eine kommunistische Strömung, die bei den verschiedenen Abstimmungen zwischen 27 und 40 Prozent der Delegierten hinter sich hatte und dagegen „strategischen Dissens“ ankündigte. Dieser Strömung gelang es auch, ein linkes Aktionsprogramm durchzusetzen, das auf eine sozialistische Perspektive abstellte. Sie gab seitdem (bis 2005) ein Bulletin „Aginform“ heraus und wollte in der Tradition Gramscis eine kommunistische Zeitung als Sammelpunkt schaffen, was jedoch keine Ergebnisse zeitigte.<sup>8</sup> Solcher Widerstand verdeckte gegenüber der Basis in gewisser Weise den revisionistischen Kurs und nährte die Illusion, es werde gelingen, die Opportunisten zu stoppen.

### **Die faschistische Gefahr unterschätzt**

2001 gelangte die faschistisch-rassistische Allianz Berlusconi erneut an die Regierung. Namhafte Schriftsteller wie Umberto Eco, Antonio Tabuchi, der spätere Nobelpreisträger Dario Fo, Rechtsgelehrte wie Mario Losano, die Historiker Gofredo

---

<sup>8</sup> „Aginform“, Jahrgänge 2002 bis 2005.

Locatelli und Daniele Martini enthüllten die im Regime Berlusconi zu Tage tretenden neuen Erscheinungsformen des Faschismus als eine Verkörperung des „übelsten Erbe des Faschismus Mussolinis“ (Eco).<sup>9</sup> Obwohl der führende kommunistische Philosoph, Professor Domenico Losurdo, Präsident der Internationalen Gesellschaft Hegel-Marx für dialektisches Denken, u. a. in einem Beitrag über „Die neuen Hitler“ die Notwendigkeit einer „konkreten Analyse der konkreten Situation“ anmahnte,<sup>10</sup> wurde diese Gefahr im PRC unterschätzt bzw. auch nicht erkannt und die faschistoiden Regierungen Berlusconi als Centro Destra (Rechte Mitte<sup>11</sup>) verharmlost<sup>11</sup>. Der PRC hat auch nie eine Analyse der faschistisch-rassistischen Allianz Berlusconi vorgenommen. Allerdings hielten sich Journalisten der Parteizeitung „Liberazione“ nicht immer an diese Linie und entlarvten in vielen Beiträgen dessen faschistoiden Regierungskurs.

### **Prinzipienlose Regierungsbeteiligung**

Nachdem Mitte Links im Bündnis mit PRC und PdCI 2006 noch einmal die seit 2001 regierende Allianz Berlusconi bei den Wahlen geschlagen hatte, traten beide KPs in die neue Regierung unter Prodi ein. Bertinotti wurde Parlamentspräsident. Beide KPs akzeptierten gegen Proteste der Basis den weiteren Sozialabbau und stimmten gegen die Forderungen der Friedensbewegung für die Fortsetzung des italienischen Militäreinsatzes in Afghanistan. Aus Protest gegen die Regierungsbeteiligung trat die Strömung „Progetto Comunista“ im PRC aus der Partei aus und gründete 2007 mit dem Philosophieprofessor Marco Ferrando, Mitglied der Leitung der trotzkistischen Vierten Internationale und Mitbegründer des PRC, einen Partito Comunista dei Lavoratori (Kommunistische Arbeiterpartei - PCL), mit dem eine dritte KP entstand.<sup>12</sup>

---

<sup>9</sup> Ausführliche Darlegung mit zahlreichen weiteren Personen und ihrer Werke in G. Feldbauer: Geschichte Italiens. Vom Risorgimento bis heute. 2. Auflage, Papyrossa, Köln 2015, 9. Kapitel „Im Reiche des Heliogabal“.

<sup>10</sup> Marxistische Blätter, Heft 4/2000.

<sup>11</sup> Als Centro Destra wurden die von der Democrazia Cristiana (DC) in der Nachkriegsperiode mit rechten Parteien wie den Liberalen gebildete Kabinette bezeichnet, während ihre Regierungsbündnisse mit den Sozialisten Centro Sinistra genannt wurden. Unter der bis 1992 existierenden DC (die dann im Korruptionssumpf unterging) galt die Vereinbarung der Parteien des Arco costituzionale (Verfassungsbogens), das hieß der Parteien, die sich zur Verfassung bekannten, die die MSI-Faschisten ablehnten, weshalb sie von der Teilnahme an Regierungen ausgeschlossen blieben.

<sup>12</sup> Die Strömung hatte 2005 auf dem Parteitag 6,5 Prozent der 95.000 Mitglieder vertreten. Ferrando betonte zur Parteigründung, der PCL habe „nicht unbedingt einen trotzkistischen

Der opportunistische Kurs des PRC und PdCI beförderte 2008 den Sturz der Prodi-Regierung durch die extreme Rechte.

### **Mauerfall als Befreiung gefeiert**

Die opportunistischen Auswüchse im PRC gipfelten darin, dass die PRC-Zeitung „Liberazione“ schrieb, der Mauerfall in Ostberlin habe „auch uns Kommunisten befreit“ und „die Wende“, unter anderem in der DDR, als Überwindung der „Tyrannei der Einheitsparteien, der Staatsgewerkschaften, der ‚Prawda‘, der Bürokratie und der Stasi“ feierte.<sup>13</sup> Losurdo sah eine der Ursachen darin, dass Bertinotti zur kommunistischen Bewegung „nie eine ausbalancierte Bewertung vorgenommen“ hat, er nach der Auflösung der IKP 1991 im PRC „den zweiten Versuch, die Kommunistische Partei abzuschaffen“ repräsentierte.<sup>14</sup>

Das zeigte sich auch in einer fehlenden realistischen Bewertung der Existenz dessen, was als „realer Sozialismus“ nach der Oktoberrevolution in der UdSSR und im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges in Osteuropa entstand und bis 1989/90 existierte. In der PRC hat man sich unter Bertinotti wie später unter Paolo Ferrero nie mit der historischen Rolle und den Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa 1989/90 auseinandergesetzt, die Komplexität des Problems niemals analysiert. Ein Gorbatschow, der Millionen Menschen in „die kapitalistische Marktwirtschaft“ zurückstieß, die „Freiheit für eine bessere Kapitalverwertung, für Aggressionskriege“ wieder herstellte,<sup>15</sup> war in der IKP acht Monate vor dem Fall der Berliner Mauer auf dem Parteitag im März 1989 auch von den meisten späteren Begründern des PRC als „Hoffnungsträger“ enthusiastisch gefeiert worden.<sup>16</sup> Eine auch nur in Ansätzen kritische Auseinandersetzung mit den „hausbackenen Verrätern, den hauptsächlichlichen Zerstörern (...) der Sowjetunion“, unter denen die KPdSU „zur Speerspitze der Konterrevolution wurde“<sup>17</sup>, ist in Dokumenten des PRC dazu nicht zu finden.

---

Charakter“ („Manifesto“, 12. Juni 2007). Bei entschieden antifaschistischen Positionen lehnt der PCL derzeit jede Zusammenarbeit mit PRC und PdCI ab.

<sup>13</sup> Ausgabe 18. Dez. 2008.

<sup>14</sup> Interview für „jW“, 19./20. April 2008.

<sup>15</sup> Kurt Laser, „Treffend“, in: „ND“, 9. März 2011.

<sup>16</sup> Generalsekretär Achille Occhetto, der den Kongress als „Parteitag der Wende“ eröffnete, berief sich zehnmal auf Gorbatschow als „Hoffnungsträger“.

<sup>17</sup> So Nikolai Ryschkow, ehemaliger sowjetische Ministerpräsident, in seinem Buch „Der Kronzeuge“, Moskau 2010 (Russ.), in dem die Rolle Gorbatschows und seiner Anhänger bei

## **PRC sollte in Linkspartei aufgehen**

2004 hatte Bertinotti den Beitritt des PRC zur Europäischen Linkspartei (EL) durchgesetzt und bis 2007 selbst deren Vorsitz übernommen.

Zu den vorgezogenen Parlamentswahlen 2008 startete er den zweiten Versuch, die Kommunistische Partei zu liquidieren. Er bildete mit den Grünen, Restsozialisten und weiteren Linken eine Regenbogen (Arco Baleno) genannte Wahlkoalition, die er als „eine neue Linke, die allen offen steht“, propagierte. Er wollte aus dem Parteienbündnis eine Linkspartei bilden, in der der PRC aufgehen sollte. Es war nichts anderes als das bei der Gründung des PDS verfolgte Ziel. Im Arco Baleno verzichtete der PRC auf sein Parteisymbol Hammer und Sichel. Sowohl der PCL als auch die PRC-Strömung Sinistra critica (Kritische Linke) lehnten einen Beitritt zur Regenbogenlinken ab und traten auf eigenen Listen zur Wahl an. Der Arco Baleno fiel mit 3,1 Prozent unter die Vier Prozent-Sperrklausel. Kommunisten und Sozialisten sind seitdem erstmals seit 1945 und das bis heute nicht mehr im Parlament vertreten. Der zur Wahl getrennt angetretene PCL und die Kritische Linke erreichten 0,6 bzw. 0,4 Prozent, zwar ein geringes Ergebnis, aber es hätte den Regenbogen über die Vier-Prozent-Hürde bringen können. Ob das wünschenswert gewesen wäre, soll hier dahin gestellt bleiben.

Bertinotti trat nach der Wahlniederlage zurück. Als sein Nachfolger wurde der ehemalige Turiner Stahlarbeiter Paolo Ferrero gewählt, der aus der Democrazia Proletaria kommend zu den Gründern des PRC 1991 gehörte. Für den Posten des PRC-Chefs hatte auch Nicola (Nichi) Vendola, ein aus der IKP kommender Mitbegründer des PRC, kandidiert, war aber gegen Ferrero unterlegen. Er verließ daraufhin die Partei und gründete 2010 mit Anhängern aus dem PRC und verschiedenen Linken eine Linkspartei Sinistra per Ecologia e Liberta (Linke für Umwelt und Freiheit - SEL). Er hatte 2005 als Bewerber on Mitte-Links die Wahl zum Präsidenten der Region Apulien gewonnen und war 2010 als Kandidat des Partito Democratico (Demokratische Partei - PD)<sup>18</sup> im Amt bestätigt worden.

---

der Liquidierung der KPdSU und der Zerstörung der UdSSR dargelegt wird. In: „jW“, 9. März 2011.

<sup>18</sup> Der PD entstand 2007 aus einer Fusion der Mehrheit der Democratici di Sinistra – DS (das war die 1991 entstandene PDS, die sich 2000 diesen Namen zugelegt hatte) mit der katholischen Zentrumsparterie Margherita. Ziel dieser Parteigründung war, das linke Potenzial der DS zurückzudrängen und dem PD die Zustimmung der Mitte zu sichern. Der 2015 zum PD-Chef aufgestiegene frühere rechte Christdemokrat Matteo Renzi versucht seitdem, den PD in eine Partei der Nation „für alle“ umzuwandeln. Diese Fusion ist, um sie mit einem sicher etwas hinkenden Vergleich verständlich zu machen, ungefähr so zu sehen, als wenn ein linksliberaler

Der Zersplitterung der Kommunisten traten 2008 über Einhundert führende Kommunisten mit Domenico Losurdo an der Spitze entgegen. 2015 schlossen sich über 1.500 Kommunisten aus PRC, PdCI und parteilose ihrem Appell zum einheitlichen Handeln auf der Basis des Wirkens von Lenin und Gramsci an, um einen Bruch mit dem Opportunismus einzuleiten und langfristig wieder eine einheitliche kommunistische Partei zu schaffen.<sup>19</sup> Während sich der PdCI dem anschloss, lehnt die Führungsgruppe um Ferrero im PRC diesen Weg ab. Mit der Begründung, die Wahrung des revolutionären Erbes des von Gramsci gegründeten Partito Comunista Italiano (PCI/IKP) herauszustellen, nannte sich der PdCI im Juni 2016 in PCI um.

Charakteristisch für den revisionistischen Kurs, den auch Ferrero einschlug, war, dass der PRC zur EU-Wahl 2014 das Programm des griechischen Spitzenkandidaten der EL übernahm und unter dem Slogan „Ein anderes Europa mit Tsipras“ antrat. Gegenwärtig will sich eine Gruppe der Partei mit der SEL und anderen Linken an der Gründung einer neuen Sinistra Italiana (Italienische Linke - SI) beteiligen.

### **Ferrero bei Gregor Gysi in guter Gesellschaft**

Ferrero selbst hat sich im Dezember 2016 zum Vizepräsidenten der Europäischen Linkspartei (EL) wählen lassen und wird damit Stellvertreter Gregor Gysis. Alle Anzeichen scheinen daraufhin zu deuten, dass damit das Ende des PRC auf dem Altar des Opportunismus besiegelt wird.

Zur Erhellung der Gesellschaft, in die sich der Ex-Kommunist Ferrero mit Gysi begibt, sollen die abschließenden Ausführungen einen kurzen Einblick gewähren.

Gregor Gysi suchte von Anfang an die 1990 in ihr entscheidendes Stadium tretende Liquidierung der IKP für die Beseitigung der kommunistischen Identität der SED (der KP der DDR) und ihre Umwandlung in eine nichtkommunistische Sozialistische Partei zu nutzen, die dann Partei des Demokratischen Sozialismus getauft wurde, woraus sich dasselbe Kürzel PDS ergab. So eilte Gysi im Februar 1990 nach Rom, um bei dem letzten (noch) IKP-Generalsekretär Achille Occhetto Erfahrungen einzuholen, wie man so etwas auf den Weg bringt.<sup>20</sup> Gysi konnte bei den Gesprächen seine Erfahrungen beisteuern, wie er das Vorgehen der italienischen Revisionisten in

---

Ableger der deutschen CDU sich mit einer Mehrheit der deutschen Partei „Die Linke“ vereinigen würde. Da können Gysi und Merkel oder wer nach ihnen einmal kommt, von den Italienern noch eine Menge lernen.

<sup>19</sup> Appell für kommunistische Einheit. „jW“, 31. 1./1. 2. 2015.

<sup>20</sup> „Gysi in Rom – Gespräche ohne Berührungängste“, „ND“, 12. Februar 1990.

der SED flankierte. Hatte er doch im Oktober 1989 in einem Parteiputsch, den er gern „Sturm aufs große Haus“ nannte,<sup>21</sup> die Krise in der SED genutzt, um die Parteiführung zu stürzen und selbst das Kommando zu übernehmen.

Gysi hatte in Rom auch keine „Berührungspunkte“, mit dem schon zu dieser Zeit der übelsten Korruption beschuldigten ISP-Chef Bettino Craxi zum Erfahrungsaustausch zusammenzutreffen. Craxi wurde bereits ein Jahr später wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder und illegaler Parteifinanzierung in Höhe von Hunderten Millionen Dollar angeklagt, was zu seiner Verurteilung zu einer lebenslangen Haftstrafe führte, vor deren Verbüßung er ins Ausland (nach Tunesien) floh. Im Rahmen des Bekanntwerdens der Rolle Craxis wurde auch publik, dass er mit Berlusconi dem Dreierdirektorium der Putschloge P2 angehörte die ihn als einen neue „Duce“ aufbauen wollte.<sup>22</sup>

Besonders beeindruckt schien Gysi damals von dem schon 1986 von Occhetto dem Sozialistenchef Craxi unterbreiteten Vorschlag, sich mit der IKP zu einer linken Partei zu vereinigen. Jedenfalls besagen zuverlässige Aussagen, dass Gysi 1990 bereit war, seine PDS in die SPD einzubringen, wozu es dieser aber - im Gegensatz zur CDU, die die Blockparteien aus der DDR, ausgenommen die Liberalen, mit offenen Armen vereinnahmte - an strategischem Weitblick fehlte.

Die unter der Leitung von Gysi aus der SED hervorgegangene PDS wandelte dann in den Fußstapfen ihres italienischen Vorbildes, so wenn sie deren Stadium der Umwandlung aus PDS in Democratici di Sinistra (DS) mit ihrer Konstituierung zur Partei „Die Linke“ nachvollzog. Derzeit bleibt offen, ob die deutsche Linkspartei eines Tages auch noch die Fusion der DS mit der katholischen Zentrumpartei Margherita zur Demokratischen Partei (PD) nachmacht, was (siehe Ausführungen zur PD oben) etwa besagen würde, sich mit einem „linken Flügel“ der CDU zu vereinigen.

---

<sup>21</sup> Siehe Gregor Gysi, Thomas Falkner: Sturm aufs große Haus. Der Untergang der SED. Berlin 1990).

<sup>22</sup> Siehe Giovanni Ruggeri, Mario Guarini: Berlusconi. Showmaster der Macht, Berlin 1994, S. 81 ff.

## Zur Geschichte des Sozialismus

### ***Nikos Mottas: 25 Jahre seit der Konterrevolution in der UdSSR - Der Sozialismus ist notwendig und aktuell wie eh und je***

Es war vor 25 Jahren, am Abend des 25. Dezember 1991, als die rote Fahne mit Hammer und Sichel vom Kreml eingeholt wurde. *"Die sowjetische rote Fahne weht nicht länger über den Kuppeln des Kremls. Ihre Abnahme besiegelte auf dramatische und gleichzeitig symbolische Weise das Ende der 74-jährigen Geschichte des ersten sozialistischen Staates der Welt. Für eine Weile blieben die Zeiger der Uhren unbeweglich und markierten so den entscheidenden Moment. Die Herzen vieler Millionen Arbeiter auf der ganzen Welt hörten auf zu schlagen, während sie die Größe des Verlustes abwogen"*, schrieb die "Rizospastis" am 28. Dezember 1991.

Mit dem Einholen der sowjetischen roten Fahne und ihrem Ersetzen durch die dreifarbigem des kapitalistischen Russlands besiegelte die Konterrevolution ihre Vorherrschaft.

Der Sieg dieser Konterrevolution kam als Höhepunkt der Herrschaft der opportunistischen und konterrevolutionären Kräfte in der KPdSU in den 80er Jahren, die durch den als Perestroika bekannten Prozess im Zeitraum von 1985 bis 1991 zum Sturz des Sozialismus und zur kapitalistischen Restauration führte. Allerdings war die Perestroika nur die Frucht des Baumes der Konterrevolution - dessen Wurzeln in einer Reihe von opportunistischen Positionen liegen, die im Jahr 1956 auf dem 20. Parteitag der KPdSU als Antwort auf entscheidende Fragen der Wirtschaft, des sozialistischen Aufbaus und der Strategie der kommunistischen Bewegung, beschlossen wurden. Eine ausgezeichnete Analyse der Einschätzungen und Schlussfolgerungen über den Weg des sozialistischen Aufbaus im 20. Jahrhundert mit dem zentralen Punkt der UdSSR ist die, die auf dem 18. Parteitag der KKE im Jahr 2009 entwickelt wurde.

Vor 25 Jahren wurden die kolossalen sozialen Errungenschaften des ersten sozialistischen Staates der Welt übergeben an die trügerischen Versprechungen der Protagonisten der Konterrevolution, für angeblich größere demokratische "Freiheiten", für den Zugang des Volkes zu neuen Technologien und einer Modernisierung des Landes nach die Standards des kapitalistischen Westens. Die Realität sah natürlich ganz anders aus. Die russische Bourgeoisie sorgte dafür, dass sich bald zeigte, wie sie den Begriff "Demokratie" versteht, als im Oktober 1993 der "neue russische Zar" Boris Jelzin den Beschluss des Parlaments durch Panzer

anordnete, politische Parteien und Zeitungen verbot und die Gültigkeit dutzender Artikel der Verfassung unterdrückte.

Aus dem Sumpf der Konterrevolution wurde eine "Demokratie" nach dem Maß des kapitalistischen Managements zugeschnitten. In den 90er Jahren geschah dann in dieser russischen bürgerlichen Demokratie unter anderem folgendes: Die sozialen Ungleichheiten wurden gigantisch, Errungenschaften der Arbeiter, in Jahrzehnten erworben, wurden aufgelöst, eine beispiellose Privatisierung von Unternehmen, die in der UdSSR gesellschaftliches Eigentum waren, fand statt, die staatlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung wurden stark reduziert, die Lebenserwartung sank, während eine Handvoll Oligarchen sich als Regulatoren des politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes zeigten.

Diesem Weg der kapitalistischen Umstrukturierung, der Zerschlagung der Arbeiter- und Volksrechte und der Stärkung der russischen Monopole im Rahmen des internationalen Wettbewerbs folgt seit Jahren der Auserwählte der russischen Bourgeoisie, Wladimir Putin. Herr Putin selbst befreite im Jahr 2002 mit einem eigenen Präsidentenerlass seinen "Mentor" Jelzin von jeder Anklage für Straftaten, die unter dessen Vorsitz geschahen...

### **Sehnsucht nach der Sowjetunion**

Hinter der bewusst geschönten Fassade des kapitalistischen Russlands von W. Putin, gibt es 25 Jahre nach den konterrevolutionären Umwälzungen die harte Realität aus den Folgen, die die kapitalistische Restauration für das Leben des Volkes gebracht hat. Zur gleichen Zeit, in der breite Volksschichten die Barbarei des Kapitalismus erleben, stärkt die Bourgeoisie Russlands ihre Position im innerimperialistischen Wettbewerb und fordert eine höhere Stellung. Trotzdem schwebt das Gespenst des großen sozialistischen Vaterlandes, auch in Form von Nostalgie, noch über den Kreisen der russischen herrschenden Klasse. Eine Reihe von Untersuchungen bürgerlicher Forschungszentren zeigen, dass sich ein erheblicher Teil der russischen Bevölkerung den Sozialismus ins Gedächtnis zurückruft.

Im März 2016 zeigte eine Umfrage des All-Russia Public Opinion Center, dass 64% der Befragten für die Erhaltung der Sowjetunion stimmen würden, wenn ein Referendum stattfinden würde. Bei den Altersgruppen über 60 Jahren übersteigt die Zahl 70%.

Eine weitere Umfrage des Levada-Centers, ebenfalls vom März 2016 zeigte, dass 56% der Russen die Auflösung der UdSSR bereuen, während 58% das Wiederaufleben der Sowjetunion wünschen.



Im Jahr 2013, ergab eine Umfrage der Russian Public Opinion Foundation (FOM), dass 60% der Befragten meinten, dass das Leben in der UdSSR mehr positive als negative Aspekte hatte, während 43% der Befragten die Wiederherstellung des sozialistischen System wollten.

Diese Zahlen bekommen noch mehr Bedeutung, wenn wir die seit mehr als zwei Jahrzehnten stattfindende unerbittliche, antikommunistische, antisowjetische Propaganda des bürgerlichen Regimes in Russland und der Regierungen der ehemaligen Sowjetrepubliken berücksichtigen.

### **Die Geschichte endete nicht 1991**

Den konterrevolutionären Umstürzen in der UdSSR und den sozialistischen Ländern Osteuropas folgte eine bombastische Welle großmäulig beworbener Erklärungen vom "Ende der Geschichte" und des - angeblich - endgültigen Sieges der liberalen bürgerlichen Demokratie über den Sozialismus.

Wie es sich jedoch 25 Jahre später zeigt, hat es die Geschichte selbst übernommen, ihre Totengräber zu widerlegen. Der Kapitalismus, faul und historisch überholt, erzeugt nur Krisen, Armut, Ungleichheit, Krieg und Flüchtlinge.

Es kann sein, dass die Konterrevolution, mit dem internationalen Imperialismus als Verbündetem, den 74 Jahre alten sozialistischen Aufbau des großen Vaterland der Arbeiterklasse "bremsen" konnte. Es gelang ihr, die sowjetische Flagge von den Kuppeln des Kremls einzuholen und damit einen schweren Schlag gegen die globale Arbeiter- und Volksbewegung zu führen. Sie scheiterte aber darin, so sehr sie sich auch bemühte und welche Mittel sie auch benutzte, die Fahne mit Hammer und Sichel aus den Köpfen und Herzen der Kommunisten zu entfernen, aus den Köpfen derer, die überall auf der Welt für eine bessere Zukunft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kämpfen.

Diese Fahne des Kampfes der Arbeiterklasse für den Sozialismus-Kommunismus wird wieder gehisst werden. Der Sozialismus ist heute notwendiger und zeitgemäßer denn je. Denn die Geschichte endete nicht 1991.

26. DEZEMBER 2016

von Nikos Mottas, KKE, Doktorand in Politikwissenschaft und Geschichte

## ***Grover Furr: Stalin etc.***

Betrifft:

-Orlando Figes, *'Revolutionary Russia 1891-1991. A History'*, Metropolitan Books, Henry Holt & Co., 2014

-Stephen Kotkin, *'Stalin. Volume 1. Paradoxes of Power, 1878-1928'*, Penguin, 2014

-Timothy Snyder, *'Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin'*, Basic Books, 2010

-William Zimmerman, *'Ruling Russia. Authoritarianism from the Revolution to Putin'*, Princeton University Press, 2014

Die Suche nach der Wahrheit erfordert auf jedem Gebiet der Forschung Objektivität. Objektivität verlangt, dass der, der eine Untersuchung anstellt, seinen eigenen Vorurteilen misstraut und dass er konkrete Schritte unternimmt, um zu vermeiden, dass sie die Schlussfolgerungen aus seiner Untersuchung vorwegnehmen. Geschieht dies nicht, dann wird daraus keine Geschichtsschreibung, sondern eine Wiederholung der Vorurteile des Historikers.

Ein zweites Erfordernis ist, dass er, der Historiker, sich auf Primärquellen stützt.

Diese sattsam bekannten Kriterien guter Geschichtsschreibung werden immer wieder auf dem Gebiet der Sowjetgeschichte verletzt. Alle Bücher, von denen hier die Rede ist (siehe oben), tun dies. Das unvermeidliche Ergebnis besteht nicht in guter, objektiver Geschichtsschreibung, die das Ergebnis der besten Auslegung vorhandener Primärquellen darstellt, sondern in „Propaganda mit Fußnoten“.

Die Sache wird dadurch besonders brisant, weil es auf dem Gebiet der Stalin-Ära der sowjetischen Geschichte heute eine Flut von Primärquellen gibt. Im Januar 1980 wurde Trotzki's Privatarchiv, das sich in Harvard befindet, für die Forschung freigegeben. In Russland ist nach 1991 eine Lawine von Dokumenten aus ehemaligen sowjetischen Archiven veröffentlicht worden. Dieses neue Material widerlegt gründlich die trotzkistischen Versionen zur Stalin-Ära, aber auch diejenigen Versionen, die in der Chruschtschow-Ära oder zur Zeit des Kalten Krieges entstanden sind. Dieses neue Material wird in den Büchern, von denen hier die Rede sein soll, aber auch in vielen anderen ähnlichen Werken ignoriert.

Die meisten der neueren Studien zur Stalin-Ära sind im Grunde Angriffe auf Stalin, die Sowjetunion oder auf die kommunistische Bewegung im Allgemeinen. Es handelt sich um Moralgeschichten, die in den Mantel der Gelehrsamkeit gekleidet werden. Die meisten stützen sich sehr stark auf nicht hinterfragte Konzepte wie „Demokratie“, „Gewaltherrschaft“ und „Diktatur“. Dass diese Begriffe mehrere Auslegungen zulassen, wird nicht reflektiert. Statt dies zu tun, werden sie unhinterfragt hingenommen und auf westlich kapitalistische Länder oder auf die Sowjetunion unter Stalin angewandt.

## ZIMMERMAN

William Zimmerman zitiert keine Primärquellen. Sein Buch stützt sich vollständig auf die Werke anderer oder auf einige Sekundärquellen (Studien von Primärquellen). Er zitiert diese Quellen unterschiedslos und willkürlich. Er nimmt keinerlei Quellenkritik vor, er unternimmt keinen Versuch, einzuschätzen, welche seiner Quellen verlässlich und welche es nicht sind.

Auf Seite 114 behauptet Zimmerman, dass Kleimenow, ein Gefängnisinsasse, „*übel gefoltert*“ wurde und dass er dann „*fabrizierte Anschuldigungen*“ eingestand. Als Fußnote wird ein russischer Artikel von Anisimow und Oppokow<sup>23</sup> angeführt. In diesem Artikel heißt es jedoch unzweideutig: „*Es fällt nicht schwer, folgende Version der Ereignisse als zutreffend anzunehmen*“, dass nämlich Kleimenow und andere „*physisch und moralisch gefoltert*“ wurden<sup>24</sup>. Das heißt also nichts anderes, als dass die russischen Autoren den Fehler begingen, das, was man eigentlich beweisen will, schon von vorneherein anzunehmen, was im Lateinischen als ‚*petitio principii*‘<sup>25</sup> bezeichnet wird. Sie gingen davon aus, dass Kleimenow unschuldig gewesen sei und nahmen dann auch an, dass sein Geständnis durch Anwendung „*physischen und moralischen Drucks*“ erzwungen wurde. Aber tatsächlich gilt es, die Frage, ob die verurteilten Gefängnisinsassen schuldig oder unschuldig waren und ob „*physischer Druck*“ ausgeübt wurde, erst zu untersuchen, bevor man etwas annimmt.

Ein anderes Beispiel:

Zimmerman behauptet, dass Stalin „*persönlich die Erschießungsbefehle für Tausende unterschrieben hat*“ (S. 120). Er führt keine Verweise an, aber es kann sich hier nur um die so genannten „*Stalinschen Erschießungslisten*“ handeln, die von Chruschtschow erwähnt und die jetzt online gestellt wurden. Diese Listen sind jedoch keine „*Erschießungsbefehle*“ oder so etwas, sondern Namenslisten von Personen, die wegen politischer Verbrechen vor Gericht standen und die dann an das Sekretariat der Partei geschickt wurden, um sie zu überprüfen. Nach diesen Listen wurden viele, deren Namen dort erwähnt wird, aber nicht hingerichtet, sondern nach der Überprüfung wieder freigelassen.

---

<sup>23</sup> Asif Saddiqi, *The Rockets' Red Glare: Technology, Conflict, and Terror in the Soviet Union*, in: *Technology and Culture*, Band 44, Nr. 3, Juli 2003, p. 491.

<sup>24</sup> Proisschestvie v NII-3, *Voenno-istoricheskii zhurnal*, no. 10, 1989, p. 83

<sup>25</sup> Ein *Petitio Principii* ist ein Zirkelbeweis, also eine Argumentation, bei der eine Behauptung durch Aussagen begründet wird, welche die zu beweisende Behauptung schon als wahr voraussetzen.

Eine Einzelstudie, die sich mit einer Liste aus dem Kuibyschew-Bezirk befasst, die am 29. September 1938 unterschrieben worden war, hat gezeigt, dass nicht eine einzige Person auf dieser Liste vom Militärgericht des Obersten Gerichtshofes verurteilt und dass eine beträchtliche Anzahl von Fällen gänzlich niedergeschlagen wurde<sup>26</sup>.

Es wäre Zimmermans Aufgabe gewesen, seine Quellen zu überprüfen wie die von Siddiqi und seinen „Listen“. Aber er hat dies unterlassen. Sein Buch ist voll von solchen Unterlassungen. Das Ergebnis ist eine Arbeit, in der die beschriebene sowjetische Geschichte keinerlei Bezug zur Realität mehr aufweist.

## FIGES

Orlando Figes hat sein ganzes Buch um sein antikommunistisches und Anti-Stalin-Vorurteil herum konstruiert, was da lautet, dass die Sowjet-Ära eine einzige lange Tragödie gewesen sei. Viele seiner angeblichen Fakten werden nicht nachgewiesen, vermutlich deshalb, weil diese Tatsachen Figes' Darstellung nicht unterstützen. Er behauptet zum Beispiel, dass 25.000 Gefangene beim Bau des Belomor-Kanals in den Jahren 1931-1932 umkamen, ohne dies nachzuweisen. Die Primärquelle dazu<sup>27</sup> gibt die Zahl der Umgekommenen mit 3.448 an - 1.438 für das Jahr 1931 und 2.010 für das Jahr 1932. Diese Zahl wird von dem russischen Bevölkerungswissenschaftler W. M. Semskow<sup>28</sup> bestätigt. Das ist weniger als ein Siebtel von Figes' Angaben.

Figes nimmt an, dass Wladimir Antonow-Owsejenko, der 1938 verurteilt und erschossen wurde, unschuldig gewesen sei. Dies ist ein weiterer Fall von „Das-was-bewiesen-werden-müsste-schon-von-vornherein-Annehmen“. Im Jahre 2001 veröffentlichten Swiangintzew und Orlov - zwei Forscher, die gegen Stalin eingestellt sind - Antonow-Owsejenkos Geständnisse<sup>29</sup> Eine Dokumentensammlung von Antikommunisten, die 2000 herauskam, deckt auf, dass Antonow-Owsejenko

---

<sup>26</sup> Vvedenie, Introduction to Stalinskije rasstrel'nye spiski, Stalin Shooting Lists, at <http://stalin.memo.ru/images/intro.htm>, Main page: <http://stalin.memo.ru/>

<sup>27</sup> A. I. Kokurin, IU, N. Morukov, eds. Stalinskije Stroiki GULAGA 1930-1953. Dokumenty (Stalinist GULAG Construction) Moscow: MDF – Materik 2005, p. 33f.

<sup>28</sup> Zakliuchennye v 1930-e gody, sotsial'no-demograficheskie problem, Otechestvennaia istoria 4, 1997, Table 6, S. 61. The first number, 1438, is printed erroneously, in the wrong row.

<sup>29</sup> A. G. Zviangintsev, IU, G. Orlov, Ot pervogo prokura Rossii do posledneto Soyuzu, M-Olma-Press, 2001, chapter on Antonov-Ovseenko, at: [http://www.e-reading\\_club/chapter.php/144271/42/Zvagnincev\\_Orlov\\_-\\_Ot\\_pervogo\\_prokura\\_Rossii\\_do\\_poslednego\\_prokura\\_Soyuzu.html](http://www.e-reading_club/chapter.php/144271/42/Zvagnincev_Orlov_-_Ot_pervogo_prokura_Rossii_do_poslednego_prokura_Soyuzu.html).

gegenüber den Untersuchungsbeamten zugab, dass er von Nikolai Krylenko<sup>30</sup> für eine oppositionelle Verschwörung angeworben wurde. Das, was wir an Beweisen besitzen, deutet auf Antonow-Owsejenkos Schuld hin. Dies ist kein einfacher „positiver Beweis“, sondern es sind die einzigen Fakten, über die wir heute verfügen. Figes ignoriert sie.

Figes zufolge ist die Behauptung, dass Sinowjew und Kamenjew Teil einer Verschwörung waren, um Stalin zu ermorden, „hergeholt“ (S. 194). Dies ist ein weiterer Trugschluss. Es ist das „Argument des Unglaubens“<sup>31</sup>. Die Tatsache, dass Figes die Anschuldigung für unglaubwürdig hält, ist keine Aussage zur Anschuldigung, sondern eine Aussage über ihn selbst.

Wir besitzen seit langem viele andere Beweise, die darauf hindeuten, dass die Angeklagten schuldig waren. Wir wissen, dass der „Block der Rechten und Trotzisten“, von dem bei allen drei Moskauer Prozessen die Rede war, tatsächlich existiert hat. Pierre Broué entdeckte 1980 den Beweis dafür in den Trotzki-Archiven von Harvard<sup>32</sup>. 1992 wurden die Schriftstücke zur Berufung gegen die Todesurteile von Sinowjew und Kamenjew veröffentlicht. Darin betonen sie ausdrücklich und in klaren Worten, dass sie schuldig waren, während sie gleichzeitig, um Gnade baten<sup>33</sup>. Figes verschweigt dies und unterschlägt es dem Leser, aber auch noch andere Dinge hält er vor dem Leser verborgen.

## SNYDER

Timothy Snyders „Bloodlands. Europe Between Hitler and Stalin“ ist in 26 Sprachen übersetzt worden und hat viele Preise bekommen. Snyder benutzt nur ausnahmsweise Primärquellen. Meist bezieht er sich auf polnische und ukrainische Sekundärquellen. Keine dieser Sekundärquellen bzw. keine der wenigen Primärquellen, die er als Nachweise zitiert, stützen seine Behauptungen. Ich habe dies in meinem Buch, das 580 Seiten umfasst, dokumentiert.

Jede einzelne Behauptung, die Timothy Snyder in seinem Buch gegen Stalin und die Sowjetunion aufführt, ist falsch.

---

<sup>30</sup> Rehabilitatsia. Kak eto Bylo. Mart 1953-Febral 1956 g. Moscow, 2000, p. 217.

<sup>31</sup> For one discussion, see [https://en.wikipedia.org/wiki/Argument\\_from\\_ignorance#Argument\\_from\\_incredulity\\_2FLack\\_of\\_imagination](https://en.wikipedia.org/wiki/Argument_from_ignorance#Argument_from_incredulity_2FLack_of_imagination).

<sup>32</sup> Pierre Broué, Trotsky et le bloc des oppositions de 1932, Cahiers Léon Trotzky 5, Jan-Mar 1980, pp. 5-37.

<sup>33</sup> Razzkaz o desiati rasstrel'iannykh (Story of ten who were shot), Izvestia September 2, 1992, p. 3.

Snyder konnte auf das Material hoch motivierter und fanatisch antikommunistischer Wissenschaftler aus Polen und der Ukraine zurückgreifen. Aber sie waren nicht in der Lage, echte Beweise zu finden, die ihre Behauptungen, dass Stalin Verbrechen und Gräueltaten beging, belegen konnten. Dies weist darauf hin, dass wir schon sehr nahe daran sind, schon näher als je zuvor, zu behaupten, dass Stalin tatsächlich keine Verbrechen oder Gräueltaten beging.

## KOTKIN

Stephen Kotkin hat den ersten Band seiner Stalin-Biografie (bis zum Jahr 1928) herausgebracht. Es handelt sich noch um das beste Werk von den hier besprochenen. Er weist viele der Anti-Stalin-Märchen zurück, die so viele andere Werke verunzieren. Darunter befindet sich auch die Geschichte, dass Stalin von seinem Vater geschlagen wurde, was Kotkin als den „Inbegriff einer traumatisierten Kindheit“ bezeichnet. Er kümmert sich auch nicht um die alte Klamotte, die immer noch häufig zum Besten gegeben wird, dass Stalin von der Geheimpolizei des Zaren angeworben wurde, und obwohl er daran glaubt (ohne dass er Beweise dafür hat), dass Stalin 1907 den Raubüberfall in Tiflis half zu organisieren, moralisiert er darüber nicht. Figes akzeptiert die Behauptung, dass Stalin von einer sibirischen Frau zwei Kinder hatte, als Tatsache. Diese Geschichte, die von Iwan Serow aufgebracht wurde, der damals Chruschtschows erster Mann im KGB war, ist höchst zweifelhaft<sup>34</sup>. Es gibt keine Hinweise darauf, dass das erste Kind wirklich existierte, und dann passiert ihm - aber auch schon Serow passierte es -, dass er den Namen dieser Frau falsch wiedergibt. Aber er widersteht der Versuchung, Stalin deswegen zu verurteilen.

Kotkins Berichte von einigen Vorkommnissen sind recht objektiv wie der, dass Stalin auf Lenins Empfehlung hin 1922 zum Generalsekretär der Partei gewählt wurde, oder dass Stalin nicht für das Scheitern des Polenfeldzuges im Jahre 1920 verantwortlich war. Einsam unter den antikommunistischen Autoren akzeptiert er Walentin Sacharows Schlussfolgerung, dass das so genannte Testament Lenins wohl eine Fälschung war, die Lenins Frau Krupskaja, eventuell zusammen mit Trotzki, in Umlauf brachte<sup>35</sup>. Er ist auch einigermaßen objektiv, wenn er von Stalins leichter Verantwortung für das Debakel der Kommunistischen Partei Chinas im Jahre 1927 spricht.

---

<sup>34</sup> Pis'mo predsedatel'ia KGB pri SM SSSR, I. A. Serova ..., in: Aleksandr V. Ostrovski, Kto stoial za spinoi Stalina? Spb: Isdatel'skii Dom Neva, Moscow: OLMA-Press, 2003, illustrations following p. 384, at: [http://www.e-reading.club/chapter.php/1009734/183/Ostrovski\\_\\_Kto\\_stoyal\\_za\\_spinoy\\_Stalina%3F.html](http://www.e-reading.club/chapter.php/1009734/183/Ostrovski__Kto_stoyal_za_spinoy_Stalina%3F.html), search for "Foto No 10"

<sup>35</sup> V. A. Sakharov, Politicheskoe zaveshchanie, V. I. Lenina: real'nost'istorii I mify politiki, Moscow: Izdatel'stvo MGU (Moscow State University), 2003.

Kotkins Objektivität wird jedoch durch sein hartnäckiges Festhalten an den Prämissen des erforderlichen Anti-Stalin-Paradigmas untergraben. Er betont, dass die Kollektivierung die Hungersnot von 1932-1933 verursachte, was völlig falsch ist, wie die Untersuchungen von Mark Tauger nachgewiesen haben, womit auch Davies und Wheatercroft weitgehend einverstanden sind<sup>36</sup>. Kotkin spricht von „zahllosen fabrizierten Prozessen in den 20iger und 30iger Jahren“, ohne beweisen zu können, dass auch nur ein einziger „fabriziert“ war, weil diese Beweise nicht existieren<sup>37</sup>. Die Beweise, die das Gegenteil belegen, werden von ihm einfach unterschlagen, darunter das Eingeständnis von Jules Humbert-Droz, einem Freund von Nikolai Bucharin, das er 1971 machte, dass Bucharin und seine Anhänger vorhatten, Stalin schon 1928 umzubringen<sup>38</sup>, oder Pierre Broués Entdeckung, dass der Block der Rechten und Trotzki tatsächlich existierte. Auch J. Arch Gettys Erkenntnisse, dass Trotzki sehr wohl Kontakte zu seinen Anhängern in der UdSSR unterhielt, obwohl er behauptete, dass er diese Kontakte abgebrochen habe<sup>39</sup>, gehören dazu. Oder die Tatsache, dass Trotzki tatsächlich heimlich den „Terror“ gegen die Stalinsche Führung organisierte<sup>40</sup>, wie der NKWD-Agent Mark Sborowski aussagte, der das Umfeld von Leo Sedow, Trotzki's Sohn und wichtigster Mitverschwörer, erfolgreich infiltriert hatte.

## PUTIN

Das stark angestiegene Interesse an Stalin in den letzten Jahren ist wohl teilweise auf die westliche Feindseligkeit gegenüber Wladimir Putin zurückzuführen, der sich als sehr viel weniger Nato-hörig erwiesen hat, als dies bei seinen Vorgängern Boris Jelzin und Michail Gorbatschow der Fall war. Der rechtsgerichtete Kommentator George Will hat den russischen Präsidenten als eine „Brut Stalins“ bezeichnet<sup>41</sup>. Eine Methode, Putin als völlig inakzeptabel hinzustellen, besteht darin, ihn als einen

---

<sup>36</sup> Full references are in Furr, Blood Lies, Chapter One.

<sup>37</sup> For an evaluation of the evidence concerning the Trial testimony, see Part One of Grover Furr, Trotsky's Amalgams, Trotsky's Lies. The Moscow Trials As Evidence. The Dewey Commission, Trotsky's Conspiracies of the 1930s, Vol. One, Kettering OH, Erythros Press & Media LLC, 2015.

<sup>38</sup> Humbert-Droz, Jules, Les Mémoires de Jules Humbert-Droz. De Lénine à Staline. Dix Ans Au Service de 'Internationale Communiste, 1921-1931, Neuchatel, A la Baconnière, 1971.

<sup>39</sup> J. Arch Getty, Trotsky in Exile: The Founding of the Fourth International, Soviet Studies 38, No. 1, January 1986, 1986, pp. 24-35.

<sup>40</sup> G. Furr, Trotsky's Amalgams, pp. 292ff.

<sup>41</sup> Washington Post, March 17, 2014: Russia and Ukraine Share a Brutal History

„Autokraten“ wie Stalin hinzustellen, obwohl es in Russland Wahlen mit mehreren Parteien gibt. (Mittlerweile nennt man die Ukraine, einen Nato-Partner, „demokratisch“ - trotz des verfassungswidrigen Putsches gegen Präsident Viktor Janukowitsch im Februar 2014).

Es gibt auch Versuche, die sowjetische Rolle unter Stalin bei dem Sieg über Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg herunterzuspielen. Putin wurde im Januar 2015 nicht zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz eingeladen, als der polnische Außenminister Grzegorz Schetyna behauptete, dass es „ukrainische“ Truppen gewesen seien, die das Todeslager befreiten, was nicht der Fall war<sup>42</sup>. Dies ist Teil der allgemeinen Lesart, dass die Rote Armee auch nur irgendjemanden befreit habe, zumal die Polen und andere osteuropäische Antikommunisten abstreiten, dass die Rote Armee ihre Länder befreite. Jüdische Gruppen sind da anderer Meinung, denn die Rote Armee befreite Juden nicht nur von den Nazis, sondern auch von antisemitischen polnischen und ukrainisch-nationalistischen Mördern, die heutzutage wegen ihres Antikommunismus in diesen Ländern als Helden gefeiert werden.

Ein zentrales Anliegen von Zimmermans Buch besteht darin, Putin mit Stalin unter dem Oberbegriff des Autoritarismus in Verbindung zu bringen.

Figes geht da etwas nachsichtiger mit Putin um (S. 293ff), aber er wiederholt haarsträubende Unwahrheiten wie zum Beispiel jene, dass Stalin in den ersten Kriegswochen „sein Selbstvertrauen verlor“ (S. 218). Er behauptet auch, dass „Terror und Zwang“ eine ausschlaggebende Rolle dafür spielten, um die Soldaten der Roten Armee dazu zu bewegen zu kämpfen (S. 221) - eine Behauptung, die von Jochen Hellbeck in seiner jüngsten Studie zu Stalingrad widerlegt wird<sup>43</sup>.

Figes meint, dass Stalin Soldaten als „Kanonenfutter“ ansah und dass „das Individuum nicht gezählt“ habe (S. 227), ohne dies zu belegen. Ein Vergleich mit alliierten Kommandeuren beider Weltkriege wäre hier wohl angebracht gewesen.

WARUM JETZT?

---

<sup>42</sup> This was widely reported, see: Adam Easton, Poland-Russia Row Sours Auschwitz Commemoration, BBC News, 26 January 2015, at: <http://www.bbc.com/news/blocs-eu-30957027>.

<sup>43</sup> See the brief discussion by Michael Sontheimer, Revisiting Stalingrad. An Inside Look at World War II's Bloodiest Battle, Spiegel online 11/02.2012, at: <http://www.spiegel.de/international/zeitgeist/frank-interviews-with-red-army-soldiers-shed-new-light-on-stalingrad-a-863229.html>.



Leo Trotzki war ganz offensichtlich der erste, der die Sowjetunion mit Nazideutschland in Verbindung gebracht hat, als er den Begriff des „Totalitarismus“ übernahm<sup>44</sup>.

Die politische Nützlichkeit dieser Verbindung schoss nach dem Zweiten Weltkrieg ins Kraut. Das Konzept von der „Freien Welt“ kam auf, das alle nicht-kommunistischen Staaten, einschließlich der repressivsten und gewalttätigsten umfasste, mitsamt den Pro-Nazi-Gruppen in Osteuropa, die heute zu „Nationalisten“ umgetauft werden, deren Gräueltaten oft selbst die der Nazis in den Schatten stellten.

Dadurch konnte man auch die Aufmerksamkeit von der Gewalt und der Unterdrückung seitens westlich imperialistischer Staaten in Südost-Asien, in Indochina oder in Niederländisch-Ostindien, in Afrika (Kenia) oder in Lateinamerika ablenken. Hier weigerte sich die „Freie Welt“, Freiheit und Demokratie zu gewähren, die sie angeblich unterstützten.

Snyders ‚Bloodlands‘ wirft sich ins Zeug, um Nazideutschland und die UdSSR moralisch gesehen auf eine Stufe zu stellen, und die eifrigsten Unterstützer dieser Gleichsetzung sind die Anhänger der ukrainischen und polnischen „Nationalisten“, die trotz ihrer begeisterten Teilnahme am Holocaust sich für die antikomunistische Sache als nützlich erwiesen, womit auch ihr faschistisches Wesen verdeckt werden konnte. Snyder selbst hat sich vorsichtig von dem ukrainischen Nazi Stepan Bandera distanziert<sup>45</sup>, nicht jedoch von der genauso antisemitischen Polnischen Heimatarmee<sup>46</sup>.

Einige Historiker haben Snyder vorgeworfen, dass er den faschistischen Nationalisten geholfen und sie verharmlost hat, während es die Rote Armee war, die die Juden

---

44 According to Trotskyist historians Iuri Fel'shinskii and Georgii Cherniavskii, Lev Trotskii. Vrag No. 1, 1929-1940, Moscow: Tsentrpoligraf, 2013, p. 380, 3

45 Snyder, A Fascist Hero in Democratic Kiev, New York Review of Books, February 24, 2010

46 For a good exposure of the Home Army's murderous antisemitism, see Stefan Zgliczynski, Jak Polacy Ntemcom/Zydów Mordowac Pomagali ('How Poles Helped Germans Murder Jews'), Warsaw: Czarna Owca, 2013. The author is the editor of the Polish edition of 'Le monde diplomatique'. The Home Army collaborated with the Germans against the Red Army: see Bernhard Chiari, Kriegslist oder Bündnis mit dem Feind? Deutsch-polnische Kontakte 1943-44, in: Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg, R. Oldenbourg Verlag, München 2003, SS. 497-527. Snyder fails to mention this fact though he has an essay in the same collection.

befreite<sup>47</sup>. Diese Historiker kritisieren aber Snyders Fälschungen der Sowjetgeschichte nicht<sup>48</sup>. Vielleicht wissen sie davon auch gar nichts.

In dem Maße, wie die Regierungen in den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas sich allmählich nach rechts bewegen, wächst das Bedürfnis bei ihnen, die UdSSR mit Nazideutschland, Stalin mit Hitler und den Kommunismus mit dem Hitlerfaschismus gleichzusetzen.

Polen hat inzwischen jedes Zeigen kommunistischer Symbole unter Strafe gestellt und hat dies selbst der kommunistischen Partei verboten.

Die Ukraine hat unlängst die kommunistische Partei ganz verboten, während „nationalistische“ ukrainische Milizen ganz offen ihre Hakenkreuze und SS-Runen zur Schau stellen dürfen. Der ukrainische Nationalismus basiert auf den Zwillingsmythen vom „Holodomor“ und der Bezeichnung der Massenmörder aus dem antikommunistischen ukrainischen Untergrund als „Freiheitskämpfer“.

## FAZIT

Das Spezialgebiet der Sowjetgeschichte wurde einst ins Leben gerufen, um dem politischen Projekt, die Sowjetunion anzugreifen und zu zerstören, zu dienen.

Nach Nikita Chruschtschows Angriffen auf Stalin in seiner „Geheimrede“ im Februar 1956 wiederholten westliche Historiker eifrig seine Behauptungen.

Aber er hat nie Beweise geliefert, und es war von Anfang an klar, dass vieles von dem, was er vorbrachte, unzutreffend war, zum Beispiel die Behauptung, dass Stalin militärische Kampagnen „an einem Globus“ geplant habe. Inzwischen ist aufgezeigt worden, dass all seine Anschuldigungen gegen Stalin falsch sind<sup>49</sup>.

---

<sup>47</sup> See many articles at the site *Defending History*, for example at: <http://defendinghistory.com/east-european-nationalist-abuse-of-timothy-snyders-bloodlands>.

<sup>48</sup> Snyder's wholesale falsification concerning Soviet actions is the subject of my book *Blood Lies*.

<sup>49</sup> Grover Furr, *Krushchev Lied: The Evidence That Every 'Revelation' of Stalin's (and Beria's) Crimes in Nikita Krushchev's infamous 'Secret Speech' to the 20th Party Congress of the Communist Party of the Soviet Union on February 25, 1956 is Probably False*, Kettering, Ohio, Erythros Press & Media LLC, 2011.

Aber Chruschtschows Rede erwies sich als eine zu wertvolle Waffe, um sie einfach aufzugeben, nur weil die Behauptungen darin falsch waren, und eben diese Behauptungen vergiften bis heute die Geschichtsschreibung der Sowjetunion bezüglich der Stalin-Zeit.

Das wissenschaftsfeindliche und politisierte Wesen der Geschichtsforschung zur Sowjetgeschichte stellt einen Angriff auf die rationale Erforschung dieser Zeit dar.

Wenn die Politik die Medizin in dem gleichen Maße dominieren würde wie dies bei der Geschichtsforschung der Fall ist, dann würden wir heute noch Hexen verbrennen, um die Viehseuche zu heilen.

Es ist immer im Interesse kapitalistischer Staaten gewesen, die erfolgreichste sozialistische Revolution so negativ wie möglich aussehen zu lassen.

Es gibt heute keine einflussreichen Kräfte, die sich für das Aufdecken der Wahrheit einsetzen. Die wahrheitsgemäße Geschichte der Sowjetunion, als sie sich unter Stalins Führung befand, liegt in den Händen einzelner Historiker, die ohne den Rückhalt von Institutionen arbeiten müssen, die aber trotzdem bestrebt sind, die Triumphe und die Niederlage des ersten großen sozialistischen Experiments aufzudecken.

Übersetzt von Gerhard Schnehen, Dezember 2016

## ***Kapitän zur See a. D. Gerhard Matthes: Ehrung für Dr. Richard Sorge***

07. 11. 2016, 10.00 Uhr, Berlin-Friedrichshain, Richard-Sorge-Straße.

Es versammelten sich ca. 100 Genossen und Freunde linker Organisationen und Vereine, um den Helden der Sowjetunion, den Kommunisten, Patrioten und Internationalisten Dr. Richard Sorge zu ehren,

- der in China und Japan erfolgreich als Kundschafter für die Hauptverwaltung Aufklärung der Roten Armee wirkte,

- die sowjetische Führung mit einer Vielzahl wichtiger Informationen versorgte, so u.a. über den Termin des Aggressionsbeginns der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion, zur militärpolitischen und militärischen Lage und zu den Absichten und Handlungen der japanischen Streitkräfte.

Das waren außerordentlich wichtige Informationen für die sowjetische Führung, weil es ihr dadurch möglich wurde, Truppen der Roten Armee von Ost nach West zu verlegen und sie bei der Schlacht um Moskau einzusetzen.

Im Oktober 1941 wurde Dr. Richard Sorge verhaftet und am 27. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, am 7. November 1944 in Tokio hingerichtet.

In der 40-jährigen Geschichte der DDR wurden sein Leben und sein Kampf gewürdigt und sein Andenken bewahrt. Neben einer Vielzahl ziviler Einrichtungen erhielten Truppenteile, Lehreinrichtungen und ein Raketenschnellboot der Volksmarine den Ehrennamen „Richard Sorge“. Unser Verband setzt gemeinsam mit befreundeten Organisationen diese Tradition fort. Als deutscher Kommunist und Internationalist sowie als sowjetischer Aufklärer ist er uns Vorbild im Kampf gegen Aggressionen, gegen Krieg, für Völkerverständigung.

Es ist ein Verdienst der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH), dass seit Jahren in Berlin, in der Richard-Sorge-Straße, am 07. November eine Gedenkveranstaltung für Dr. Richard Sorge stattfindet, die unser Verband seit seiner Gründung mitträgt. In diesem Zusammenhang entstand die Idee, wieder eine Gedenktafel an der Stelle anzubringen, an der sie im Zusammenhang mit der Namensgebung der Richard-Sorge-Straße am 07. November 1969 enthüllt wurde. In den 90er-Jahren entfernten Unbekannte diese Tafel.

Dank der zielstrebigen Arbeit von Fregattenkapitän a.D. Prof. Dr. Hans Fischer und Oberleutnant a.D. Torsten Postrach, gelang es

- den Dipl. Bildhauer Torsten Freche für die Anfertigung der Gussvorlage und  
- den Bildgießer und Ziseleur Bert Noack, öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für das Metall- und Gießereihandwerk,

für die Fertigung der Gedenktafel zu gewinnen und alle bürokratischen Hürden für ihre Anbringung an alter Stelle zu überwinden.

Dank großzügiger Geldspenden der Botschaft der Russischen Föderation, von verbündeten Organisationen wie ISOR, GRH, RotFuchs und vielen Einzelpersonen, insbesondere aber der Mitglieder unseres Verbandes, konnte die Finanzierung der Tafel sowie ihre Fertigstellung und Anbringung am 07. November 2016, dem 99. Jahrestag der Oktoberrevolution gesichert werden.

Der Vorsitzende der GRH, Genosse RA Hans Bauer begrüßte an diesem Tage die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung, unter ihnen den Verteidigungsattaché bei der Botschaft der Russischen Föderation, Oberst Andrej Sivov; den ehemaligen Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im Generalstab der Streitkräfte der UdSSR,

Generaloberst Fjodor Iwanowitsch Ladigin sowie den Diplom-Bildhauer Herrn Torsten Freche.

Er würdigte die Leistungen aller Beteiligten, die zu Gedenkfeier beigetragen haben.

Anschließend enthüllten Genosse RA Hans Bauer und Fregattenkapitän a.D. Prof. Dr. Hans Fischer die neu gefertigte Tafel.

Es folgten das Lied „Der heilige Krieg“ und von einem Trompeter geblasen: „Unsterbliche Opfer“.

Im Anschluss würdigten Generalleutnant a.D. Manfred Volland, Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR und Generaloberst Fjodor Iwanowitsch Ladigin, ehemaliger Chef der Hauptverwaltung Aufklärung im Generalstab der Streitkräfte der UdSSR, die Leistungen Dr. Richard Sorges.

Oberst a.D. Laasch erinnerte in seinen Ausführungen an den Kampfgefährten Richard Sorges, den Funker Max Christiansen-Clausen, der in dieser Straße wohnte und uns viele Einblicke in das Leben Sorges und seinen Kampf vermitteln konnte.

Zum Abschluss der Veranstaltung dankte Genosse RA Hans Bauer allen Teilnehmern für ihr Kommen und rief dazu auf, am 07. November 2017, dem 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution an gleicher Stelle wieder dabei zu sein.

Die Gedenkveranstaltung endete mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale.



## KKE

### ***ZK der Kommunistischen Partei Griechenlands: Thesen für den 20. Parteitag der KKE, 30.3. – 2.4.2017***

#### VORWORT

Das Zentralkomitee der KKE übergibt der Öffentlichkeit ihre Thesen für den 20. Parteitag der KKE, der, wie in den Statuten vorgesehen, vom 30. März - 2. April 2017, vier Jahre nach dem 19. Parteitag stattfinden wird.

Seit dem 19. Parteitag haben wir ein neues Programm, das die ausgearbeitete Strategie der Partei für die Arbeiterherrschaft, den Sozialismus festlegt und das die Richtung für die Vorreiterrolle der Partei unter allen Umständen vorgibt.

Das Programm, das auf dem 19. Parteitag der KKE angenommen wurde, und alle seine Entscheidungen haben große Akzeptanz innerhalb der Partei und der KNE gefunden, aber auch bei Anhängern und Freunden der Partei und darüber hinaus in breiten Arbeiter- und Volksschichten innerhalb der griechischen Gesellschaft. Diese Akzeptanz wird durch die wichtige Praxis bestätigt, die von der Partei und der KNE auf der Grundlage der Beschlüsse des 19. Parteitages entwickelt wurde.

Dennoch führt uns diese starke Zustimmung zu unseren Entscheidungen, aber auch die Arbeit in allen Aktionsbereichen der Partei im Rahmen der Bemühungen zur Umsetzung dieser Beschlüsse nicht zu Selbstzufriedenheit, zu Autarkie, noch weniger zu mangelndem Interesse an den Schwächen, den Mängeln, und wie und in welchem Umfang das Programm und das Statut der Partei aufgenommen wurde und wie ihnen durch unsere Aktion am besten gedient wird.

Darüber hinaus jedoch bringen das Leben selbst, die Entwicklungen im In- und Ausland, der Kurs der internationalen und griechischen Arbeiterbewegung, die Aktion der Partei und der KNE selbst, der Werdegang des Klassenkampfes insgesamt, fortwährend neue Fakten hervor, die konsequent beobachtet und bei den Aktionen der Partei berücksichtigt werden müssen. Diese neuen Fakten schaffen neue Schwierigkeiten, aber erschaffen gleichzeitig - auch wenn sie dem "nackten" Auge nicht immer sichtbar sind - neue Möglichkeiten.

Die internationalen und nationalen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, die in den Jahren seit dem 19. Parteitag stattgefunden haben, die Erkenntnisse und die Erfahrungen daraus, sowie die Aufgaben, die sich aus ihrer Analyse und ihrem Studium ergeben, bestimmen in einem großen Umfang auch den thematischen Inhalt des 20. Parteitags. Darauf wollen wir - so gut wie möglich - Antworten, Interpretationen und Prognosen geben und auf dieser Grundlage die Leitlinien für die nächste Periode.

Das Hauptziel der Thesen des ZK für den 20. Parteitag und der innerparteilichen Diskussion, die nach ihrer Veröffentlichung beginnen wird, sowie auch der Endentscheidungen des Parteitags, ist die allseitige ideologisch-politisch-organisatorische Kräftigung der Partei und seiner Jugend als Partei des revolutionären Umsturzes. Diese Kräftigung ist notwendige Voraussetzung dafür, die komplexen Aufgaben der Neuorganisation der Arbeiterbewegung, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, den Aufbau einer gesellschaftlichen Allianz mit antikapitalistischer, antimonopolistischer Ausrichtung, mit dem Ziel der Arbeiterherrschaft, zu Ende zu führen.

Von dieser Kräftigung der Partei hängt auch ihre Fähigkeit ab, für die obigen Aufgaben, mittels der Entwicklung der Arbeiter- und Volksbewegung und der

Förderung der Allianz der Bevölkerungsschichten auch die breiteren Arbeiter- und Volksmassen auf einen Sturz und Umsturz des kapitalistischen Systems hin vorzubereiten. Dies gilt umso mehr unter Umständen, wo entweder alles unbeweglich erscheint oder sich nur langsam auf das Ziel des Gegenangriffs der Arbeiter und des Volkes fort- oder sogar rückwärts bewegt.

In den Thesen bemühen wir uns - so gut wie möglich - die Aspekte der Vorbereitung und des Handelns das ihr dient, zu spezifizieren. Wir versuchen, die Schwierigkeiten zu bestimmen, mit denen wir heute konfrontiert sind, aber auch neue Probleme im Prozess der Entwicklung des Klassenkampfes in unserem Land und international, in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung vorherzusehen. Gleichzeitig erringen wir die Fähigkeit und Bereitschaft jede kleine oder größere Möglichkeit, die durch die Wendungen und Veränderungen der historischen Ereignisse erschaffen werden, auszunutzen.

Wir analysieren die Bedingungen, die erforderlich sind, um koordiniert und dynamisch, mit kommunistischem Mut, Verantwortung und Wachsamkeit vorwärts zu schreiten:

\* Indem wir "wetterfeste" Parteiorganisationen in den Betrieben und Branchen mit strategischer Bedeutung aufbauen.

\* Indem wir überall dort, wo das Herz der Arbeiterklasse und der Volksschichten "schlägt", ein Netzwerk von Parteiorganisationen entwickeln.

\* Indem wir die KKE und die KNE stärken, sodass sie ihre führenden Rolle spielen können.

\* Indem wir den Einfluss und die Reichweite der Partei auf die neuen Arbeiter- und Volksmassen erweitern, die mit dem kapitalistischen System und der Armut und Arbeitslosigkeit, die es hervorbringt, unzufrieden sind, aber ihre Unzufriedenheit auch gegenüber allen Managern der

kapitalistischen Wirtschaft und des faulen und korrupten bürgerlichen politischen Systems, dem bürgerlichen Staat, zum Ausdruck bringen.

\* Indem wir als Vorreiter an der Neuorganisation der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung arbeiten.

\* Indem wir das gesellschaftliche Bündnis der Arbeiter des privaten und des staatlichen Sektors, der sich ums tägliche Überleben schlagenden Bauern und anderer Selbstständiger und Freiberufler vorantreiben und indem wir in diesem Bündnis immer mehr die Kräfte der Jugendlichen und Frauen, der Familien aus dem Volk einbinden.



Über die Fragen im Zusammenhang mit dem "Kartierung" der Situation im Inland und Ausland hinaus, konzentrieren sich die Themen des 20. Parteitages auf die Berichte über die Aktivitäten des Zentralkomitees und der gesamten Partei, auf die neuen Aufgaben und die Planung der Aktivitäten bis zum 21. Parteitag, sowie auf die Wahl eines neuen ZK und des Komitees zur Wirtschaftsprüfung.

Der Hauptinhalt des 20. Parteitages lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

"Allseitige Stärkung der KKE für die Aufgabe der Neuorganisation der Arbeiterbewegung und die Entfaltung des gesellschaftlichen Bündnisses auf einen antikapitalistischen - antimonopolistischen Kurs, im Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für die Arbeiterherrschaft.

Die Thesen bestehen aus vier Hauptkapitel und einzelnen Unterkapiteln.

Das erste Kapitel befasst sich mit den Entwicklungen im internationalen imperialistischen System und enthält Einschätzungen zu den wirtschaftlichen sozialen Entwicklungen der Welt am Ende des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. Es bestimmt die Bereiche, wo sich die innerimperialistischen Gegensätze verschärfen, wo sich die lokalen und regionalen Konflikte erhöhen und wo Risiken für einen generalisierten imperialistischen Krieg unter Bedingungen des Anwachsens der Flüchtlings- und Migrationsströme von Kriegsopfern bestehen. Auf diesem Boden zeigen sich auch die Anpassungen - Modernisierungen der repressiven Mechanismen der bürgerlichen Staaten und transnationalen Vereinigungen.

Das zweite Kapitel befasst sich mit der Position Griechenlands im internationalen kapitalistischen System, mit seinem Platz innerhalb der Europäischen Union, mit der Beziehung zwischen dem Nationalen - Internationalen in der kapitalistischen Entwicklung und im Klassenkampf.

Das dritte Kapitel befasst sich mit der Beurteilung der aktuellen Entwicklungen in Griechenland, sowohl in der griechische Wirtschaft, als auch beim Zustand der Arbeiterklasse und bei den übrigen Bevölkerungsschichten. Sie beurteilt die Regierungspolitik, aber auch den Reformkurs des bürgerlichen politischen Systems, wie es sich - besonders in den letzten vier Jahren - entwickelt hat.

Das vierte Kapitel bezieht sich auf den Tätigkeitsbericht seit dem 19. Parteitag, auf die neuen Aufgaben der Partei und ihrer Jugend bis zum nächsten, dem 21. Parteitag. Es konzentriert sich auf den Gesamtbericht über die Arbeit zur Stärkung der Partei und der KNE während der letzten vier Jahre, auf die Achsen der ideologisch-politischen Intervention der Partei, der Neuorganisation der Arbeiterbewegung, den Kurs der gesellschaftlichen Allianz. In diesem Bericht soll die Frage des Verhältnisses Partei - Bewegung stärker beleuchtet werden. Dieses Kapitel beschäftigt sich besonders mit

dem Werdegang des Parteaufbaus, die organisatorische Neuordnung der Parteikräfte, dem Zustand in der internationalen kommunistischen Bewegung und mit den Aktivitäten und der Zusammenarbeit der KKE mit anderen kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt. Es wird eine zusammenfassende Gesamtbewertung der Leistung des Zentralkomitees geben, und die Vorschläge für neue Aktivitäten, die bis zum 21. Parteitag geplant sind, werden vorgelegt.

Das Jahr, in dem der 20. Parteitag durchgeführt wird, ist das Jubiläumsjahr zum 100. Jahrestag der großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 in Russland, unter der Leitung der Partei Lenins, die den Weg öffnete für die Arbeiterklasse, für die Völker der ganzen Welt, die Macht einzufordern und sie in ihre eigenen Hände zu nehmen. Unabhängig von den Fehlern, Schwächen und Mängeln, die konterrevolutionären Ergebnis und dem historischen Rückschritt, das Eis ist gebrochen, die Linie markiert und der Weg geöffnet.

Im Jahr 2018 jähren sich auch die 100 Jahre Leben und Handlung der KKE seit ihrer Gründung in Piräus im November 1918. Es geht um einen Werdegang, in dem sie aufrecht stand, in dem sie an den Kämpfen des Volkes teilnahm, den Weg des Kampfes für die neue Gesellschaft erleuchtete, für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse, die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, den Sozialismus-Kommunismus.

Gleichzeitig beweist die KKE durch ihren revolutionären Charakter und ihre Aktivität, dass sie trotz ihres hundertjährigen Weges, die neueste Partei ist: Denn das, was sie über die Eigentumsverhältnisse, über die sozialen Beziehungen, über die ganze gesellschaftliche Organisation im allgemeinen verkündet, ist die neue, notwendige, die einzige fortschrittliche Zukunft für die Menschheit. Denn der erste historische Versuch eines Aufbaus der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft, der erste Anlauf belegt diese Tendenz, trotz der Tatsache, dass er nicht die innere und äußere Kraft errang endgültig zu siegen.

Das Zentralkomitee der KKE ruft die Mitglieder der Partei und der KNE dazu auf, die Thesen zu studieren, mit Reflexion, Anregungen und Hinweisen zu ihrer Verbesserung beizutragen, damit sich die reiche, im Laufe der Jahre angesammelte, individuelle und kollektive Erfahrung in den endgültigen Entscheidungen kristallisiert.

Der Dialog vor dem Parteitag beinhaltet auf jeden Fall auch die Diskussion der Thesen. Sie dient dem Zweck, die Meinungen und Beobachtungen von Freunden und Anhängern der Partei, von jedem Kämpfer und jeder Kämpferin zu sammeln, der - unabhängig von der jeweiligen Sichtweise - die Notwendigkeit einer viel stärkeren KKE begreift. Einer KKE mit wissenschaftlich erarbeiteten Thesen, stark im Kampf

für die notwendige Neuordnung der Bewegung, im Kampf gegen die Ausbeutung, den imperialistischen Krieg und die Armut, im Kampf für den Aufbau einer gesellschaftlichen Allianz mit antikapitalistischer-antimonopolistischer Ausrichtung, für den gesellschaftlichen Umsturz und die Arbeitermacht.

## 1. Kapitel

### ENTWICKLUNGEN IM INTERNATIONALEN IMPERIALISTISCHEN SYSTEM UND DIE FOLGEN

Die wirtschaftlich-sozialen Entwicklungen in der Welt am Ende des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts

1. In den vier Jahren, seit dem 19. Parteitag setzte sich im Grunde die gleiche Tendenz zur Neuordnung zwischen den kapitalistischen Volkswirtschaften weiter fort, wie im Laufe der letzten 15 Jahre. Die Hauptmerkmale der Entwicklungen sind zusammengefasst:

- a) die Stärkung Chinas in Relation zu den USA und der Eurozone, entsprechend des Anteils am Weltbruttosozialprodukt. Als Folge dieser Tatsache verschärft sich der Wettbewerb Chinas mit den USA, die trotz der Tendenz der Minderung ihres Anteils, noch den Spitzenplatz einnehmen.
- b) Die Verlangsamung der Wachstumsrate der internationalen kapitalistischen Wirtschaft in den letzten drei Jahren, ohne dass ein imperialistisches Zentrum als Lokomotive zur Erhöhung des Tempos der Entwicklung zu sehen ist. Ein wichtiger Punkt ist die Tatsache, dass einige imperialistische Zentren (EU, Japan) das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 nicht wesentlich überschritten haben.
- c) Die Größe des überakkumulierten Kapitals und die Schwäche bei seinem kontrollierten Abbau (z.B. in Form übermäßiger Staatsverschuldung) auf befriedigende Weise durch die bürgerlichen Regierungen in allen imperialistischen Zentren.
- d) Die Verschärfung der Grundgegensätze, die Verstärkung der Tendenz zur absoluten und relativen Verarmung der Arbeiterklasse, in erster Linie in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Wirtschaften, der Anstieg der Ausbeutung und die Verschärfung aller gesellschaftlichen Gegensätze.
- e) Die Auswirkung der ungleichen Entwicklung bei den verschiedenen Mitgliedstaaten der zwischenstaatlichen imperialistischen Bündnisse wie der EU. Diese Tatsache, verbunden mit der zunehmenden Interessensdivergenz zwischen den

bürgerlichen Klassen dieser Staaten, erhöht die Unsicherheit im Zusammenhalt dieser spezifischen Bündnisse.

Die kapitalistische Weltwirtschaft unterliegt dem folgenden Widerspruch: Zum einen stärkt die Tendenz zur Expansion des Kapitals (sowohl in Form von ausländischen Direktinvestitionen als auch mit der Bewegung des Finanzkapitals) die internationale Synchronisation der periodischen Äußerung der Krise des überakkumulierten Kapitals, während andererseits die unterschiedlichen konkurrierenden Interessen der imperialistischen Zentren und jeweiligen bürgerlichen Einzelstaaten die gemeinsame Verwaltung des Abbaus des Kapitals verhindern.

2. Im Allgemeinen bestätigen die Entwicklungen, dass der objektive Trend der Internationalisierung der Kapitalbewegungen im Rahmen des kapitalistischen Marktes die Wirkung vom Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung nicht aufheben kann, noch können sie die Tatsache widerlegen, dass die Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals vor allem im Rahmen der nationalstaatlichen Struktur der kapitalistischen Wirtschaft durchgeführt wird.

Die Bedingungen für die erweiterte Reproduktion des Kapitals der monopolistischen Konzerne und der Aktiengesellschaften werden zum größten Teil immer noch im Rahmen der Nationalstaaten und der jeweiligen transnationalen imperialistischen Allianzen geformt.

Der bürgerliche Nationalstaat bleibt das wichtigste Instrument zur Sicherung der wirtschaftlichen Vorherrschaft des Kapitals, der Monopole, der Konzentration und Zentralisierung des Kapitals im Wettbewerb mit den entsprechenden Prozessen und Bestrebungen in den anderen Staaten. Er bleibt ein starkes Feld des erbarmungslosen Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital.

Auf der Grundlage der oben genannten widersprüchlichen Bewegung der kapitalistischen Wirtschaft verschärfen sich die innerimperialistischen Widersprüche und der Kampf zwischen den bürgerlichen Klassen im Innern eines jeden bürgerlichen Staates.

In der Periode, die wir durchlaufen, verstärkt sich vorläufig die bürgerliche Strömung des Nationalismus und Protektionismus in der Wirtschaft, sowohl in den USA und Großbritannien, als auch in den starken Euro-Staaten wie Frankreich und Italien. In der EU drücken diese spezifischen Strömungen diverse Parteien des bürgerlichen Euroskeptizismus aus. Die Strömung des Protektionismus entwickelt sich als Option von Teilen der Bourgeoisie in den USA und in Staaten der EU, um sich gegen die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit, vor allem des Industriekapitals und besonders unter den Bedingungen der verlangsamten kapitalistischen Weltwirtschaft, zu verteidigen.

Das Eingreifen der bürgerlichen Politik um einen erheblichen Schwund von Kapital zu vermeiden, verzögert den Eintritt in eine Phase der dynamischen kapitalistischen Erholung und erhöht die Ausweglosigkeit des bürgerlichen politischen Systems. Die sich abzeichnende Verstärkung der protektionistischen Politik wird sich negativ auf die Entwicklung des internationalen Handels auswirken, der sich bereits jetzt auf relativ niedrigem Niveau bewegt. Gleichzeitig verstärken sich die innerimperialistischen Rivalitäten und Gegensätze. Die Gefahr umfangreicherer, allgemeinerer imperialistischer Feindseligkeiten wächst objektiv an. Auch die Wahrscheinlichkeit der Neuordnung und Erschütterung des Zusammenhalts der imperialistischen Bündnisse, wie der NATO, nimmt zu.

Die KKE bekämpft insgesamt und konstant den bürgerlichen Nationalismus, wie auch den Kosmopolitismus des Kapitals, die beide die zwei Seiten der Ideologie der herrschenden Klasse bilden. Sie stellt sich auf die Seite der internationalen Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Bewegung.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien, die internationale kommunistische Bewegung, die Arbeiterklasse und ihre Bewegungen in allen Ländern müssen sich auf die Möglichkeit eines kommenden allgemeineren imperialistischen Krieges vorbereiten. Sie müssen sich den verschiedenen kriegstreiberischen nationalistischen Rufen und dem Klima der Feindseligkeit zwischen den Völkern entgegenstellen. Sie müssen eine Kampflinie bilden, die die Verteidigung der Grenzen und der Hoheitsrechte - aus der Sicht der Arbeiterklasse und der Volksschichten - nicht vom Kampf für den Sturz der Herrschaft des Kapitals in jedem Land loslöst. Die kommunistische und Arbeiterbewegung, die die Interessen der Arbeiterklasse, der Völker vertreten, hat nichts mit der Unterstützung der Pläne des einen oder des anderen imperialistischen Pols oder der Rentabilität des einen oder des anderen Monopols zu tun.

### **Speziell zur kapitalistischen Weltwirtschaft**

3. Die USA nehmen weiterhin den 1. Platz hinsichtlich ihres Beitrags zum Weltbruttosozialprodukt ein, die Tendenz zur Verringerung kann aber festgestellt werden. Es ist vorher- zusehen, dass das Jahr 2016 mit einer leichten Abschwächung des Wachstums der US- Wirtschaft schließen wird. Der wichtigste Hemmfaktor ist der Exportrückgang, der in Beziehung zur Aufwertung des internationalen Dollar-Wechselkurses steht und mit der Verlangsamung des Handels auf internationaler Ebene.

Einen Trend zur Verringerung ihres Anteils zeigt auch die Euro-Zone, während sich der Anteil der BRICS-STAATEN (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) erhöht.

China nimmt, was seinen Beitrag am Weltbruttosozialprodukt anbetrifft, den 2. Platz ein. Seine Wachstumsrate im Jahr 2015 (6,9 %) bleibt hoch, obwohl sie deutlich nachgelassen hat und sich am tiefsten Punkt der letzten 20 Jahren befindet, mit einer Tendenz zu weiterem Rückgang. Diese Tatsache verursacht allgemeines Unbehagen in den Zentren des internationalen Kapitalismus aufgrund der großen möglichen Auswirkungen, die ein deutlicher Rückgang der Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft auf die kapitalistische Weltwirtschaft hätte. Diese Ängste ergeben sich aus ihrem großen Anteil am internationalen Markt (großer Anteil am Welthandel, bei Finanzinvestitionen in ausländische Anleihen etc..).

Dementsprechend konzentrieren sich in der EU die Prognosen für eine sehr langsame und blutarme Erholung auf die vergleichsweise niedrige Produktivität im Vergleich zu den USA und auf die Auswirkungen der restriktiven Geldpolitik und der beschränkenden Haushaltspolitik, die wiederum das Tempo der Neuinvestitionen niedrig halten. Die Schwierigkeiten bei der Verwaltung der Überschuldung der Staaten und der internationalen Bankengruppen, sowie die großen Bilanzdefizite der Staaten, rufen bei den staatlichen und transnationalen Eliten weiterhin "Kopfschmerzen" hervor.

Im Zeitraum 2007-2015 stieg der totale globale öffentliche Schuldenstand um 27 Billionen Dollar an und erhöhte damit seinen Anteil am Weltbruttosozialprodukt um 20,8 % (McKinsey-Bericht 2015).

Europäischen Spitzenbankengruppen (Deutsche Bank, Credit Suisse, Barclays, RBS, Monte dei Paschi di Siena et al.) verzeichnen einen deutlichen Abbau ihres Aktienkapitals und Schäden. Die Deutsche Bank, die größte deutsche Bank, verkündete Verluste von 6,8 Milliarden Euro und eine Belastung durch Derivate in Höhe von 55 Billionen Euro. In Italien wird der Bankensektor durch notleidende "rote" Kredite in Höhe von 360 Milliarden Euro belastet, was 16,7 % der Kreditsummen entspricht.

Die Gegensätze zwischen den USA und China und anderen starken kapitalistischen Staaten verschärfen sich

4. Auf wirtschaftlich - militärischer Ebene spitzt sich der Wettbewerb zwischen USA - China und USA - Russland zu.

Schon heute ist China der wichtigste staatliche Gläubiger der USA. Der relative Anteil der USA am Weltbruttosozialprodukt verringerte sich von 31 % im Jahr 2000 auf 23 % im Jahr 2015, während Chinas Anteil von 3,6 % im Jahr 2000 auf 14,9 % im Jahr 2015 an- stieg. Bezüglich ihrer Handelsbeziehungen: 8,95 % der Importe Chinas kommen aus den USA, während 21,8 % der US-Importe aus China kommen, eine Tatsache, die die heutige Problematik der amerikanischen bürgerlichen Politik erklärt.

Auch die Warenexporte Chinas in die EU stiegen an. Chinas Anteil an den EU-Importen stieg von 5,2 % im Jahr 2000 auf 13,8 % im Jahr 2015, während sich der Anteil der USA im gleichen Zeitraum von 14 % auf 10,2 % verringerte.

Die USA behalten in Bezug auf wirtschaftliche, politische und militärische Stärke die erste Stelle in der Pyramide des internationalen kapitalistischen Systems. Zusammen mit ihrem Vorsitz im IWF und der Weltbank gestalteten sie während der Regierungszeit Obamas zwei entscheidende Vorschläge, um ihre Präsenz am europäischen und asiatischen Markt zu stärken.

Im Hinblick auf Europa schlugen sie das Abkommen zur "Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft mit der EU" (TTIP) vor, während im Hinblick auf Asien die "Transpazifische Partnerschaft" (TPP) vorgeschlagen wurde, aus der China ausgeschlossen ist. Der amerikanische Vorschlag für TTIP wurde treffend als Vorschlag zur Schaffung einer "Wirtschaftlichen NATO" charakterisiert. Wenn er realisiert wird, - was im Hinblick auf die innerkapitalistischen Gegensätze eine Entwicklung darstellt -, wird geschätzt, dass er international 50 % der Weltproduktion, 30 % des Welthandels und 20 % der ausländischen Direktinvestitionen abdeckt. Vorläufer und Sprungbrett für TTIP ist das so genannte "Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen" (CETA) zwischen der EU und Kanada, das vor kurzem unterzeichnet wurde.

Teile der deutschen und französischen Bourgeoisie halten den amerikanischen Vorschlag im Grunde für ein "Trojanisches Pferd", um die amerikanische Hegemonie in Europa zu gewährleisten. Die Verhandlungen verlaufen seit 2013 quälend, mit charakteristischen Reaktionen des französischen Präsidenten Hollande, des deutschen Vizekanzlers Gabriel und mehrerer Führer der "euroskeptischen" Strömung wie Le Pen.

Die Stärkung der bürgerlichen Strömung des Nationalismus und Protektionismus in der Wirtschaft, der sich in der Vorherrschaft Trumps bei den US-Präsidentenwahlen widerspiegelt, markiert die neuerliche Überprüfung der oben angeführten Pläne der vorherigen amerikanischen Regierung.

Vor den Wahlen positionierte sich Trump negativ gegenüber den zwischenstaatlichen Freihandelsabkommen der USA im Pazifik (TPP) und im Atlantik (TTIP) und sprach sich für die Notwendigkeit von Zöllen zum Schutz der inländischen Produktion aus, mit dem Ziel, die industrielle Produktion der USA zu stärken. Zur gleichen Zeit stellte er eine neuerliche Überprüfung der geltenden Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) zur Diskussion. Er stellte auch eine radikale Neuverhandlung der US-Auslandsschulden in Aussicht und ließ die Möglichkeit eines Schuldenschnitts offen. Gleichzeitig sprach er im Wesentlichen von der Überprüfung

der Außenpolitik der USA, die einerseits auf eine Annäherung an Russland abzielt und andererseits China zum wichtigsten Gegner der USA erklärt. Nach seiner Wahl schwächte er bereits einige seiner Positionen mit milderer Formulierungen im Vergleich zu seiner Vorwahllinie ab. Eine Abschwächung, die der Tatsache geschuldet ist, dass er als Präsident nunmehr die allgemeinen Interessen der herrschenden Klasse der USA zum Ausdruck bringt. Trotz allem kündigte er eindeutig den Rückzug der USA aus dem Freihandelsabkommen im Pazifik an.

5. Der Gegenspieler China präsentierte 2015 die Initiative "Ein Gürtel, eine Straße" (OBOR), nämlich die Schaffung einer Freihandelszone, eines Netzwerks, das mit privilegierten Wirtschaftsabkommen China mit dem Rest Asiens, Europa und Afrika verbinden wird. Der Plan enthält eine Land- und eine Seeroute, die "Seidenstraße des 21. Jahrhunderts" genannt wird. Ende 2014 wurde der staatliche Fonds zur Finanzierung von Infrastrukturen für die Seidenstraße (Silk Road Fund) mit einem Startkapital von 40 Milliarden Dollar aktiviert (z.B. für die Finanzierung von Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken, die Modernisierung von Häfen usw.).

Zur gleichen Zeit spielte China auch bei der Gründung der Neuen Entwicklungsbank (NDB) der BRICS-Staaten eine führende Rolle, sowie auch bei der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB), zu deren 57 Mitgliedern Großbritannien, Frankreich, Deutschland, aber nicht die USA gehören. Es handelt sich hier um zwei Schritte, die eine "wirtschaftliche Antwort" auf die US-Hegemonie beim IWF und der Weltbank sind.

Trotz abweichender Meinung der übrigen Mitglieder der BRICS-STAATEN (Brasilien, Russland, Indien und Südafrika) übernahm China die Führungsrolle in der Neuen Entwicklungsbank (NDB), zum einen durch die Sicherstellung des größten Anteils am Anfangskapital und zum anderen durch die Wahl Shanghais als ihrem Sitz.

6. Auf der Ebene des wirtschaftlichen Wettbewerbs, bildet der Versuch den Zusammenhalt der EU und die für die Eurozone ausgearbeitete Zukunft aufrecht zu erhalten, eine bedeutende Entwicklung, vor allem nachdem der Brexit sich beim Referendum in Großbritannien durchgesetzt hat. Diese Tatsache macht den innerimperialistischen Wettbewerb noch komplizierter und erhöht die Instabilität der heutigen transnationalen Partnerschaften. Die Entwicklungen in der EU beeinflussen direkt die Entwicklungen und Widersprüche in Griechenland, ein Punkt, der im nächsten Kapitel ausführlich untersucht wird.

Die latente, neue, noch synchronere Wirtschaftskrise, der sich verschärfende Kampf um die Kontrolle der Märkte, der Energiequellen und Transportwege für Öl und Gas, die vorhandenen Kriegsherde im Nahen Osten und in der Ukraine, die Spannungen in



Ost- und Mitteleuropa in Bezug zu Russland, in der Arktis und im Südchinesischen Meer, erhöhen das Risiko für eine größere Ausbreitung des imperialistischen Krieges.

### **Die Ungleichheit der Klassen auf der Welt breitet sich aus**

7. Die Ungleichheit der Klassen auf globaler Ebene nimmt ständig zu. Die ungleiche Verteilung des globalen Reichtums erweiterte sich nach der internationalen kapitalistischen Krise. Laut der jährlichen Untersuchung des Reichtums der Welt (Credit Suisse) besitzen 90 % der Bevölkerung etwa 10 % des Reichtums, wobei die ärmsten 75 % weniger als 3 % des Reichtums halten. In der Tat, von den 10 % der Bevölkerung, die 90 % des Reichtums besitzen, hält nur 1 % von ihnen fast 50 % des Reichtums. Zur gleichen Zeit leben 71 % der Weltbevölkerung mit weniger als 8 Euro pro Tag.

Die Ergebnisse dieser Klassenungleichheiten spiegeln sich auch im fehlender Zugang zu sauberem Wasser für 780 Millionen Menschen, fehlendem Zugang zu sanitären Einrichtungen für 2,5 Milliarden Menschen und dem mangelnden Zugang zu Elektrizität für 1,3 Milliarden Menschen wider.

Fast 3 Milliarden Menschen sammeln um zu kochen Holz und Rückstände von Biomasse, eine Praxis, die im Zusammenhang mit 3,5 Millionen vorzeitigen Todesfällen aufgrund schlechter Raumluftqualität steht.

Schließlich gelten fast 800 Millionen Menschen als chronisch unterernährt, während 3,5 Millionen Kinder jedes Jahr an Hunger sterben.

### **Spannungen bei lokalen oder regionalen kriegerischen Zusammenstößen und das Anwachsen der Gefahr ihrer allgemeinen Ausbreitung**

8. Die verschärften innerimperialistischen Widersprüche und großen Gegensätze zwischen den starken kapitalistischen Staaten und ihren Interessen, führen heute zu ständigen Neuordnungen der Verbündeten, zu aufeinander folgender Bildung von internationalen Achsen und Gegenachsen.

Die Intensität des innerimperialistischen Wettbewerbs hat nicht nur zu einer Erhöhung der Militärausgaben geführt, sondern in Bezug auf die militärische Macht auch zu Umschichtungen zwischen den kapitalistischen Staaten. Nach dem internationalen Institut für Friedensforschung in Stockholm (SIPRI) stiegen die globalen Rüstungsausgaben im Jahr 2015 auf 1,7 Billionen Dollar, was eine Zunahme von 1 % im Vergleich zu 2014 bedeutet.

Die USA bleiben die stärkste Militärmacht auf dem Planeten, mit mehr als 600 Milliarden Dollar Ausgaben pro Jahr, soviel, wie die restlichen zehn stärksten Streitkräfte miteinander ausgeben.

Russland ist die zweitstärkste Militärmacht. Mit der Modernisierung und Stärkung ihrer militärischen Macht sollen die wirtschaftlichen Interessen der eigenen Monopole sichergestellt werden. So gab es 2015 den Betrag von 66,4 Milliarden US-Dollar aus, eine Steigerung von 7,5 % im Verhältnis zu 2014 und um 91 % mehr als 2006.

Ebenfalls bemerkenswert ist in diesem Zeitraum der "Wettkampf" Chinas und Indiens (3. und 4. militärische Kraft in der Welt) um Lücken zu füllen und ihre militärische Kraft auf das Maß ihrer Wirtschaftskraft und den Umfang ihrer Geschäftsbereiche zu aktualisieren.

Starke militärische Kraft haben auch andere Staaten auf sich konzentriert, die Verbündete der USA sind, entweder im Rahmen der NATO, wie Frankreich (5.), Großbritannien (6.), Türkei (8.), Deutschland (9.), Italien (10.) oder außerhalb der NATO, wie Japan (7.), Südkorea (11.) und Israel (16.).

Sicherlich wird die militärische Stärke nicht nur durch die Berechnung der Militärausgaben, die Möglichkeiten der Ausrüstung und der Kontrolle der Weltproduktion und des Waffenmarktes bestimmt, sondern ist ein komplexeres Thema, das die Gesamtfähigkeit jeder Bourgeoisie, ihre Interessen zu verteidigen, betrifft, sowohl im Inland als auch im Ausland und mit militärischen Mitteln, wenn wirtschaftliche und politisch-diplomatische Mittel nicht genügen.

So geht es bei der militärischen Stärke, abgesehen von den jährlichen Militärausgaben, um die dauerhafte Größe der militärischen Kräfte, die technologische Überlegenheit, die Existenz von Basen im Ausland in Verbindung mit der Kontrolle der strategischen Gebiete, die Überlegenheit in der Informationsbeschaffung und um die Fähigkeit, unkonventionelle Kriege zu führen. Die militärische Macht steht im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Macht, wenn auch eine starke wirtschaftliche Präsenz eines Staates nicht auch militärische Stärke bedeutet. Diese letztere erfordert eine starke Militärindustrie, die Möglichkeit der Aus- und Weiterbildung in der Kriegsführung und in den entsprechenden neuen Technologien, ständige Modernisierung der militärischen Ressourcen, ein hohes Maß an Know-how und bei einigen Arten von Waffen, wie den nuklearen, eine jahrelange Forschung und große Ausgaben.

9. Atomwaffen sind heute von großer Bedeutung. Staaten, die Atomwaffen besitzen, sind die USA, Russland, China, Indien, Großbritannien, Frankreich, Israel, Pakistan und Nordkorea.

Doch selbst unter diesen Nuklearmächten gibt es enorme Unterschiede, unter ihnen heben sich die USA und Russland mit ihren Möglichkeiten hervor. Abgesehen von diesen beiden Ländern, die tausende von nuklearen Sprengköpfen startbereit haben, haben nur Großbritannien und Frankreich Atomwaffen einsatzbereit, möglicherweise auch Israel.

Russland ist möglicherweise die einzige militärische Macht, die auf die USA reagieren kann, wenn es einen Atomschlag erleiden würde, was verheerende Katastrophen hervorrufen würde. Es wird angenommen, dass dieses Risiko eine abschreckende Wirkung auf den Einsatz von Atomwaffen hat. Es hat sich jedoch historisch erwiesen, dass bei einer Verschärfung der innerimperialistischen Konkurrenz und einer Eskalation in einen militärischen Konflikt die kapitalistischen Staaten auch mit einem Einsatz solcher Waffen nicht zögern.

Aus dem oben angeführten wird verständlich, warum eine der wichtigsten Fragen der heutigen Kontroversen zwischen den USA und Russland die Ansiedlung eines Raketenabwehrschildes der USA in Europa und im Gebiet des Pazifiks ist. Diese Schritte dienen dem Ziel, eine mögliche Reaktion Russlands zu verhindern, für den Fall, dass die USA und die NATO-Allianz den "ersten Atomschlag" versuchen.

Große Bedeutung hat auch die Möglichkeit einer schnellen militärischen Reaktion. Die NATO legt großes Gewicht auf die Einrichtung von militärischen Kriseninterventionskräften, die natürlich, damit sie ihre Arbeit tun können, moderne Mittel zu ihrer Unterstützung, wie Flugzeugträger und strategische Bomber, aber auch neue Gebiete als geopolitische Stützen benötigen. Diesem Ziel dienen sie mit ihren militärisch-politischen Bündnispartnern - aber auch mit Basen im Ausland.

In der nächsten Periode werden die militärischen Verhältnisse maßgeblich von der Verwertung neuer Technologien, der Flugzeuge der 5. und 6. Generation und von Laserwaffen usw. beeinflusst werden.

### **Politisch-militärische Bündnisse und Konflikte**

10. Jede Bourgeoisie versucht ihre Stärke durch politisch-militärische Bündnisse zu erhöhen. Die NATO bleibt das stärkste politisch-militärische Bündnis, trotz der Verschärfung der Widersprüche in ihrem Inneren und der offensichtlichen Tendenz zur Bildung eines autonomen EU-Militärapparates. Die NATO-Entscheidungen in Warschau "betonen" die Entschlossenheit des amerikanischen und europäischen Imperialismus seine Interessen gegen die Bourgeoisie in Russland zu verteidigen, indem sie die militärischen Mittel benutzen, die sie im ganzen Umkreis um die Grenzen zwischen Russland und der NATO zur Verfügung haben.

Dementsprechende Pläne zur Verstärkung ihrer Präsenz haben die NATO und die USA auch im pazifischen Raum ausgearbeitet (die Strategie «Pivot to Asia»), aber auch in anderen Gebieten.

Was tatsächliche oder mögliche Felder militärischer Konfrontation anbetrifft, sehen wir das südöstliche Mittelmeer, Südostasien, Nordafrika und den Polarkreis, wobei wir andere Herde und leicht entflammbare Zonen wie z.B. den Kaukasus, den Persischen Golf, den Bereich von Aden und den Balkan nicht ausschließen.

Sowohl die kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa (südöstliche Ukraine, Krim) als auch die Verstärkung der NATO am Balkan und in der Ägäis sind Faktoren, die für einen möglichen Ausbruch von Feindseligkeiten auf europäischem Boden sprechen.

Neben der NATO sind jetzt aber noch andere politisch-militärische Bündnisse erschienen (Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ), Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) usw.), die trotz der Tatsache, dass sie "lockerer" und weniger weit entwickelt sind als die NATO, den gleichen Klassencharakter haben, das heißt Bündnisse kapitalistischer Staaten sind.

Zur gleichen Zeit wurden in einer Reihe von Gebieten, wie in Lateinamerika und in Afrika, politisch-wirtschaftliche Allianzen gegründet, die unter anderem auch mit spezifischen politisch-militärischen Optionen und Zusammenarbeiten, z.B. mit der EU verbunden sind. Auch sind einzelne Staaten in Lateinamerika (z. B. Kolumbien, Peru, Chile, Mexiko), aber auch an anderen Orten (wie Australien) im Gesamtplan zur Förderung von "Partnerschaftsbeziehungen" mit der NATO enthalten.

In den letzten Jahren verzeichneten auch Söldnerarmeen eine erhebliche Zunahme, d.h. private militärische Unternehmen, die als Abgesandte der kapitalistischen Staaten unter verschiedenen Vorwänden (z.B. Piraterie, Drogenhandel, militärische Ausbildung, "Terrorismus") Aufträge in Dutzenden von Kriegsgebieten übernehmen. Diese Armeen gehören zu den imperialistischen Plänen, zu den sogenannten unorthodoxen Kriegen, und geben den bürgerlichen Regierungen die Möglichkeit, Verluste an Menschenleben bei Operationen, an denen sie teilnehmen, besser zu verwalten.

### **11. Gegenstand der militärischen Konfrontationen sind:**

\* Die Kontrolle der Energiequellen und ihrer Transportwege (z.B. Erdöl, Erdgas, Pipelines u.ä.).

\* Die Kontrolle von Land- und Seekorridoren (z.B. der Seidenstraße, Durchfahrten im Mittelmeer, Bosphorus, Horn von Afrika und u.a.).

\* Die Kontrolle des unterirdischen Reichtums in der arktischen Zone, der Bodenschätze, der seltenen Erden, aber auch der Wasservorräte.

\* Die Nutzung des Weltraums für militärische Zwecke.

\* Der Kampf um Marktanteile, bei dem militärische Mittel nicht nur für die Eroberung neuer Märkte, sondern auch zur Verringerung der Anteile der Konkurrenten eingesetzt werden.

Unter diesen Umständen sind die Aktivitäten der sogenannten "islamischen terroristischen" Gruppen eine Komponente des imperialistischen Krieges im 21. Jahrhundert. Und dies gilt unabhängig davon, wie sehr die Tätigkeit solcher Organisationen von den imperialistischen Zentren unterstützt oder toleriert wird, oder ob sie sich als selbständige Komponente dieser Mächte manifestieren, deren starke Zentren sie in der Vergangenheit gestärkt haben.

Die Aktivität dieser Organisationen wird objektiv entweder als ein Element des "unkonventionellen Krieges" eines Staates oder einiger seiner Teile gegen die Interessen eines anderen kapitalistischen Staates genutzt, oder als Vorwand für ein imperialistisches Eingreifen. Selbstverständlich werden die Aktionen dieser Organisationen parallel zu diesen Zielen auch zur Verstärkung der repressiven Mechanismen in einer Reihe bürgerlicher Staaten benutzt, aber auch für die ideologische Vorbereitung der Arbeitnehmer im Hinblick auf die mögliche Beteiligung ihrer Länder an neuen imperialistischen Interventionen im Namen der "Terrorismusbekämpfung".

Natürlich werden neben dem harten Wettbewerb um die Profite der Monopole auch die Bemühungen um Kompromisse, Vereinbarungen, vorläufige Aussetzung jeder Generalisierung der Konflikte und sogar die Neuordnung von Bündnissen weiterentwickelt, wie es der Prozess innerhalb des Euro-Atlantischen "Lagers" belegt.

Die Entwicklungen in der Türkei und Syrien sind gekennzeichnet von Instabilität und Flexibilität bei der Bildung von Bündnissen zwischen einzelnen kapitalistischen Staaten und von einer eventuellen Umordnung von Allianzen. Trotzdem sollte weder die Tendenz, alte Allianzen aufrecht zu erhalten, noch die Tendenz zur Differenzierung für absolut gehalten werden. Die fortwährende Beobachtung solcher Prozesse ist wichtig, denn sie betrifft die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den Bündnissen und imperialistischen Zentren, die auch Europa betreffen und allgemeinere Entwicklungen entzünden können.

In dieser Phase können wir, trotz der Tatsache, dass sich die NATO weiterentwickelt und weiter ausbreitet und dabei als starken Kern die Euro-Atlantischen Staaten erhält, nicht sagen, dass sie insgesamt einen dauerhaften, stabilen und ungetrübten Kurs

sichergestellt hat, denn die Bündnisse werden auf dem Hintergrund der verschärften Gegensätze gebildet.

### **Die griechisch-türkischen Beziehungen und die Gefahren militärischer Verwicklungen**

12. Die griechische Bourgeoisie und die griechische Regierung fördert aktiv die Pläne der NATO in der Region (Armada in der Ägäis, Nutzung der Basen, Unterstützung der Operationen auf dem Balkan, in der Ukraine etc.).

Die Verschärfung der Gegensätze zwischen der griechischen und der türkischen Bourgeoisie wird direkt durch die Entwicklungen in der gesamten Region des östlichen Mittelmeerraums, im Nahe Osten und Nordafrika beeinflusst und kann ein Schlüsselfaktor für das Entstehen einer direkten Verwicklung Griechenlands in einen Krieg sein.

Die Bourgeoisie der Türkei, die andere mächtige kapitalistische Staaten im Moment bis zu einem gewissen Grad zu schwächen versuchen, bemüht sich ihre Position durch die Kontrolle und die Erringung von neuen Territorien und Meeresgebieten aufzuwerten. Sie setzt die militärische Besetzung und die Verletzung der souveränen Rechte des zypriotischen Staates, sowie auch ihre provokative Anzweiflung der Souveränität des griechischen Staates fort (Anzweiflung der Grenzen, Verletzungen des Luft- und Seeraumes, "Grauzonen" in der Ägäis, und als Spitze die wiederholten Erklärungen Erdogans über die Anfechtung des Vertrags von Lausanne usw.). Sie versucht für ihre Pläne die Minderheiten (religiösen, ethnischen, etc.) in der breiteren Balkanregion zu benutzen.

Die Gebiete der Ägäis und Thrakiens bilden die wahrscheinlichen Felder für einen möglichen militärischen Konflikt zwischen den Bourgeoisien der benachbarten Staaten Griechenland und der Türkei, mit einer möglichen Verwicklung und einer geplanten Miteinbeziehung Albaniens und der FYRM, die in den letzten Jahren eine enge politisch-militärische Zusammenarbeit mit der Türkei entwickeln. In diesen Zusammenhang gehören auch die provokativen Aussagen des albanischen Ministerpräsidenten (Hochspielen des nicht-existent Problems Tsamuria u.a.), aber auch die Auslösung irredentistischer Parolen von Seiten der FYRM. Die Stärkung des albanischen Nationalismus auf Kosten Griechenlands und anderer Staaten der Region schürt nationalistische Kreise in Griechenland und in anderen Staaten. Insgesamt "besiegelt" die Erweiterung der EU und der NATO, und im weiteren Sinne ihre direkte Beteiligung an den imperialistischen Plänen und Rivalitäten in der Region die Entwicklungen in der Balkanregion.

Abgesehen von den oben genannten Balkanstaaten, unternimmt die Türkei zurzeit Schritte der Annäherung an und Zusammenarbeit mit Russland. Das sind Schachzüge, die neue und ständige Beobachtung erfordern.

Die Tatsache, dass beide Länder, Griechenland und der Türkei, Mitglieder der NATO sind, macht die Situation kompliziert. Eine mögliche Eskalation der Konfrontation zwischen ihnen würde einen Riss in der NATO bedeuten, in einem für ihre Interessen sensiblen Gebiet. Sie kann aber zur gleichen Zeit von den USA und der NATO dazu benutzt werden, ihre Rolle in der Ägäis und dem östlichen Mittelmeerraum zu stärken. Natürlich wird ein ernsthafter Riss innerhalb der NATO das Ergebnis eines vertikalen Bruchs einer Vereinbarung oder des Gleichgewichts zwischen den wichtigsten imperialistischen Zentren sein und nicht nur auf die griechisch-türkischen Spannungen oder Konfrontationen zurückzuführen sein.

Eine kontinuierliche Überwachung erfordert auch die Haltung der griechischen Bourgeoisie gegenüber einem möglichen noch generalisierterem Konflikt Russlands mit den USA oder sogar China - USA in der Zukunft. Heute beteiligt sich die griechische Bourgeoisie auch durch die SYRIZA-ANEL Regierungspolitik aktiv an den NATO-Plänen gegen Russland. Sie unterstützt die Entscheidungen, die gegen Russland getroffen werden und erleichtert die erhöhte Präsenz der NATO in der Ägäis unter dem Vorwand der Handhabung der Flüchtlings- und Migrationsströme (aber mit dem wirklichen Ziel einer besseren Kontrolle der Bewegungen der russischen Flotte). Sie beteiligt sich an gemeinsamen Flugaktivitäten mit Bulgarien, deren eigentlicher Gegenstand die Verhinderung einer "russischen Bedrohung" im Schwarzen Meer ist.

Gleichzeitig bemüht sich die Regierung darum, im Rahmen ihrer Bestrebungen die Position der griechischen Bourgeoisie durch die besondere Rolle Griechenlands bei der Verbindung des asiatischen mit den europäischen Markt aufzuwerten, besondere Beziehungen zu Russland und China zu gestalten.

In der vergangenen Zeitspanne bewarb die griechische Regierung ihre Rolle als "Brückenbauer" zwischen Russland und dem "Westen", eine Rolle, die von den USA toleriert oder sogar unterstützt wurde. Auf jeden Fall wird eine mögliche Verschärfung der Gegensätze zwischen Russland - USA - NATO ein Faktor für die Verschärfung der Widersprüche und Dilemmata in der Bourgeoisie Griechenlands sein, da ihre Teilnahme im euro-atlantischen Rahmen für sie von Nutzen ist.

Die Zusammenarbeit zwischen Griechenland und Israel ist kein Element des Friedens in der Region, unabhängig davon, ob die Annäherung zwischen der Türkei und Israel weiter fortschreitet.

### **Zur Zypernfrage**

13. Im Rahmen der Antagonismen zwischen den Bourgeoisien der Türkei, Griechenlands und Zyperns und der negativen Rolle, die die USA, Großbritannien, die NATO und die EU im Laufe der Zeit spielten und bis heute bei der Lösung des Zypern-Problems spielen, werden für die Völker negative Entwürfe entwickelt.

Die Zypern-Frage ist ein internationales Problem, das durch die Invasion und Besetzung des nördlichen Teils Zyperns durch die Türkei entstanden ist. Ihr internationaler Charakter spiegelt sich in den Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats wider.

Die neuen Prozesse führen zur Festlegung der Teilung Zyperns und im Wesentlichen zur Bildung zweier getrennter staatlicher Einheiten, die nur formal und konjunktuell eine Föderation bilden.

Wir stellen uns, - so wie wir uns schon heftig und entschieden gegen den Annan-Plan gestellt haben, den schließlich auch das zypriotische Volk zurückgewiesen hat -, gegen jede Bestrebung, eine Lösung zu diktieren, die eine Zweiteilung verewigt, und die für die Gesamtheit des zypriotischen Volkes, griechische und türkische Zyprioten, Armenier, Lateiner und Maroniten, keine tragfähige und zuverlässige Lösung sein wird.

Unser Kampf ist auf das Ziel eines vereinten Zypern gerichtet, unabhängig, mit einer einzigen Souveränität, einer einzigen Staatsbürgerschaft und internationalen Persönlichkeit, ohne fremde Basen und Truppen, ohne fremde Bürgen und Protektoren.

14. Insgesamt ist der Krieg ein dem Kapitalismus und jeder Ausbeutergesellschaft inhärentes Phänomen. Der imperialistische "Friede" bereitet neue imperialistische Kriege vor. Das Motto "Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" gilt nach wie vor. Besonders unter den Bedingungen einer tiefen Krise der Überakkumulation des Kapitals und wichtiger Veränderungen des Kräfteverhältnisses im internationalen imperialistischen System, bei denen die Wiederaufteilung der Märkte selten ohne Blutvergießen vonstattengeht, wie die Erfahrung aus dem ganzen 20. Jhd. zeigt.

Die KKE zeigt dem griechischen Volk, im Gegensatz zu den anderen Parteien, konsequent die Gefahren der imperialistischen Kriege auf, sie trägt entscheidend bei zur Verstärkung des Kampfes gegen die Teilnahme des Landes an den imperialistischen Plänen, gegen fremde Militärbasen, gegen Änderungen und Neufestlegungen der Grenzen in der Region, die von den imperialistischen Zentren angeordnet werden. Sie kämpft konsequent für die Loslösung Griechenlands aus den imperialistischen Bündnissen und aus dem kapitalistischen Weg der Entwicklung, der die Ursache der Kriege ist.



Die KKE untersucht die Entwicklungen nach dem Kriterium der Interessen der Völker, der Notwendigkeit einer Koordinierung des Kampfes zur Begegnung mit einem Regime, das jede Invasion und Besetzung provoziert. Sie gliedert diesen Kampf dem Ziel der totalen Befreiung von den Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung und imperialistische Barbarei ein.

### **Die Unterdrückungsmechanismen werden verbessert und modernisiert**

15. Die Debatte in Bezug auf die sogenannte "neue Sicherheitsdoktrin der Staaten" wird auf EU-Ebene und in allen bürgerlichen Staaten intensiviert. Die "Sicherheit" wird als Thema Nummer eins für die Staaten der Europäischen Union dargestellt. Die Aktionen der Dschihadisten, die Kontrolle der Flüchtlingsströme, aber auch allgemeine Fragen zur inneren Stabilität und des Zusammenhalts als notwendige Bedingung für die Erholung und der Begegnung mit den Auswirkungen der Krise, werden als Anlass und Vorwand benutzt.

Hinter diesen Ausreden verstecken sich die Bestrebungen der Bourgeoisie im Inland (Verhinderung einer möglichen Verschärfung des Klassenkampfes) und im Ausland (Verteidigung der Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten, durch aktivere Intervention bei internationalen Konflikten). Es ist bezeichnend, dass das deutsche "Weißbuch zur Sicherheit" die Frage der inneren Sicherheit mit dem Bestreben Deutschlands, international seine militärische Rolle zu verstärken, verbindet. Die letzte Zeit hatten wir folgende Entwicklungen:

- \* Die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Warschau für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EU in Sicherheitsfragen.
- \* Die Auferlegung von "Notfallsystemen" in Frankreich, Belgien, in deutschen Städten, durch die Aktivierung einschlägiger Bestimmungen, die in den bürgerlichen Verfassungen und in den EU-Verträgen existieren.
- \* Die Verstärkung der Tendenz zur Aufwertung der europäischen Armee und die Stärkung der EU-Streitkräfte durch Gründung der "Europäischen Verteidigungsunion".
- \* Die Bildung neuer militärisch - polizeilicher Mechanismen (z.B. Großbritannien).
- \* Der Aufruf Frankreichs, nach dem mörderischen Angriff in Paris, nach Artikel 42.7 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, zusammen mit anderen europäischen Staaten koordinierte Bombenanschläge in Syrien durchzuführen.
- \* Das Ersetzen von Frontex durch die europäische Grenzschutz- und Küstenwache, mit der Möglichkeit des direkten Eingriffes dort, wo sie meint, dass es einen Mangel an Sicherheitsmaßnahmen und verletzte Grenzen gibt.

\* Das von der EU bereits zusammengestellte "Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung" versucht den Terrorismus mit jeder Aktion, die sich gegen den Kapitalismus richtet oder ihn anzweifelt, gleichzusetzen. Direkt damit verbunden ist die reaktionäre EU-Gesetzgebung zum Schutz "kritischer Infrastrukturen" (Energieunternehmen, Transport, Telekommunikation, etc.).

Diese Mechanismen und Tendenzen dienen dem Ziel eines weiteren Schutzes der bürgerlichen Staaten vor dem Hintergrund der Intensivierung der innerimperialistischen Widersprüche und einer möglichen Teilnahme an allgemeineren Zusammenstößen. Daneben zielen sie auf die Kontrolle der Arbeiter- und Volksschichten ab, und mittels weiterer Militarisierung und Reaktionsierung auf die Beschränkung der Freiheiten und Rechte.

Gewiss hängt die Möglichkeit, eine "gemeinsame Sicherheitspolitik" der EU-Mitglieder zu gestalten vom Grad des Zusammenhalts und dem weiteren Verlauf der Widersprüche innerhalb der EU selbst ab, die sich sicherlich nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene manifestieren.

Die kommunistische Bewegung muss diesem wachsenden Netzwerk an Überwachungsmechanismen mit der Verstärkung des koordinierten Klassenkampfes auf regionaler und internationaler Ebene entgegentreten.

### **Über die Flüchtlings- und Migrationsströme. Unsere Haltung gegenüber den Opfern der imperialistischen Kriege und der kapitalistischen Ausbeutung**

16. Die ungleiche kapitalistische Entwicklung, aber vor allem die imperialistischen Interventionen und Kriege und die Auswirkungen der neuen reaktionären politischen und staatlichen Formationen ( "Islamischer Staat", Al Qaida, Boko Haram) in der Region von der Ukraine über den Nahen Osten und dem östlichen Mittelmeer bis nach Nord- und Schwarzafrika, haben zu großen Einwanderungs- aber hauptsächlich Flüchtlingsströmen geführt, zu einer Verschärfung des Problems des Zustromes aus diesen Ländern nach Europa.

Im Jahr 2015 verzeichnete die Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen auf der ganzen Welt einen neuen Anstieg und erreichte 65,3 Mio. Menschen (d.h. jeder 113. Einwohner der Erde), 50% davon Kinder. Syrien, Afghanistan und Somalia sind die Länder, aus denen mehr als die Hälfte der Flüchtlinge kommen. Parallel dazu nehmen Syrien und der Irak die 2. und 3. Stelle bei den Binnenflüchtlingen ein.

In den letzten Jahren ist Griechenland zum Haupteinreise- und Transitland für die Flüchtlinge geworden, die in der EU Zuflucht suchen. Vor allem im Jahr 2015 wurden über eine Million Flüchtlinge, vor allem Syrer, über die griechischen Inseln der Ägäis in die Mitgliedsstaaten in der Mitte und im Norden der EU weitergeleitet. Diese

Flüchtlinge haben auch die Politik der "offenen Grenzen" benutzt, die von den bürgerlichen Regierungen und Kräften der EU-Mitgliedstaaten für eine kurze Zeit eingeführt wurden, um ihre Monopolgruppen mit billigen und mit wenigen Rechten ausgestatteten Wissenschaftlern und Arbeitern aus dem Pool der Flüchtlinge zu versorgen. Als sich dann der Flüchtlings- und Migrantenzustrom verstärkte, dominierte die Politik der "geschlossenen Grenzen". Das Wesen der Flüchtlings- und Migrationspolitik der EU besteht trotz aller Widersprüche und Konflikte - in der Auswahl einer Reihe von Flüchtlingen und Einwanderern für die Bedürfnisse der kapitalistischen Wirtschaft und im Öffnen und Schließen des "Hahnes" dieser Ströme, entsprechend dieser Bedürfnisse.

Die wichtigsten Entscheidungen der EU, die die Politik gegenüber den Flüchtlingen und Einwanderern umsetzen sind: Die Entscheidungen für die Auswahl der Flüchtlinge in Hot-Spots und zur Verteilung (Umsiedlung) der Flüchtlinge in die Mitgliedstaaten, die Anpassung der Dublin-Verordnung an die Anforderungen zur Umsetzung der allgemeinen Politik der EU in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage und die Kontrolle der Ströme zum Vorteil des Kapitals, die neue, noch reaktionärere Asylgesetzgebung, das EU-Türkei-Abkommen, das internationales Flüchtlingsrecht unverblümt verletzt und - in Verbindung mit der Schließung der Grenzen - zu einem Einschluss der Flüchtlinge in Griechenland führt, die militärische EU-Marineoperation «SOPHIA» vor der Küste Libyens, die NATO-Operation in der Ägäis und die Schaffung einer europäischen Küsten- und Grenzwatche, die in den Mitgliedstaaten auch ohne ihre Zustimmung operiert und die Entwicklungen rund um den Schengen-Vertrag.

Die Regierung SYRIZA-ANEL unterstützte und setzte, trotz der Unterschiede in der Rhetorik zur Vorgängerin, alle Entscheidungen der EU und der NATO um, die die Flüchtlings- und Einwanderungsfrage noch tiefer in den Wettbewerb der imperialistischen Zentren in der Region verwickelt. Diese Entscheidungen hatten erhebliche Auswirkungen auf die griechisch-türkischen Beziehungen, wie sie z.B. im Druck für die Umsetzung des EU-Türkei Abkommens zum Ausdruck kommen.

Die Regierung hat Bedingungen eines dauerhaften Einschlusses für die Mehrheit der Flüchtlinge und Einwanderer geschaffen. Sie ist verantwortlich für die schlechten Lebensbedingungen in den meisten Flüchtlingslagern, die Auswirkungen auf das Leben der Einwohner und die Aktionen der Xrysi Avgi, der Faschisten und anderer reaktionärer Kräfte und Mechanismen, die Provokationen zulasten der Flüchtlinge und Einwanderer und Bewohner darstellen. Sie hat den Bereich der Dienstleistungen für die Flüchtlinge und Migranten an NGOs übergeben. Aber auch gegenüber den alten Wirtschaftsmigranten, von denen viele durch die Nichtverlängerung ihrer Arbeitserlaubnis strapaziert werden, hat die SYRIZA-ANEL-Regierung vorläufige

und gelegentliche Maßnahmen ergriffen, die in einigen Fällen, wie zum Beispiel bei den Landarbeitern, in noch arbeiterfeindliche Richtung gehen.

Im Gegensatz zu dieser Politik der imperialistischen Bündnisse, des Kapitals und der griechischen Regierung, kämpfte die KKE für die Linderung der Folgen des Problems, für die Befreiung und den sicheren Transport der Flüchtlinge in ihre Bestimmungsländer, für menschliche, vorläufige Unterkunftsbedingungen. Mit ihren Kräften in der Arbeiter- und Volksbewegung trug sie zur Organisation der echten Solidarität des Volkes bei, fernab kosmopolitischer Philanthropie. Sie gab und gibt dem Aufzeigen der Ursachen Priorität, die die Massenmigration und Flucht hervorrufen, sowie der Organisation des Kampfes des Volkes gegen diese Ursachen, gegen den imperialistischen Krieg und ihrem Schoß, dem Kapitalismus, unabhängig von ethnischer Herkunft - Rasse - Sprache - Religion. Der antikapitalistische Kampf, der Kampf gegen die Folgen der kapitalistischen Krise und der imperialistischen Kriege, ist notwendig, um die Ursachen zu entfernen, die die Völker daran hindern in Würde und Sicherheit zu leben und Hausherren an ihrem Ort zu sein.

## **2. Kapitel**

### GRIECHENLAND IM INTERNATIONALEN IMPERIALISTISCHEN SYSTEM

#### DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE POSITION GRIECHENLANDS DARIN

17. Die Entwicklungen seit dem Beginn der globalen Krise in den Jahren 2008-2009 bestätigen, dass die EU und die Eurozone keine kohärente, stabile, dauerhafte Form haben.

In den Jahren nach dem Ausbruch der internationalen Krise veränderten sich die Verhältnisse - sowohl in der EU als auch in ihrem führenden Zentrum, Deutschland. Die Vergrößerung des Abstands zulasten Frankreichs und Italiens offenbart sich zuerst in den begrenzten durchschnittlichen jährlichen Änderungsraten des BIP pro Jahrzehnt und spiegelt sich in der laufenden Bilanz und in der Haushaltssituation wider.

Während der letzten zehn Jahre (2006-2016) belief sich das durchschnittliche jährliche BIP-Wachstum in der Eurozone auf 0,54%, d.h. es zeigt eine Stagnation. Die Überlegenheit Deutschlands drückt sich in seiner durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate aus, die 1,2% beträgt, während Italien 0,6% und Frankreich 0,7% aufweisen.

Eine Reihe von Faktoren, die bei der blutleeren Erholung in der Eurozone eine Rolle spielten, wie zum Beispiel ein deutlicher Rückgang der Kraftstoffpreise und die

Abwertung des Euro, werden sich voraussichtlich in Luft auflösen. Zur gleichen Zeit wird eine Reihe von Entwicklungen (z.B. Brexit, Trend zur Verstärkung des Protektionismus, erhebliche Probleme bei großen europäischen Banken) die Aussichten und das Tempo der kapitalistischen Entwicklung in der EU und in der Eurozone beeinflussen.

Die Europäische Kommission versucht den Erholungsprozess mit einer Lockerung der Finanzpolitik zu unterstützen, während die Europäische Zentralbank ihrerseits Maßnahmen einer relativen Lockerung der Geldpolitik durchführt. Gleichzeitig fördern alle EU-Institutionen, in Einklang mit den Regierungen der Mitgliedstaaten die Umstrukturierungen, um billige Arbeitskräfte für die Unternehmensgruppen zu gewährleisten.

Der Politik der Europäischen Union kann es jedoch nicht gelingen, die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone zu mildern, die sich in der wachsenden Kluft zwischen denjenigen Ländern zeigt, die konsequent Handelsüberschüsse aufweisen (Deutschland, Niederlande etc.) und der Mehrheit der Staaten, die entsprechende Defizite verzeichnen. Auf dieser Grundlage wurde im Jahr 2015 der berühmte Vorschlag der fünf Präsidenten (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Europäischer Rat, Europäisches Parlament und Eurogruppe) eingereicht, mit dem Ziel, dass er als Verhandlungsrahmen für die "Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas" fungieren solle. Dieser Vorschlag konzentriert sich auf die Frage der Finanz- und Wirtschaftsunion, die Fiskalunion und die Vertiefung der politischen Union auf der Grundlage der bestehenden Verträge der EU.

18. Das Ergebnis des britischen Referendums und der Aufstieg des bürgerlichen Euroskeptizismus in Frankreich, Italien und anderen EU-Mitgliedsstaaten lässt Möglichkeiten für die Verstärkung der Fliehkräfte offen, für neue Referenden und eine neue Schwächung der EU.

Das Ergebnis des Brexit spiegelt zu einem gewissen Grad die allgemein negative Haltung der britischen Bourgeoisie gegenüber dem Prozess der Vertiefung der WWU und der EU wider, ihre stetige Übereinstimmung mit den USA im Wettbewerb mit Deutschland, das Vorhandensein von Teilen des britischen und amerikanischen Kapitals, die den Austritt Großbritanniens aus der EU wünschen würden und die Integration der Unzufriedenheit in der Bevölkerung in die bürgerliche Strömung des Euroskeptizismus. Zur gleichen Zeit kommt auch eine gewisse Unstetigkeit in Richtung Wiederholung des Referendums zum Ausdruck.

Es scheint aber, dass die Verhandlungen allgemein in Richtung "enge Beziehung" zur EU gehen werden. Auch aus diesem Grund kompliziert sich das Dilemma der bürgerlichen Politik in Deutschland und in den anderen Mitgliedsstaaten der EU.

Zunächst einmal bewegt sich die vorherrschende Linie der deutschen Bourgeoisie zwischen der Aufrechterhaltung des zwischenstaatlichen Charakters der EU-Entscheidungen und dem Diktat der EU-Praxis der vielen Geschwindigkeiten, der vielen konzentrischen Kreise und der Anwendung der strengen Regeln für die Haushaltspolitik. Trotzdem gerät die deutsche Sozialdemokratie in einem großen Grad mit den Vorschlägen zur Vertiefung der europäischen Vereinheitlichung aneinander, die von Frankreich und Italien ausgehen.

Die Regierungen von Frankreich und Italien, - wie auch die der anderen Länder des sogenannten "Club Med", der durch die Unterzeichnung der sogenannten "Erklärung von Athen" gebildet wurde -, wollen zum einen eine Lockerung der Haushaltspolitik, um die Werkzeuge, die die Haushaltspolitik bietet, besser zur Unterstützung der kapitalistischen Rentabilität nutzen zu können, und zum anderen einen Kurs zur Vereinheitlichung der Eurozone vertiefen (einheitliches Parlament, ein einheitliches Budget für die Euro-Zone, einheitliche Verwaltung, etc.), so dass Deutschland die Rolle des Garanten für die hochverschuldeten Mitgliedstaaten und problematischen Großbanken in der EU übernimmt.

Parallel dazu verstärkt sich in Frankreich und in Italien die euroskeptische Strömung der Opposition.

Einige Mitgliedstaaten, die enge Beziehungen zu den USA haben, wie die Gruppe von Visegrad (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei), sowie Länder wie Schweden und Dänemark, fordern die Aufrechterhaltung des zwischenstaatlichen Charakters der EU und eine Stärkung der Unabhängigkeit der nationalen Politiken in verschiedenen Fragen (z.B. Einwanderungs- und Flüchtlingsfrage).

Die Kontroversen über das Durcheinander in der praktizierten Politik ist objektiv mit dem Konflikt über die internationalen Allianzen der EU verbunden. Auch hier gibt es große Unterschiede, sowohl zwischen den Mitgliedstaaten, als auch in ihrem Innern, wie auch in Hinblick auf die Beziehung der EU und der einzelnen Staaten zu den USA, Russland und China.

Bei den Entwicklungen in der EU intervenieren auch die USA, indem sie Italien und Frankreich in der Frage der Lockerung der Haushaltspolitik unterstützen, sowie auch bei der Visegrad-Gruppe und den nordischen Ländern.

Russland wiederum interveniert bei den Rivalitäten innerhalb der EU, indem es diejenigen politischen Kräfte und Staaten unterstützt, die gegen die Vertiefung der kapitalistischen Vereinheitlichung im Rahmen der EU argumentieren. Diese Haltung Russlands wurde durch die Verschärfung der Beziehungen EU-Russland weiter verstärkt, und das infolge der Bestrebungen der Ukraine um Anbindung an die EU, gegen die russischen Pläne, sie in die eurasische Wirtschaftsgemeinschaft zu

integrieren. Russland ist auch gegen Pläne der EU zur schrittweisen Integration des westlichen Balkans. Die EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien und Montenegro haben bereits begonnen, obwohl der Zustand instabil bleibt.

Es ist erwähnenswert, dass die obigen Widersprüche in Bezug auf das Durcheinander in der praktizierten Politik in der EU, auf Basis der Entscheidung der G-20 über die Lockerung der Haushaltspolitik zugunsten der öffentlichen Investitionen erfolgt.

Die Beziehungen und Gegensätze innerhalb der EU werden in nächster Zeit durch eine Reihe von politischen Entwicklungen, wie dem Ergebnis des jüngsten Referendums über eine Verfassungsänderung in Italien und den folgenden Wahlen in Frankreich und Deutschland beeinflusst werden - und sich wahrscheinlich auch verschärfen.

19. Auf Basis dieser objektiven Gegebenheiten passt die Bourgeoisie in Griechenland ihre wichtigsten Ziele an und priorisiert diejenigen, die den Verhandlungen dienen müssen oder allgemeiner gesagt, der Wirtschaftspolitik der SYRIZA-ANEL Regierung. Ihre wichtigeren Schwerpunkte sind:

a) Die Umstrukturierung der Staatsschulden, oder allgemein, die Bedingungen zur Bedienung der staatlichen Finanzierung aus dem Ausland, um den Kurs der griechischen Wirtschaft zur Beendigung der Phase der kapitalistischen Krise zu stabilisieren und zu beschleunigen.

b) Die Umsetzung der wichtigsten Investitionen, die zum Aufstieg des Landes zu einem Energie- und Warenverkehrsknotenpunkt in der weiteren Region beitragen werden.

c) Der Wiederaufbau der kapitalistischen Produktion mit der Förderung von Änderungen in der aktuellen Branchenstruktur der Wirtschaft, sodass die Exportorientierung und die Produktion innovativer, wettbewerbsfähiger Produkte und Dienstleistungen gestärkt werden. In diesem Zusammenhang wird ein Schwerpunkt in der Anlockung von Investitionen in die Industriebereiche der Ölförderung, des Transports und der Logistikketten liegen, sowie in erneuerbare Energiequellen, in den Agrar- und Lebensmittelkomplex mit Exportorientierung, als auch im Bereich eines spezialisierten Tourismus und solcher priorisierter Branchen und Sektoren, die - neben der Stärkung der Hochseeschifffahrt - als "neue Lokomotive" für die kapitalistische Entwicklung fungieren können.

d) Die Förderung der Umstrukturierungen zur Sicherstellung billiger Arbeitskräfte (z.B. Arbeitsbeziehungen, Versicherungen) und der Eröffnung neuer Rentabilitätsfelder für das Kapital (z.B. Marktliberalisierung, Privatisierung).

e) Die Modernisierung der Struktur, Funktion und der Infrastruktur des bürgerlichen Staates, so dass er zu einer effektiveren Förderung der Ziele der herrschenden Klasse beiträgt.

Für die kombinierte Verfolgung dieser Ziele, ist die inländische bürgerliche Ausrichtung für die Verhandlung folgende:

- \* Sie verbindet sich mit dem Druck Italiens und Frankreichs für eine relative Lockerung der Haushaltspolitik in der Eurozone.
- \* Sie nimmt aktiv an der Förderung der Pläne der USA und Israels in der Region teil.
- \* Sie entwickelt widersprüchliche Beziehungen des Wettbewerbs und der Zusammenarbeit mit der Türkei.
- \* Sie versucht für die Umsetzung von Investitionsprojekten und den Energie- und Warentransport in die EU ihre bilateralen Beziehungen zu China, aber in geringerem Umfang auch zu Russland zu vertiefen.

Die vorherrschende Linie der bürgerlichen Politik hält den Verbleib des Landes im Komplex der imperialistischen Allianzen des Eurobündnisses für gegeben, während gleichzeitig besonders enge Beziehungen des griechischen Reederkapitals zu den USA und Großbritannien und die Stärkung der Beziehungen zu China bestehen bleiben.

### **3. Kapitel**

#### **BEWERTUNG DER ENTWICKLUNGEN IN GRIECHENLAND**

##### **Die Entwicklungen in der griechischen Wirtschaft**

20. Die griechische Wirtschaft tendiert im Jahr 2017 zu einer blutleeren Erholung. Allerdings wird die Realisierung dieses Trends auch von anderen Parametern abhängen, insbesondere von den Entwicklungen in der internationalen Wirtschaft.

Wenn man das BIP nach den konstanten Preisen 2010 berechnet, beläuft sich der Rückgang über die letzten 5 Jahre hinweg auf 10,4%, während er im Vergleich zum Beginn der Krisenphase im Jahr 2008 die 26% übersteigt. Im Jahr 2015 schrumpfte das BIP um 0,2%, während für 2016 eine neuerliche Schrumpfung um 0,3% vermutet wird. Im Jahr 2015 verzeichnete der Volumenindex der Industrieproduktion zum ersten Mal seit 2007 einen anämischen Anstieg um 0,7%, ein Trend, der sich in der ersten Hälfte 2016 fortgesetzt hat. Die dynamischen Branchen des produzierenden Gewerbes waren Ölindustrie, Pharmaprodukte, Chemieprodukte und Basismetalle.



Die sektorale Struktur der griechischen Wirtschaft hat sich in den letzten vier Jahren nicht wesentlich verändert. Eine kleine Erhöhung des Anteils des primären Sektors an der gesamten neuen Produktion von 3,7% im Jahr 2012 auf 4% im Jahr 2015 ist zu beobachten, auch des dritten Sektors von 80,1% in 2012 auf 81,8% im Jahr 2015, mit einem entsprechenden Rückgang im sekundären Sektor (Herstellung, Energie, Bau, Bergbau) von 16,2% im Jahr 2012 auf 15,2% im Jahr 2015.

Bemerkenswert ist, dass - über die allgemeinen methodischen Probleme der Trennung in primären, sekundären und tertiären Sektor hinaus -, diese Zahlen durch die Tatsache beeinflusst werden, dass eine Reihe von Branchen, wie Telekommunikation und Verkehr, durch die bürgerliche Statistik dem tertiären Sektor zugeordnet werden. Das obige methodische Problem wird noch größer in Griechenland, weil die Schifffahrt (die dem Transport gehört) über die Zeit hinweg die stärkste Branche der griechischen kapitalistischen Wirtschaft ist.

Die griechische Schifffahrt nimmt 2015 international den ersten Platz ein, mit einer Erhöhung der Kapazität der Schiffe, mit einem großen Anteil an der Weltflotte der Tanker und Massengutfrachter und einem hohen Maß an Ausbeutung der Arbeiter in der Branche.

In den letzten vier Jahren setzte sich der Abwärtstrend bei der Zahl der „Arbeitgeber“ und der Zahl der Selbständigen aufgrund der Krise fort, während es eine marginale Erhöhung der Zahl der Lohnempfänger gab. Genauer gesagt verringerte sich die Zahl der Arbeitgeber von 261.000 im Jahr 2012 auf 248 000 im Jahr 2015, die Zahl der Selbständigen (zu denen auch die Bauern gezählt werden) sank von 908.000 auf 856.000 und die Zahl der Lohnempfänger stieg leicht an, von 2,34 auf 2,35 Millionen. Auch die mithelfenden Familienmitglieder reduzierten sich von 185.000 auf 158.000.

Diese Veränderungen unterscheiden thematisch die Proportionen in ihnen nicht dramatisch, noch ihre Anzahl an der Gesamtheit der Selbständigen: Der Anteil der Arbeitgeber sank von 7,7% auf 6,9%, der Anteil der Selbständigen von 24,6% auf 23,7% und der Anteil der Lohnempfänger stieg von 63,4% auf 65%. Der Rest bezieht sich auf die mithelfenden Mitglieder, deren Anzahl einen leichten Rückgang verzeichnete. Es muss berücksichtigt werden, dass diese Zahlen in Bezug auf die wirtschaftlich aktive Bevölkerung leicht differieren, da diese auch die Arbeitslosen umfasst, deren Großteil aus dem Bereich der Lohnarbeit kommt.

21. Während der Krise verstärkte sich der Trend zur Konzentration und Zentralisierung der griechischen kapitalistischen Wirtschaft. Nach einer Runde von Übernahmen und Akquisitionen, konzentrieren sich praktisch alle Bankaktivitäten auf die 4 großen systemrelevanten Banken.

Im Handelssektor ist ein signifikantes Wachstum des Anteils an Handelsunternehmensgruppen zu verzeichnen, im Telekommunikationssektor kontrollieren drei Gruppen (OTE, Vodaphone, Wind) praktisch vollständig den Markt, wobei die zweitstärkste Gruppe eine strategische Partnerschaft mit der dritten eingegangen ist.

Der Energiesektor wird auf dem Gebiet der Brennstoffe von drei großen Gruppen dominiert, welche die Ölraffinerung vollständig kontrollieren, während auch die Konzentration in der Bauindustrie, mit großen Gruppen, die sich in kleineren Projekten engagieren, entschlossen weiterging.

In der Metallindustrie kontrollieren die beiden größten Gruppen fast 2/3 der Branche. Ähnliche Entwicklungen sind in der Tourismus- und Verpflegungsbranche und in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie zu verzeichnen.

22. Die internationalen imperialistischen Vereinigungen (OECD, IWF, Europäische Kommission), wie auch die Bank von Griechenland, sehen, basierend auf öffentlicher Finanzierung und der Beschleunigung wichtiger Privatisierungen, eine Erholung der griechischen Wirtschaft für 2017-2018 vorher, mit verstärkten Investitionen, mit dem Beitrag des neuen Entwicklungsgesetzes.

Sie prognostizieren einen Anstieg der Warenexporte als Ergebnis der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft, ein Wachstum der Dienstleistungen (Touristik, Schifffahrt) und eine Zunahme des Inlandsverbrauchs als Folge der Erhöhung der Beschäftigungsrate, der Einkommen und der Verbesserung der Kreditbedingungen.

Als Unsicherheitsfaktoren, die zu einem negativeren Ergebnis führen könnten, werden die mögliche Verschlechterung des internationalen wirtschaftlichen Umfelds und der Kurs der EU nach dem Brexit angesehen, sowie die möglichen negativen Auswirkungen einer Verschlechterung des Flüchtlingsproblems auf den Tourismus und den Handel, ebenso die Situation in der weiteren Region des östlichen Mittelmeers und die Auswirkungen der Regierungspolitik (z.B. Erhöhung der indirekten Steuern, Belastungen für die unteren Bevölkerungsschichten).

Diese Beobachtungen unterstreichen die Unsicherheit der bürgerlichen Prognosen, insbesondere dann, wenn sich die Entwicklungen in der Euro-Zone verschlechtern und sich die Fliehkräfte erhöhen.

Bemerkenswert ist, dass bestimmte Großinvestitionen (z.B. Häfen, Bahnlinien) nicht leicht verwirklicht werden können, wenn es keine mittelfristigen Kompromisse mit den USA, EU, China und Russland in der erweiterten Region gibt.

## **Der Zustand der Arbeiterklasse, anderer Volksschichten und die Regierungspolitik**

23. Die Maßnahmen, die zu größeren Umwälzungen in den Arbeitsbeziehungen, bei den Löhnen, den Tarifverträgen, den Renten, den Sozialleistungen usw. führten, waren schon lange vor der Krise mit dem Maastricht-Vertrag und insbesondere mit dem "Weißbuch" von 1993 vereinbart worden. Sie betreffen nämlich die Gesamtheit der Länder der Europäischen Union und waren unabhängig von der Phase des Zyklus der kapitalistischen Reproduktion. Diese kapitalistischen Umstrukturierungen und die dazugehörigen arbeiterfeindlichen Regelungen dienten dem Ziel die kapitalistische Rentabilität vor dem Hintergrund der Verschärfung des internationalen Wettbewerbs zu unterstützen. Dennoch erhöht sich in Zeiten der Krise ihre Dringlichkeit für das kapitalistische System.

Diese strategische Planung wurde von der EU und den bürgerlichen Regierungen in den einzelnen Ländern gezielt, methodisch und auf lange Sicht gefördert. Diese Maßnahmen fanden in Griechenland vor allem ab 2010 mit drei Maßnahmenpaketen (Memoranden) und zehn Durchführungsgesetzen allein in Bezug auf die Umstrukturierung der Arbeitnehmerrechte (4 Gesetze 2010, 2 in 2012, 1 in 2013, 1 in 2014, 1 in 2015 und 1 in 2016) ihre rasche und vollständige Entfaltung.

Im Rahmen einer einheitlichen Strategie wird gefördert:

- \* Eine einheitliche Politik zur drastischen Minderung der Löhne und Tagelöhne und die Förderung alternativer Arbeitsformen und Teilzeitarbeit. Zu einem großen Teil die Aufhebung der fixen täglichen Arbeitszeit, der Unkündbarkeit im staatlichen Sektor und bestimmten Dauerarbeitsstellen in der Privatwirtschaft und mit weitverbreiteten Änderungen in den Arbeitsbeziehungen mit Erhöhung der Flexibilität und Mobilität. Es ist eine Politik, die auf lange Sicht der Strategie der Deregulierung des Arbeitsmarktes eingegliedert ist und mit der Tendenz, Arbeitslöhne und Tagelöhne dem sehr niedrigen Niveau des internationalen kapitalistischen Weltmarktes anzupassen.
- \* Eine einheitliche Politik zur Reduzierung von Gesundheits- und Sozialleistungen und vor allem der Sozialversicherungssysteme mit einem Ausbau der Privatisierung.
- \* Eine Politik für die Legalisierung der Arbeitsverleiher und die Benutzung der Migranten als billige Arbeitskräfte und als Druckmittel für eine Reduzierung der Löhne und Gehälter insgesamt.
- \* Neue Einschränkungen beim Streikrecht und bei gewerkschaftlichen Aktionen.
- \* Kontinuierliche Erhöhung der indirekten Steuern, was zu Erhöhungen der Verbraucherpreise führt (z.B. Strom, Lebensmittel, Verkehrsmittel, etc.).

Die "Strategie Europa 2020", die vom Europäischen Rat im Juni 2010 verabschiedet wurde, empfiehlt die Intensivierung aller arbeitsfeindlichen Rahmenmaßnahmen, die eingeführt wurden. Diese Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Monopole in Europa und damit auch der Griechenlands abzielen, bedeuten nicht, dass sie die Widersprüche des Systems, die unausgewogene Entwicklung und die innerimperialistischen Widersprüche beseitigen können. Dies scheint am deutlichsten in der EU heute, in der das "Economic Governance - European Semester" durchgeführt und ein neues "Weißbuch" vorbereitet wird, das im Frühjahr 2017 bekannt gegeben wird, mit dem Ziel, die WWU "widerstandsfähiger gegen zukünftige Schocks" zu machen.

Die Folgen der Wirtschaftskrise und der arbeiterfeindlichen Maßnahmen, die mit den berühmten Memoranden und Durchführungsgesetzen ergriffen wurden, verursachen umfangreiche, tiefe und andauernde Umwälzungen in den Lebens- und Arbeitsbedingungen, bei der Zusammensetzung der Arbeiterklasse, bei einem großen Teil der Selbständigen und Kleinbauern in Stadt und Land. Die Arbeiterklasse wurde durch neue mittlere Bevölkerungsschichten in der Stadt und auf dem Dorf erweitert. Weitere Teile der Mittelklasse näherten sich der Arbeiterklasse an, die Halbproletarier wurden mehr. Zur gleichen Zeit zeigte sich eine Zunahme der Auswanderung, vor allem von jungen Menschen.

Die Umstrukturierungen und die Krise verkleinerte die Schicht der Arbeiteraristokratie im privaten und staatlichen Sektor und in der staatlichen Beamtenschaft. Dies bedeutet nicht auch Verzicht der Bourgeoisie auf Erhaltung, Erneuerung und Schaffung neuer Mechanismen für die Manipulation der Arbeiterbewegung. Die deutliche Differenzierung, die Schichtung innerhalb der Arbeiterklasse und bei der Lohnarbeit im Allgemeinen, die die materielle Basis für die Formung der Arbeiteraristokratie darstellt, bleibt und wächst an.

24. Die jüngsten Daten bestätigen den Trend zur Verstärkung der absoluten Verelendung der Arbeiterklasse. Nach der drastischen Reduktion der Gesamtbezüge bei der abhängigen Arbeit im Zeitraum 2009-2012 von 85 auf 66,1 % Milliarden Euro, fiel sie zwischen 2012-2015 auf 59 Milliarden zurück, das ist ein weiterer Rückgang um 10,7 %, während der Gesamtrückgang gegenüber dem Vorkrisenniveau mehr als 30 % erreicht. Über die Gehaltskürzungen hinaus, spiegelt diese drastische Reduktion der Gesamtvergütung der Lohnarbeit natürlich auch die Explosion bei der Arbeitslosigkeit in der Zeit der Krise wider.

Basierend auf den Daten der Bank von Griechenland, sank der Lohn pro Mitarbeiter im Jahr 2013 um 7 %, in 2014 um 2,1 % und im Jahr 2015 um 2,7 %. Die nominalen Gehaltskosten pro Mitarbeiter sind von 24.300 Euro in 2012 auf 21.800 Euro im Jahr 2015 gesunken, eine Reduktion von ca. 10,3 %, die zu den Kürzungen im Zeitraum

2010-2012 dazukommen. Das verringerte den jährlichen nominalen Durchschnittslohn von 26.100 auf 24.300 Euro. Unter stabilen Bedingungen (und unter Berücksichtigung der Inflation) überschreitet die Abnahme des Durchschnittslohns 20 %. Basierend auf Daten der IKA [Versicherungsanstalt für Angestellte und Arbeiter, Anm. d. Üb.], nähert sich die Reduzierung des Mindestlohns seit 2010 den 35 %.

Die Kaufkraft des durchschnittlichen Bruttolohns in Griechenland kommt im Jahr 2014 auf nur 66 % der durchschnittlichen Kaufkraft der 15 am weitest fortgeschrittenen EU-Länder, von 82 % in 2009. Die Verluste der Kaufkraft der Lohnempfänger werden in Anbetracht des großen steuerlichen Aderlasses in den letzten Jahren sogar noch größer. Wenn wir alle diese Faktoren zusammennehmen, können wir schätzen, dass die Gesamtverluste beim Lebensstandard der Arbeitnehmer in der Krise ca. 50% erreichen.

Der Angriff auf den Mindestlohn (Verminderung bei den über 25-jährigen 22% und bei den Jungen bis 25 Jahren um 32 %) führte zu dem Ergebnis, dass die Einkommen 2014 niedriger sind als die niedrigsten Anfang der 90er Jahre".

Die Gesetze der letzten Jahre fahren fort die Löhne und Einkommen der Menschen, das Leben der Arbeiter- und Volksfamilie zu verschlechtern. Die vorgelegten Daten spiegeln die Schwierigkeiten wider, mit welchen die Arbeiter fertig werden müssen und die Situation bei den Löhnen und den Arbeitsbeziehungen.

Die Niedriglohnbezieher machen etwa 60 % der Arbeitnehmer aus. Genauer gesagt, erreichte die Anzahl der Arbeiter mit einem "Nettolohn" von weniger als 1000 Euro 63.17 %. Gleichzeitig ist eine Bewegung nach unten zu beobachten, was die Einordnung der Arbeitnehmer in die verschiedenen Stufen angeht. Die Arbeitnehmer mit einem Gehalt von 501 bis 600 Euro nahmen um 13,24 % zu und die mit einem Gehalt von 601 bis 700 Euro um 10.56 %.

In Bezug auf die "Mobilität und Flexibilität" auf dem Arbeitsmarkt, die durch die aktuellen Gesetze und die kapitalistische Krise kamen, ist folgendes bezeichnend: Die Arbeitsverträge, die 2015 von den Arbeitgebern gekündigt wurden, überstiegen - zusammen mit den "freiwilligen" Austritten und dem Ablauf von befristeten Arbeitsverträgen - die Zahl der Beschäftigten im selben Jahr.

Die Arbeitsbeziehungen verschlechtern sich mit schnellem Tempo. Im Jahr 2015 überschritt der Anteil der "flexiblen Arbeitsbeziehungen" (zum Teil mit Job-Sharing) bei den Neueinstellungen 55 %, während er im Jahr 2009 bei 29 % und 2012 bei 45 % lag. Etwa 30 % der Beschäftigten in der Privatwirtschaft ist teilzeitbeschäftigt, während 20 % weniger als 20 Stunden pro Woche arbeiten. Auf jeden Fall sind mehr als die Hälfte der Einstellungen, die heute gemacht werden, solche flexible

Beschäftigungsformen, eine Tatsache, die natürlich auch das durchschnittliche Lohnniveau beeinflusst.

Der durchschnittliche Konsum der Haushalte in Griechenland hat sich im Zeitraum von 2010 bis 2014 um 25 % verringert und beträgt ca. 1.460 Euro gegenüber 1.950 im Jahr 2010. Im gleichen Zeitraum ist nun eine deutliche Änderung beim Essverhalten des griechischen Durchschnittshaushalts zu beobachten. Insbesondere veränderten sich die Mengen der konsumierten Nahrungsmittel (z.B. sank der Verzehr von Fleisch und Fisch um 12 %). Im Jahr 2015 befanden sich 40% der Bevölkerung in einer materiell entbehrensreichen Situation, eine Zahl, die sich im Vergleich zu 2010 mit 24% deutlich erhöht hat.

Die Gesamtarbeitslosenquote ist in den letzten vier Jahren leicht gesunken, ist aber immer noch extrem hoch. 2015 belief sie sich auf 24,9 %, 2013 auf 27,5 % und auf 26,5 % im Jahr 2014. Die Zahl der Arbeitslosen bleibt außerordentlich hoch und beläuft sich auf 1,2 Millionen. Die Arbeitslosenquote ist bei den Jüngeren (15-29 Jahre) sehr hoch und übersteigt 40 %. Zur gleichen Zeit stieg der Anteil der Langzeitarbeitslosen (d.h. derjenigen, die länger als 12 Monate arbeitslos sind) erheblich an. Im Jahr 2015 waren

875.000 Langzeitarbeitslose, d.h. 73,1 Prozent aller Arbeitslosen, während der Anteil 2012 bei 59 % der Arbeitslosen lag. Auch sind bei den Frauen höhere Arbeitslosenquoten zu verzeichnen als bei den Männern. Im Jahr 2015 lag die Arbeitslosenquote der Frauen bei 28,9 % gegenüber 22 % bei den Männern. Die Arbeitslosenquote der Frauen stieg im Vergleich zu 2012, wo sie bei 28,1 % stand und fast 618.000 erreichte.

25. Der jüngste Bericht der Bank von Griechenland bekräftigt die These der KKE, dass die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Politik zur Überwindung der Krisenphase "auf den niedrigen Lohnkosten und dem institutionellen Rahmen, der die Flexibilität des Arbeitsmarktes unterstützt" aufbaut, d.h. auf der billigen Arbeitskraft.

Die Industriellenvereinigung (SEB) priorisiert ständig die schnelle und effektive Umsetzung des Programms des 3. Memorandums, die Beschleunigung der Umstrukturierungen und der Privatisierungen, die Reduzierung der so genannten "Lohnnebenkosten" und die Bereitstellung größerer steuerlicher Anreize für private Investitionen. Im Allgemeinen gibt es eine Übereinstimmung der inländischen Bourgeoisie (Industriellenvereinigung (SEB), Vereinigung der griechischen Reeder, Vereinigung der griechischen Banken) mit dem IWF und der EU bei der Verhängung von Maßnahmen, die den Grad der Ausbeutung erhöhen und die Rechte und die Einkommen der Arbeiter-klasse plattwalzen.

Trotz der bestehenden Unterschiede zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU werden die Hauptrichtungen dieser Politik überall entschlossen umgesetzt, zum Beispiel die jüngsten Maßnahmen in Frankreich und Italien.

26. Die Regierung SYRIZA-ANEL behauptet propagandistisch, dass sie beim Wiederaufbau der kapitalistischen Produktion des Landes einer anderen Ausrichtung folgt als die vorherigen Regierungen. Sie legt den Vorschlag der "gerechten Entwicklung" vor, die als angeblich neue Elemente eine Wende zu Innovation und Qualität umfasst, die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und spezialisierter Technologien zugunsten der Produktivitätssteigerung, die Verwendung des neu geordneten bürgerlichen Staates als

### **Hebel für die Entwicklung und insbesondere für die Stärkung der „Gesellschaft und des Marktes“**

Die Regierung versteckt, dass die Nutzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Innovationen zur Steigerung der Produktivität im Kapitalismus nicht zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer (Erhöhung des Einkommens, Verkürzung der Arbeitszeit) dient, sondern um die Profite des Kapitals zu erhöhen. Dies wird belegt durch die Tatsache, dass sogar in Staaten, die eine führende Rollen bei der Nutzung neuer Technologien in der Produktion innehaben und sich nicht in einer Krisenphase befinden, wie Großbritannien, Deutschland, den USA, die Einkommensungleichheit rasant anwächst.

Die Wahrheit ist, dass die Politik der Regierung nicht einmal zu einem teilweisen Ausgleich der großen Verluste der unteren Schichten während der Krise führt, sondern die Situation des Volkes verschlimmert. Zugleich verbergen die Regierungserklärungen über den effektiven Staat, dass der bürgerliche Staat zum Vorteil des Kapitals funktioniert und dass somit die von ihm vorgenommenen Anpassungen dazu dienen, die Wirksamkeit der Maßnahmen zu dessen Gunsten zu erhöhen. Diesem Ziel dienen zum einen die großen steuerlichen Aderlässe des Volkes und die Ausgabenkürzungen in der Sozialpolitik und zum anderen die staatlichen Beihilfen für die heimischen Unternehmensgruppen und allgemeiner gesagt, der kapitalistischen Rentabilität.

Der Anstieg der indirekten Steuern, die Reduzierung des Steuerfreibetrages, die Aufrechterhaltung der ENFIA [Immobiliensteuer, Anm. d. Üb.], die Verringerung der Renten und die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge sind typische Beispiele für die Eskalation des volksfeindlichen Angriffs. Was die Selbständigen und Bauern betrifft, geht die starke Zunahme der Steuer- und Sozialversicherungsbelastungen einher mit einer drastischen Reduzierung des Umsatzes, was zu einer großen Verschlechterung ihrer Position führt. Im Gegenteil, die Monopolgruppen tragen

weniger als 5% zu den jährlichen Steuereinnahmen bei und die Regierung lanciert neue staatliche Beihilfen über das "Entwicklungsgesetz".

Selbst wenn irgendeine Erholung eintritt, wird sie die Arbeitslosigkeit nicht verringern, noch wird sie in Bezug auf die grundlegenden Rechte und Errungenschaften der Arbeiterklasse, die im 20. Jahrhundert erreicht wurden, zum Zustand vor der Krise zurückkehren.

Insgesamt zerschlägt die Entwicklung im Ganzen die Illusion über die Möglichkeit eines volksfreundlichen Kapitalismusmanagements, in dem die Steigerung der Rendite des Kapitals mit dem Wohl der Lohnempfänger und Selbständigen im Einklang einhergeht. Es stellt sich heraus, dass es "innerhalb der Mauern" der Macht des Kapitals, der EU und der NATO, keine volksfreundliche Politik geben kann.

### **Der Werdegang der Reformen des bürgerlichen Systems**

27. Die Reform des bürgerlichen politischen Systems erfolgt unter dem maßgeblichen Einfluss der internationalen Entwicklungen, der innerimperialistischen Widersprüche, der Schwierigkeiten beim Zusammenhalt der EU und der WWU und der Widersprüche im internationalen Bündnisgeflecht. Eine Reform, in welcher die Bourgeoisie Griechenlands, nach einer achtjährigen Krise von 2008-2016 versucht, einen Übergang in eine Phase der Erholung zu bewerkstelligen.

Die Hauptkräfte des bürgerlichen politischen Systems entsprechen den strategischen Zielen der Bourgeoisie, die sich, kurz gesagt, auf folgende Probleme beziehen:

- \* Kurs der Erholung der kapitalistischen Wirtschaft.
- \* Bemühung, das Land geostrategisch als Handels- und Energiedrehscheibe aufzuwerten.
- \* Verstärkung der aktiven Rolle in der NATO und der EU.
- \* Wiederherstellung der Position der griechischen Bourgeoisie in Südosteuropa und im östlichen Mittelmeerraum, die in den vergangenen Jahren der Krise gelitten hatte.

Die unterschiedlichen Meinungen, die es unter den bürgerlichen Parteien zu einzelnen Fragen des Managements gibt, ziehen grundlegende Elemente nicht in Zweifel, z.B. die Notwendigkeit der Beschleunigung der volksfeindlichen Umstrukturierungen, eine verstärkte Teilnahme an NATO-Plänen, die Notwendigkeit fiskalischer Entspannung und staatlicher Unterstützung der Investitionspläne des Kapitals usw.

Natürlich können diese einheitlichen Bestrebungen, die strategische Identifikation, die Widersprüche nicht verbergen, die innerhalb der Bourgeoisie existieren und die so gut wie alle bürgerlichen Parteien durchdringen. Diese Widersprüche - welche sich



objektiv verschärfen - betreffen sowohl die Prioritäten bei Unterstützung der Branchen der kapitalistischen Wirtschaft, als auch die Optionen und Hierarchien in den internationalen Bündnissen des Kapitals. So stehen einige Teile der griechischen Bourgeoisie dem deutschen Zentrum näher, andere näher an den USA oder Frankreich (das seinen Einfluss im Land erhöht hat) und wieder andere zu China, Russland usw.

### **Die politischen Kräfte in Griechenland**

28. Die letzten zwei Jahre der Regierung SYRIZA-ANEL erwiesen sich als besonders effektiv für das Kapital, für die Bourgeoisie im Allgemeinen, aber auch für ihre wichtigsten internationalen Verbündeten. Was die Bourgeoisie und ihre ausländischen Verbündeten anerkennen, ist nicht nur die volks- feindliche gesetzgeberische Entschlossenheit der Regierung Tsipras bei der Stützung der kapitalistischen Rendite (etwas das alle bürgerlichen Parteien gemein haben), sondern die Fähigkeit, "das Fleisch in Fisch umzutaufen".

Sie erkennen ihre Fähigkeit an, den Widerstand des Volkes abzuschwächen, indem sie eine ideologische Differenzierung zur ND betont, die Fähigkeit die einfachen Volksschichten ins System zu integrieren, sie zu desorientieren, sie massiv und wiederholt zu betrügen, etwas was auch nach 1981 geschah, bei der ersten Regierungsübernahme durch die PASOK.

Dies ist die grundlegende "Karte", welche die SYRIZA-Regierung benutzt und in der Konfrontation mit den anderen bürgerlichen Parteien ausspielt. Natürlich intensivieren diese Bemühungen die Widersprüche innerhalb der SYRIZA, wenn auch nicht mit der gleichen Schärfe wie im Sommer 2015.

Zur gleichen Zeit bemüht sich die SYRIZA um eine Erweiterung in Richtung der Zentrumslinken, indem sie die Karte der Zusammenarbeit mit der europäischen Sozialdemokratie benutzt. Diese Bemühung stößt jedoch auf Konkurrenz innerhalb der Sozialdemokratie und insbesondere ihrer seit Jahrzehnten wichtigste Institution in Griechenland, der PASOK. Solche Rivalitäten werden beispielsweise dadurch angeheizt, dass die SYRIZA es nicht geschafft hat, starken Einfluss bei den Gewerkschaften in verschiedenen Bereichen aufzubauen, während die PASOK solche Stützen in Teilen der Arbeiteraristokratie und der mittleren Schichten hält. Trotz dieser Rivalitäten werden durch die Erweiterung der Regierungsmehrheit hin zum sogenannten "Zentrum" verschiedene Kommunikationskanäle für eine zukünftige Regierungsbildung offengehalten, mit einem klareren "zentrumslinken" Fleck, um im weiteren den Weg der Zusammenarbeit mit der ANEL zu verlassen.

Besonders gefährlich ist die Taktik der Regierung, die Geschichte der Arbeiter- und Volksbewegung obszön auszunutzen, um als eine irgendwie kommunistische Kraft zu

erscheinen, eine Taktik, die von den anderen bürgerlichen Parteien und Massenmedien verstärkt wird. Dieser ideologische Mantel hilft diejenigen integrieren, die links fühlen, die eine kämpferische Natur haben. Ein Element dieses Bemühens ist auch der Versuch, die heroische Geschichte des Widerstands der EAM, den Kampf tausender Kommunisten, Linker und anderer radikaler Kämpfer auszunutzen. Gleichzeitig unternimmt die Regierung, aber nicht mit Konsequenz, bestimmte bürgerliche Modernisierungen und bezeichnet sie propagandistisch als radikal und umstürzlerisch.

29. Die ND, die heutige Opposition, kämpft darum, als alternative, konsequentere Regierungslösung anerkannt zu werden, mit Möglichkeiten ihre Aufmerksamkeit beständiger den Zielen des Kapitals zu widmen. Im Zentrum ihrer Konfrontation mit der Regierung steht ihre Haltung gegenüber den Umstrukturierungen, Reformen, die Verzögerungen, die Beschleunigung ihrer Umsetzung. Trotzdem scheint sie noch nicht die Kraft zu haben, als unmittelbare Option für einen Ersatz der Regierung zu fungieren.

In letzter Zeit wurden energische Anstrengungen unternommen, eine neue Bipolarität im politischen System zu etablieren, auf der einen Seite mit SYRIZA als Zentrum und auf der anderen Seite die ND, mit ihren für dieses Ziel erforderlichen, verfügbaren Neben- und Regierungspartnern. Ihr Kampf darum, wer der echteste Vertreter des Kapitals sein wird, wer die volks- feindliche Politik der kapitalistischen Umstrukturierungen effektiver und nach den EU-Richtlinien, des IWF, also des ganzen Quartetts umsetzen wird, intensiviert sich.

Was den sozialdemokratischen Raum angeht, schafft der Aufstieg der SYRIZA zu ihrem Grundpfeiler im Land und ihre Anerkennung durch die europäische Sozialdemokratie erhebliche Schwierigkeiten bei der Neugestaltung der sogenannten "Zentrumslinken", in der die klassische sozialdemokratische PASOK, POTAMI und andere kleinere politische Gruppen enthalten sind. Angesichts der aktuellen Schwierigkeiten dieses [sozialdemokratischen] Raumes eine unabhängigere Rolle zu spielen, gibt es einen Kampf und ein Schwanken darüber, ob sie als dritter Pol ein bevorzugter Ansprechpartner der SYRIZA und der ND sein könnte.

Es gibt zwei unterschiedliche Trends:

\* Zum einen gibt es die Tendenz zur bedingten Zusammenarbeit mit der SYRIZA, vorbehaltlich einer deutlicheren zentristischen Wende der letzteren, der sich auch in der Auswahl der Personen ausdrückt. Dieser Trend scheint auch von Kreisen der europäischen Sozialdemokratie unterstützt zu werden.

\* Auf der anderen Seite gibt es eine Tendenz, welche die Notwendigkeit einer Allianz der konsequenten europäischen und reformistischen Reformkräfte begünstigt, die auch die ND unter Hr. Mitsotakis mit einschließt.

30. Die "euroskeptische Strömung" ist in Griechenland zurzeit noch in Entwicklung. Die euroskeptische Stimmung hat keine beständigen politischen Züge angenommen, obwohl sie bei breiten Volkskräften existent ist und sich in einer Reihe von Faktoren mit der Tendenz zum Zweifel an der EU und der WWU ausdrückt (einschließlich des Referendums im Juli 2015). Sie ist von Unbeständigkeit geprägt.

Es gibt Kräfte über das gesamte politische Spektrum des bürgerlichen politischen Systems hinweg, die in diese Richtung gehen. Eine zentrale Rolle will darin die Partei "Weg der Freiheit" der Fr. Konstantopoulou spielen, aber auch der opportunistische Bereich der LAE und der ANTARSYA mit einigen kleineren Gruppierungen. Diese Parteien und Gruppen tarnen, - mit Abstufungen zwischen ihnen -, ihre EU-Skepsis auch mit einigen antikapitalistischen Parolen und tragen durch die Eingliederung auch radikaler Elemente in ein Szenario bürgerlicher Verwaltung zur Desorientierung bei. Insgesamt handelt es sich um Kräfte, die danach trachten, als Bollwerk gegen die Radikalisierung zu fungieren und gegen ein Einvernehmen der Volkskräfte mit der KKE, indem sie im wesentlichen Positionen und Praktiken übernehmen, die auch die SYRIZA hatte, als sie noch in der Opposition war. Einige von ihnen waren in den Reihen der SYRIZA und halfen ihr auf die Regierungsbänke zu gelangen, sie hatten Ministerämter inne oder waren gewählte institutionelle Elemente, sie trugen auf ihre eigene Weise dazu bei, der Durchsetzung der harten, arbeiterfeindlichen Politik ein Alibi zu geben und massiv Illusionen zu kultivieren.

31. Es gibt auch Kräfte, die sich aus der ND ablösen und sich im "euroskeptischen" Raum bewegen. Die Prozesse im Bereich der sogenannten extremen Rechten dürfen nicht unterschätzt werden, obwohl sie derzeit marginalen Charakter haben (z.B. Bildung der L.E.P.EN. [Griechische Patriotische Volksverbindung, Anm. des Üb.] durch ehemalige Führungskräfte der "Xrysi Avgi", die Partei des Failou Kranidiotis "Neue Rechte", die Partei "Nationale Einheit" von Karatzaferis und Baltakou, die "Vereinigung Nationale Einheit" des Velopoulos, die "Erste Reihe" von Plevri, die "Nationalen Front", die Partei von Artemis Sorras "Versammlung der Griechen" usw.).

Auch dieser Bereich ist in der Entwicklung, in einem Prozess, zu dessen endgültigem Ausgang das Ergebnis der Gerichtsverhandlung über die verbrecherische, nazistische Organisation "Xrysi Avgi" beitragen wird, aber auch die Prozesse, die in Teilen der ND stattfinden.

Die angeklagten Naziverbrecher der "Xrysi Avgi" fahren als systemstützende Kräfte weiter fort, ihr rassistisches Gift zu verteilen und bei einem primitiven Antikommunismus in erster Reihe zu stehen. Sie haben verdächtige und vielfältige Verbindungen zu Zentren und Institutionen außerhalb Griechenlands, zu finsternen Banden. Im Parlament spielen sie die system- feindliche Kraft, während sie gleichzeitig mehr Privilegien und Steuerbefreiungen für Teile des Kapitals fordern und weiterhin als Sklavenhändler der Großunternehmer fungieren.

Der scheinbare Widerspruch, dass zum einen die Führung der "Xrysi Avgi" strafrechtlich verfolgt wird, während sie andererseits als seriöse bürgerliche parlamentarische Partei akzeptiert wird, bestätigt, dass die Bourgeoisie eine Reserve mit den Eigenschaften der "Goldenen Morgenröte" haben will, aber gemäßiger, damit sie beim Schlag gegen die Bewegung und beim Antikommunismus effizienter genutzt werden kann.

Ein gemeinsames Merkmal der Nazis und der anderen nationalistischen politischen Kräfte ist die Ausnutzung der großen Flüchtlings- und Migrantenströme und der Sorge, die sie bei Teilen des Volkes hervorrufen, um von der wahren Ursache für die Probleme abzulenken und eine reaktionäre Sichtweise zu verbreiten.

32. Insgesamt und zusammenfassend: Ein kritisches Thema ist, noch entschlossener gegen die bürgerliche Propaganda anzugehen, die den Versuch begleitet, das bürgerliche politische System zu reformieren und darauf abzielt die aktive Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.

Den Täuschungen und Illusionen, die systematisch kultiviert werden, dass durch einen Prozess der Schaffung neuer Parteien und Regierungsbündnisse etwas Positives und Interessantes für das Volk entstehen könnte, muss entgegengetreten werden. Darüber hinaus gibt es eine reiche Erfahrung aus dem Transformationsprozess, der vor kurzem während des Aufstiegs der SYRIZA zur Regierungsreserve des Systems stattfand.

Es ist auch wichtig, der Angst zu begegnen, die in Bezug auf die Möglichkeit der politischen Instabilität, die Sorge um die Existenz von stabilen bürgerlichen Regierungen und Parlamentsmehrheiten kultiviert wird, den Forderungen nach Konsens und Zusammenhalt. All das hat zum Ziel, dass die Arbeitenden mit ihrer Haltung - im Namen der nationalen Einheit - die Durchführung der volksfeindlichen Politik erleichtern und sogar institutionelle Veränderungen in reaktionäre Richtung unterstützen.

## **Über die Verfassungsänderung**

33. SYRIZA hat, mit dem Höhepunkt der Verfassungsänderung - eine Reihe von Vorschlägen zu institutionellen Reformen des bürgerlichen Staates gemacht, deren Hauptelement die Änderung des Wahlgesetzes ist, eine Vergrößerung der Kompetenzen des Präsidenten der Demokratie (PdD) und parallel dazu die Möglichkeit seiner Direktwahl durch das Volk. Diese Eingriffe kleiden sich fälschlicherweise mit der Propaganda einer "Erweiterung der Demokratie", während sie beabsichtigen den bürgerlichen Staat abzuschirmen und Voraussetzungen für einen reibungslosen Regierungswechsel sicherzustellen. Die Vorschläge der anderen bürgerlichen Parteien, sind trotz ihrer Unterschiede, ebenfalls auf die Stärkung der bürgerlichen Macht ausgerichtet.

Diese Interventionen passen das bürgerliche politische System an die neue Situation an, die durch die kapitalistische Krise und die Schwierigkeiten sie zu managen geschaffen wurden, und an die Dringlichkeit, die staatliche Unterstützung der kapitalistischen Rentabilität auf Kosten der Bevölkerungsschichten zu beschleunigen. All dies schwächt die Fähigkeit der bürgerlichen Parteien, die Volksschichten massenhaft in eine Ein-Parteien-Regierung zu integrieren und erhöht die Notwendigkeit, eines breiteren Konsenses unter den bürgerlichen Parteien zugunsten von Koalitionsregierungen. Das ist es, was vor allem hinter dem langjährigen Kurs des Umbaus und der Anpassung des bürgerlichen politischen Systems an die neuen Gegebenheiten steht.

Die Erhöhung des Grades des Verhältniswahlrechts dient in diesem Zusammenhang nicht der Stärkung des Volkswillens, sondern dem Versuch, als Beschleuniger der Anpassung des bürgerlichen politischen Systems an die heutigen Notwendigkeiten zur Bildung von Koalitionsregierungen zu fungieren, zur Bildung großer oder kleinerer Blöcke, wie jene in anderen kapitalistischen Ländern, wie Deutschland, Belgien etc. Die Verhältnismäßigkeit erhöht objektiv den Druck zu einem breiteren Konsens und zur Zusammenarbeit zwischen den bürgerlichen Parteien und der Schwächung "kleinparteilicher" Überlegungen und Bestrebungen.

Das gleiche gilt für den Vorschlag, die Rolle des Staatspräsidenten durch die Erhöhung seiner Regelungsbefugnisse in Fällen von Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung zu stärken und ihn in einen Bezugspunkt des bürgerlichen politischen Systems umzuwandeln, der Regierungsmehrheiten und parlamentarische Zustimmung organisiert. Auf diese Weise wird der Staatspräsident als Quelle der Legitimierung der Exekutive und als eine der Konstanten der bürgerlichen Staatsführung ziemlich aufgewertet, ohne dass das Parlament seine primäre Rolle verliert.

In jedem Fall wird das bürgerliche politische System aggressiver, um wirksamer den Bedürfnissen des Kapitals, der Wettbewerbsfähigkeit und der Rentabilität zu dienen.

## **Speziell zur Trennung von Staat und Kirche**

34. In der Verfassungsänderung, die die SYRIZA bisher vorschlägt, fehlt die Frage der Trennung von Staat und Kirche vollkommen. Die Regierung eröffnet - als "Sand, gestreut in die Augen radikaler Menschen" - in einzelnen Fragen Kontroversen mit der Kirchenhierarchie, die immer wieder in obskure Positionen vergangener Zeiten der Existenz des griechischen bürgerlichen Staates fällt.

Die KKE denkt, dass Griechenland überreif ist für die Trennung zwischen Staat und Kirche, mit allem, was dies für die Bildung, die rituellen Verfahren in öffentlichen Einrichtungen, die Zivilehe, die zivile Bestattung und die Möglichkeit zur Einäscherung, die Namensgebung und die Frage des Kirchenbesitzes impliziert.

Die Trennung zwischen dem Staat und der Kirche und die Säkularisierung des Staates, der Bildung, aller Institutionen, wurde in vielen Ländern von der Bourgeoisie und ihrem Staat selbst, noch vor der Oktoberrevolution von 1917 und der Entstehung der sozialistischen Staaten im vergangenen Jahrhundert durchgeführt.

Die KKE wird auch weiterhin konsequent jeden Versuch bekämpfen, das Volk aufgrund religiöser Überzeugungen zu entzweien. Das religiöse Bewusstsein ist in Klassengesellschaften unter den Bedingungen des kapitalistischen Systems eine Form des gesellschaftlichen Bewusstseins und überlebt auch unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus sehr lange Zeit. Es kann weder per Dekret oder durch das Gesetz ausgelöscht werden.

Die langjährige Position der KKE zu diesen Fragen ist, zuallererst das Recht auf Religionsfreiheit, der Nicht-Verfolgung des religiösen Glaubens oder des Atheismus und die Gleichbehandlung, ungeachtet der Religion, zu schützen. Zugleich verteidigt die KKE die Sicherstellung der Möglichkeit einer ideologisch-philosophischen Debatte zu Fragen sowohl der Religion als soziales Phänomen, als auch zu den einzelnen Religionen und ihre Geschichte. In diese Diskussion greift die KKE ein, indem sie den Irrationalismus und das metaphysische Denken systematisch bekämpft und die dialektische Interpretation der Natur und der Gesellschaft und den dialektischen und historischen Materialismus verteidigt.

## **Über die lokale und regionale Verwaltung**

35. Die lokale und regionale Verwaltung, als Institution des bürgerlichen Staates objektiv näher zu den Arbeiter- und Volksmassen eingerichtet, spielte im Verlauf der kapitalistischen Krise eine wichtige Rolle bei der Integration der Arbeitnehmer in die Bedürfnisse des bürgerlichen Systems. Sie passte ihre Funktionen an die neuen Datenverbindungen zur Zentralverwaltung (Regierung) an, damit die allgemeine

Strategie des Kapitals einheitlich bedient wird und damit Arbeiter- und Volksmassen durch verschiedene Programme und Interventionen integriert werden. Bei diesem

Versuch wurde die Sozialpolitik, die verschiedenen EU- und andere Programme zur "Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit" als Schwerpunkt benutzt. Es wurden viele Arten von Strukturen geschaffen, entweder unabhängig oder in Zusammenarbeit mit NGOs, Freiwilligen, "sozialen Genossenschaften" usw., die in der Politik der "Sozialwirtschaft" enthalten sind. Die SYRIZA spielt mit ihren Regierungs- und Parteikräften dabei eine führende Rolle.

Die Reformen in der regionalen und lokalen Verwaltung trugen zur Haushaltsdisziplin, zur Erweiterung der volksfeindlichen Besteuerung, zur Umwandlung von Dienstleistungen und Gütern in Waren und dem Umsturz bei den Arbeitsbeziehungen und Rechten bei. Sie werden durch das ganze bürgerliche politische Personal der Mitarbeiter vor Ort unterstützt.

Es bleibt ein Bedarf an besserer und tieferer Überwachung der kommunalen und regionalen Behörden, der bürgerlichen politischen Kräfte in ihnen. Die Konfrontation mit der Politik der lokalen und regionalen Verwaltung hat die Probleme des Volkes und die Schärfe, die sie durch den Angriff des Kapitals erhalten zur Grundlage und basiert auf der Verstärkung des Klassencharakters des Staates und der lokalen Institutionen.

### **Über die "Sozial- und Solidarwirtschaft"**

36. Vom bürgerlichen politischen System wird, mit besonderem Schwerpunkt in den letzten Jahren, neben dem staatlichen und dem privaten Sektor, der Sektor "Soziale Solidarwirtschaft" (K.A.L.O.) als "dritter Sektor" der Wirtschaft vorgestellt, der Aktivitäten angeblich nicht nur im Hinblick auf den Gewinn, sondern auf die verschärften sozialen Notwendigkeiten hin fördert.

Mit der "Sozialen Solidarwirtschaft" wird ein "Freispruch" des kapitalistischen Entwicklungsweges versucht. Sie zeigt angeblich die Möglichkeit der Existenz wirtschaftlicher Aktivitäten innerhalb des Kapitalismus auf, die die Befriedigung sozialer Bedürfnisse zum alleinigen Ziel haben werden. Der Begriff ist irreführend, weil einerseits sowohl der staatliche, als auch der private Sektor im Kapitalismus den Bedürfnissen der erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals dient, zum anderen, weil auf dem Boden des Kapitalismus eine private Tätigkeit, die nicht auf Gewinn abzielt, ohne wirtschaftliche Bedeutung ist.

Die "Soziale Solidarwirtschaft" wird durch den bürgerlichen Staat als Mechanismus zur weiteren Reduzierung der staatlichen Sozialleistungen verwendet, zur Übertragung der Verantwortung für eine Reihe von Aktivitäten an sie. Mit den

Gemeinden und Regionen als hauptsächlichem Transportmittel, trägt sie vor allem dazu bei, das Unternehmertum von seinem negativen Beiklang zu befreien. Unter anderem wird sie in den Bereichen der sozialen Dienstleistungen entwickelt, indem sie die Notwendigkeit für massive dauerhafte Einstellungen, aber auch zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen für Arbeitslose ersetzt. Sie trägt zur Beseitigung von Arbeiter- und anderer Arbeitnehmerrechte bei und benutzt dazu die "freiwillige Tätigkeit", die natürlich nichts mit Volkssolidarität und echter Freiwilligkeit zu tun hat.

Gleichzeitig betrifft die "Sozialwirtschaft" nicht ausschließlich die Sozialleistungen des Staates, sondern breitet sich durch die "Sozialen genossenschaftlichen Unternehmen" (KOIN.S.EP.) in vielen Bereichen der Wirtschaft aus (z.B. Bau). Sie wird als vorübergehender Mechanismus zur Abschwächung der hohen Arbeitslosigkeit genutzt. Im Wesentlichen fungiert die "Sozialwirtschaft" als zusätzlicher Hebel zur Verschlechterung der Arbeitsbeziehungen und mit der "freiwilligen" Arbeit, den ausgedehnten Arbeitszeiten und niedrigen Löhnen der Arbeitnehmer in ihr, im Namen des "sozialen Charakters" ihrer Aktivitäten, zur weiteren Erhöhung der Ausbeutungsrate. Innerhalb der EU wird ein "Europäischer Solidaritätskorps" mit 100.000 Freiwilligen gebildet, um Krisen in den Mitgliedstaaten entgegenzutreten zu können.

Insgesamt wird die Position der Partei bestätigt, dass das bürgerliche politische System noch Potenzial zur Schließung von Rissen hat, in dem Maß, dass es die Bewegung mit ihrer Organisation, ihrer Massivität und der Ausrichtung ihres Kampfes nicht grundsätzlich gefährden kann. Die wichtigste Schlussfolgerung ist, dass der Kampf der Arbeiter- und Volksbewegung sich vollständig gegen die Bourgeoisie und ihre Parteien richten muss und nicht nur gegen die jeweilige Regierungsmehrheit.

ZK der KKE, Übersetzung: Franz Holzer

Quelle: Facebook-Gruppe „KKE - Freunde und UnterstützerInnen der KKE in Österreich“, <http://www.facebook.com/groups/174858446224630>



## Marxistisch-leninistisches Fernstudium

### ***Frank Flegel: Bericht vom 4. Seminar des gemeinsamen marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv***

Am Wochenende des 3. und 4. Dezember 2016 fand das vierte Seminar unseres Fernstudiums wie immer in Hannover statt. Obwohl acht Teilnehmer/innen sich wegen anderer Termine aktuell zu diesem Seminar entschuldigen mussten, waren insgesamt 25 anwesend.

In der Wiederholung haben wir uns nochmals mit der Leninschen Imperialismustheorie beschäftigt, mit der Geschichte des imperialistischen Weltsystems, mit dessen Entwicklung nach der Konterrevolution 1989/90, außerdem mit der marxistischen Krisentheorie und den unterschiedlichen Arten kapitalistischer Krisen.

Dann ging es als Voraussetzung für die Antwort auf die Frage, wie man dem Elend des Kapitalismus/Imperialismus ein Ende bereiten kann, um die Staatstheorie, zunächst allgemein: was ist ein Staat, wann und warum entsteht er in der Menschheitsgeschichte und welche Funktionen hat er, dann konkret um den bürgerlichen Staat, seine Funktionen und seine unterschiedlichen Formen (konstitutionelle Monarchie, Faschismus, Militärdiktatur, bürgerlicher Parlamentarismus). Wir haben uns den bürgerlichen Parlamentarismus etwas genauer angesehen, weil er bei vielen Linken Illusionen in eine mögliche Veränderbarkeit der Gesellschaft mittels des Parlamentes nährt, Stichwort: Integrationsfunktion des Parlamentarismus. In diesem Zusammenhang fand auch die Kritik an den Illusionen über einen parlamentarischen Weg zum Sozialismus ihren Raum.

Nach der Analyse von Rolle und Funktion des bürgerlichen Staates kamen wir endlich zur grundsätzlichen Alternative zum Kapitalismus: dem Sozialismus/Kommunismus.

Zunächst haben wir die ökonomische Grundlagen des Sozialismus thematisiert: die Planwirtschaft, die ohne das Erringen der politischen Macht durch die Arbeiterklasse nicht zu haben ist. Wir stellten fest: Die Planwirtschaft basiert auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, auf zentraler gesellschaftlicher Planung, auf der schrittweisen Aufhebung der Geltung des Wertgesetzes. Es herrscht nicht das Wertgesetz, sondern eine von Menschen für Menschen gestaltete Ökonomie, d.h. die Ökonomie wird das erste Mal in der

Geschichte der Menschheit dem menschlichen Willen zugänglich (natürlich bei Berücksichtigung der grundlegenden Wirtschaftsgesetze, vor allem der Reproduktion und der Produktivkraftsteigerung).

Am Abend des ersten Seminartages haben wir uns dann einen Überblick über die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland verschafft – vom Bund der Gerechten bis heute.

Am zweiten Seminartag, dem Sonntag, ging es dann um die Funktion des sozialistischen Staates, um die Frage des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, man könnte auch sagen: der Staat wird Gesellschaft, und um die Inhalte der sozialistischen Demokratie und ihre Formen. Dabei kamen wir auch das erste Mal auf die Funktion der Partei zu sprechen, sozusagen als Vorbote eines der nächsten Themen des Fernstudiums, der Parteitheorie.

Danach haben wir einen ganz wundervollen Schritt unternommen: Wir haben gemeinsam ausführliche Überlegungen angestellt über die Frage, was anders wäre in Deutschland, wenn wir morgen den Sozialismus hätten. Dies haben wir nicht als Wunsch-Dir-Was-Wolkenkuckucksheim abgehandelt, sondern im Bewusstsein der ökonomischen Gesetze und Zwänge des Kapitalismus und auf der Grundlage des Wissens über die Bedingungen und Möglichkeiten der zentralen Planwirtschaft. Wir haben gemeinsam die unterschiedlichen Bereiche der Ökonomie und der Gesellschaft bestimmt, die wir untersuchen wollten und dann gegenüber gestellt, wie es heute im Kapitalismus aussieht und was auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln möglich wäre. All das haben wir in Stichworten notiert.

Dann entstand die Idee, daraus einen Artikel zu machen. Also haben wir eine sechsköpfige Redaktionsgruppe gebildet, die einen Entwurf bis Anfang Februar erstellen wird, diesen dann an alle Teilnehmer/innen des Fernstudiums schickt, die Verbesserungen vorschlagen können, die die Redaktionsgruppe je nach Qualität aufnimmt und einarbeitet, so dass der Artikel beim nächsten Seminar Anfang März als gemeinsame Arbeit der Fernstudenten/innen verabschiedet werden kann.

In Ausweitung des ursprünglichen Planes, den Artikel z.B. in der „Roten Fahne“ und/oder der „offen-siv“ zu veröffentlichen, waren unsere Fernstudenten/innen der Auffassung, dass man das Ganze auch als Flugschrift herausgeben sollte, damit es zur Agitation in Bündnissen und an Ständen und zur Diskussion in den Gruppen zur Verfügung steht.

Es macht sehr große Freude, mit Genossinnen und Genossen zusammen zu arbeiten, die es so ernst meinen und die solch gute Vorschläge machen.

Beim nächsten Seminar werden wir uns am ersten Tag mit den bisherigen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus beschäftigen, danach mit den revisionistischen Einflüssen und den Ursachen der schließlichen Niederlage des Sozialismus in Europa, darin auch mit den konkreten Vorkommnissen in der DDR. Danach wird es um die notwendigen politischen Fragen gehen, zu allererst um die Partei- und die Revolutionstheorie.

## DKP

### **Austrittserklärung aus der DKP von Miclas Lacorn - und deren Kommentierung**

Miclas Lacorn:

Lieber Axel,

die Angriffe, die in den letzten Jahren gegen mich und weitere GenossInnen in der DKP mit marxistisch-leninistischer Weltanschauung gefahren werden, bewegen mich nun schlussendlich zum Austritt aus der DKP, um in die KPD einzutreten.

Dies ist - so hoffe ich - kein Abschied für ewig. Ich hoffe, dass den großen Worten von Patrick nun endlich auch organisationspolitische Taten folgen und der Weg geebnet wird für eine vereinte Kommunistische Partei in Deutschland. Der Umgang mit den GenossInnen der KPD in Thüringen im Zuge deren Wahlantrittes ist jedoch kein guter Beginn für einen gemeinsamen Weg. Dieser sektiererische Weg der DKP soll nun aber nicht mehr der meine sein.

Mein Parteibuch habe ich gestern Pablo übergeben und ihn gebeten, es Dir heute weiter zu geben.

Mit herzlichen kommunistischen Grüßen, Miclas Lacorn

Michael Beltz:

Liebe Genossinnen und Genossen,

einem Ausschluss aus der DKP durch die Bezirks-Schiedskommission oder auch einer Streichung seiner Mitgliedschaft wegen eingestellter Beitragszahlung ist Miklas Lacorn zuvorgekommen und aus der DKP ausgetreten.

In gleichem Sinne führt die Immobilienberaterin/Hausverwalterin BK (Name im Original ausgeschrieben) die öffentliche Verunglimpfung der DKP, des Parteivorsitzenden Patrick Köbele und meiner Person fort. Ob sie als Hausbesitzerin ihren monatlich Parteibeitrag auf 4 Euro reduziert hat mit dem Ziele, ebenfalls auszutreten, ist nicht bekannt.

Patrick und ich reagieren nicht auf Verunglimpfungen durch die beiden Personen.

Rote Grüße, Michael

#### Stellungnahme dazu von der in der Mail angesprochenen Person B.K.:

Nach den bereits in offen-siv veröffentlichten Vorgängen in der DKP Gießen, bei denen es u. A. immer wieder um den Umgang mit kritischen Genossen ging, wurde von Michael Beltz die obige diffamierende und substanzlose E-Mail an DKP-Mitglieder verschickt. Sie ist allerdings für mich zu belanglos, um darauf im Detail zu antworten.

Allerdings ist sie von Bedeutung, was die innerparteiliche „Streitkultur“ in der DKP betrifft. Wie gehen GenossInnen damit um, dass sie nicht in allen Positionen übereinstimmen? Meine Erfahrungen in der DKP besagen, dass unterschiedliche Meinungen oft unterdrückt, nicht ausdiskutiert oder schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen werden. Stattdessen werden die diese Positionen zur Sprache bringenden GenossInnen diffamiert und politisch kalt gestellt. Wirklich sachliche und klärende Auseinandersetzungen finden nicht statt. Leider wird dieser parteischädigende Stil von GenossInnen geprägt, die meinen, besondere Erfahrungen und Verdienste in einer kommunistischen Partei zu haben und daher unangreifbar zu sein – wie vorstehendes Beispiel zeigt.

Besonders indiskutabel ist eine solche Parteipraxis, wenn sie mit persönlichen Vermutungen und Diffamierungen einhergeht und in obiger Form als eine Art „Rundbrief“ verbreitet wird. Mangels tatsächlicher und sachlicher Argumente werden also GenossInnen persönlich angegriffen und ihre Integrität als KommunistInnen in Frage gestellt. Das alles erfolgt sogar – ohne Legitimation – im Namen des Parteivorsitzenden. Diese Praxis ist parteischädigend, denn sie schadet der Stärke und der Geschlossenheit der Partei. Ich bin der Auffassung, dass sich die DKP, wenn sie ihrem eigenen Anspruch gerecht werden will, grundsätzlich mit Fragen der Streitkultur und des Umgangs unter GenossInnen befassen muss. Zurückweisen und verurteilen müsste sie auch einen solchen Umgang innerhalb der Partei, denn sie ist mit den Prinzipien einer kommunistischen Partei nicht vereinbar.

Mit kommunistischen Grüßen, B.K.

## Gedanken zu den „Briefen aus dem Gefängnis“ von Heinz Keßler

### ***Miclas Lacorn: Was uns Heinz Keßler für den aktuellen Kampf mitgibt***

Zunächst möchte ich mich bei den Genossen Keßler und Itzerott sowie Frank und Anna für die Herausgabe der “Briefe aus dem Gefängnis“ bedanken, da es zunächst ein wertvolles historisches Dokument ist, was uns allen Kraft gibt, um unseren Weg hin zu einem neuen Anlauf weiter zu gehen.

Für mich als noch relativ jungen Kommunisten gewährt das Buch zudem einen Einblick in die Zeit und die Protagonisten der DDR Vernichtung.

Soviel aber zur Einleitung, Worum es mir in diesem Artikel geht, sind die grundlegenden theoretischen Erkenntnisse, die die beiden Genossen in ihren Briefen ausgetauscht und diskutiert haben.

Welche sind dies aus meiner Sicht nun?

- \* das gegenseitige Kraft-Geben im Gespräch,
- \* die Ablehnung der Spontaneitätstheorie,
- \* das Eingehen taktischer Bündnisse,
- \* die Erschöpfung linker Kräfte auf Nebenschauplätzen,
- \* das Wirken als (gezwungen) parteiloser Kommunist,
- \* die Entlarvung des Geschichtsrevisionismus,
- \* das Abwägen von Parlamentsarbeit gegen Arbeit unter dem Proletariat und in den Massenorganisationen selbst,
- \* das Führen von Klärungsprozessen in der Partei,
- \* Richtigstellen der Begriffe - die inhaltliche Füllung des Begriffs "Globalisierung",
- \* die Darstellung der DDR und BRD als zwei eigenständige Staaten.

Diese Erkenntnisse habe ich nicht nach ihrer Wichtigkeit sortiert, sondern zum Großteil einfach dem Vorkommen im Buch nach. Nachfolgend gehe ich nun auf diese ein.

#### **Das gegenseitige Kraft-Geben im Gespräch**

*„... einer der Wege, um einander zu helfen, miteinander Kraft zu finden, ist die Begegnung, das offene, freimütige Gespräch. Ich weiß, das ist leichter gesagt als getan. Aber allein, oder anders gesagt, jeder für sich, isoliert, ist und wird das*

*ohnehin schon Schwere noch schwerer. Wie sonst hätten die Kämpfer gegen den Faschismus in der Hitlerzeit, wo immer sie ihre Pflicht erfüllten, durchhalten können?“ (Heinz Keßler, Briefe aus dem Gefängnis, S.21)*

Wie ist nun heute die Situation? Die Situation ist nicht besser als nach dem 1. Weltkrieg. Die wenigen GenossInnen, die MLer, sind in ganz Deutschland verstreut und sehen sich meist nur zur LLL-Demo, dem Gedenken in Buchenwald, den Feiern zum DDR-Geburtstag in Bochum oder anderen politischen Veranstaltungen. Eine einige Partei gibt es nicht, die uns verbindet – formell wie inhaltlich. Da ist es das wichtigste den kontinuierlichen Kontakt via Telefon und heute auch Facebook und anderen neuen Medien zu halten, sich einfach zu zeigen, dass GenossIn doch da ist und den Kampf im persönlichen und politischen Alltag weiter führt.

### **Die Ablehnung der Spontaneitätstheorie**

*„Es ist ein Irrtum, anzunehmen, dass tiefgehende Enttäuschungen über das, was gegenwärtig vor sich geht, sozialer Niedergang, Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel zwangsläufig, automatisch zu politischen Aktivitäten mit dem Ziel, Veränderungen zu erreichen, führt. Du kennst sicher genauso gut wie ich die in der Arbeiterbewegung oft geführte Diskussion über Spontaneität, „Spontaneitätstheorie“ genannt. Die Ablehnung einer solchen Vorstellung von möglichen politischen Aktivitäten hat, so glaube ich, auch heute Gültigkeit. Es bedarf also politischer, wirtschaftlicher, sozialer Orientierung, damit sich die betroffenen Menschen ihrer Lage bewusst werden und politische Vorstellungen entwickeln, wie sie mit den vorhandenen Instrumentarien ihre Lage und damit die Lage ihres Landes politisch verbessern können. Das ist bekanntlich, wie die Geschichte unseres Volkes, seiner Arbeiterbewegung zeigt, ein komplizierter, oft steiniger Weg.“ (Ebenda, S.22-23)*

Hier möchte ich auf den Artikel von Lenin “Was tun?“ verweisen, über den ich einen eigenen Artikel verfassen werde. Den LeserInnen der offen-siv sollte der Artikel Lenins jedoch bekannt sein und das folgende Zitat geläufig: *“Ohne revolutionäre Theorie kann er auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart.“ (Lenin Werke Band 5, S. 379)*

Was machen nun aber einige “linke“ Vertreter in der DKP? Sie stellen Lenin auf den Kopf: *“Ohne revolutionäre Praxis keine revolutionäre Theorie!“* (Originalton Michael Beltz). Welche ideologische Verwirrung damit in den Reihen linker DKPlerInnen und gerade jungen GenossInnen gestiftet wird, muss ich hier nicht weiter erläutern. Über diese “revolutionäre“ Praxis u.a. der DKP Gießen habe ich mich bereits in anderen offen-siv Heften geäußert.

Was bedeutet dies jedoch für uns? Zunächst einmal, dass wir uns nicht nur um der Bekanntheit oder des Mitmachens wegen in praktischer Bündnisarbeit verausgaben sollten. Viel wichtiger ist es, Bündnisse klar zu analysieren und zu diskutieren, wie wir darin die Erkenntnis reifen lassen können, dass jede Bewegung irgendwann an die Grenzen des System stößt, die nur mit dem theoretischen Wissen darüber überwunden werden können.

Jetzt aber zur Bündnisfrage selbst.

### **Das Eingehen taktischer Bündnisse**

*„Mir scheint es dringend und zwingend, Bündnisse zu aktuellen, den Menschen auf den Nägeln brennenden Problemen anzustreben, um von hier aus einen Reife-Lernprozess der Menschen zu beschleunigen. Das schließt nicht aus, dass man an der Basis zwischen unterschiedlichen linken Kräften wie z.B. der PDS und der DKP und anderen zu Aktionen, zu Bündnissen kommen kann und muss. Diese Frage wird immer aktueller, je näher die Wahltermine heranrücken. Aber ohne Druck von der Basis auf die Führung besonders der PDS wird das bei der gegenwärtigen Haltung bestimmter führender Köpfe der PDS nicht möglich sein.“* (Ebenda, S. 68)

Genosse Keßler spricht hier zunächst auch von Parteibündnissen mit der Option auf Wahlbündnisse. Was macht nur der aktuelle DKP-PV? Er stellt dem ideologisch stärksten Genossen ein Bein, indem er in Thüringen selbst zur nächsten Bundestagswahl antritt, anstatt die KPD zu unterstützen und dort selbst auf den Antritt zu verzichten. Das ZK der KPD dagegen ruft auf, den Wahlkampf der DKP zu unterstützen. Kein leichter Weg ...

Wie sollen nun aber solche Bündnisse geschaffen werden und mit wem? Ich denke, hier sollten wir uns der KKE zuwenden. Diese initiiert in Griechenland keine Parteienbündnisse, da sie klar sagt, dass alle Parteien außer ihr Teil des “ideellen Gesamtkapitalisten“ sind und dessen Kriege gegen das gesamte Volk mittragen. Deshalb initiiert die KKE nur Bündnisse mit den Betroffenen selbst, mit dem Bauer, dem Fabrikarbeiter und auch dem kleinen Hausbesitzer.

Sieht die Situation in Deutschland nun groß anderes aus? Uns fehlt die geeinte Kommunistische Partei. Ansonsten müssen wir jedoch sagen, dass die Sozialfaschismusthese (Die Sozialdemokratie ist der Steigbügelhalter des Faschismus) wie die Faust auf dem Auge in der aktuellen Situation ihre Richtigkeit bestätigt.

Einen sehr guten Stand dazu in der DKP gibt ein Artikel auf deren News Seite: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/12/strategie-und-praxis/>

Leider spielen dort eine einige Kommunistische Partei in Deutschland und die historischen Kämpfe der KPD als Beispiele keine Rolle.

### **Die Erschöpfung linker Kräfte auf Nebenschauplätzen**

*„Was besonders Besorgnis erregend ist, dass sich die benannten linken Kräfte, darunter die PDS-Führung, auf Nebenschauplätzen oft erschöpfen, sich den Nöten und Sorgen der Werktätigen viel zu wenig annehmen und vor allem der Jugend, deren Ängsten und Perspektivlosigkeit kaum die gebotene Aufmerksamkeit widmet. Zuweilen wird das noch überlagert mit nicht zu rechtfertigender Polemik gegen die DDR. Man fragt sich mitunter, ist es Unfähigkeit, Absicht, hier und da gesteuert?“* (Ebenda, S. 70)

Über die DKP Gießen und ihr Hippie-Lehrer-Umweltbündnis hatte ich bereits geschrieben. Das ist aber nicht das einzige DKP-Beispiel. Ich erinnere hier an das Beispiel von Phil Red, der über die DKP-Düsseldorf berichtete und ihren Kampf für das Leben von Enten, die der Bevölkerung den Badeteich versauten. Ich denke, dass den LeserInnen hier selbst weitere Beispiele einfallen. Wichtig ist einfach sich im politischen Gespräch darüber auszutauschen.

### **Das Wirken als (gezwungen) parteiloser Kommunist**

*„Zu dem Problem, wo wir Antifaschisten, Kommunisten uns politisch organisieren sollen. Vorausschicken möchte ich, dass man auch als parteiloser politisch aktiv sein kann. Möglichkeiten gibt es in Hülle und Fülle. Du wie ich machen ja davon auch Gebrauch. Im Übrigen, glaube ich, muss das jeder selbst entscheiden.*

*Beim gegenwärtigen Stand meiner Erkenntnis sehe ich das in etwa so: Jede Aktivität im Sinne der linken Kräfte, dazu zähle ich nicht zuletzt die antifaschistische Solidarität mit den politisch verfolgten Genossinnen und Genossen, ist von Nutzen.*

*Ich meine, dass man allen, die Mitglieder der PDS sind, sagen sollte, dass sie es bleiben sollten. Sie sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Fähigkeiten mithelfen zu verhindern, dass die PDS endgültig ins sozialdemokratische Fahrwasser abdriftet, dass sie ein aktiver Sachwalter der elementaren Interessen der Werktätigen wird, dass erreicht wird, eine gesellschaftliche, d.h. sozialistische Alternative zu erarbeiten.*

*Aber einem parteilosen Menschen würde ich nicht raten, in die PDS einzutreten.“* (Ebenda, S. 55-56)

Um KommunistIn zu sein muss GenossIn auch in einer Partei sein, denn nur das gemeinsame, kollektive Diskutieren und Handeln führt zu den richtigen Schritten.

Welche Möglichkeiten für GenossIn gibt es nun in Deutschland?



- \* GenossIn kann in der DKP bleiben und wahrscheinlich bis zum Tod darauf warten, dass die Führung etwas gegen die Antikommunisten in der Partei unternimmt.
- \* GenossIn kann sich sagen: „Lass die mal ihre internen Probleme lösen und dann entscheide ich mich vielleicht. Solange warte ich ohne Partei.“
- \* GenossIn kann sich der KPD und ihrem Bündnis zur Vereinigung der wenigen kleinen kommunistischen Kräfte in Deutschland anschließen.

Wie Genosse Keßler es oben gesagt hat, ist es GenossIn selbst und einzeln, die sich für einen Weg entscheiden muss. Ich sehe aktuell nur die oben dargestellten Möglichkeiten.

Für mich ist der unterste der einzig zukunftsweisende. In jedem Fall kommt es darauf an, die persönliche politische Situation mit GenossInnen zu diskutieren und so quasi schon im Kollektiv die persönliche Entscheidung zu treffen.

### **Die Entlarvung des Geschichtsrevisionismus**

*„Im Wesen der Sache geht es um eine antikommunistische Kampagne, um eine Verteufelung des Marxismus-Leninismus, des Sozialismus. Die Fakten werden wohlweislich aus ihrem historischen Zusammenhang gerissen und die historische Bedeutung der Oktoberrevolution oder des Sieges des Sozialismus über den Faschismus werden nicht nur ignoriert, sondern verketzert.“* (Ebenda, S. 42)

Haben wir KommunistInnen in Deutschland eine Geschichte? Ja die haben wir. Unsere Geschichte – im engeren Sinne – begann wie in Russland im Zuge der revolutionären Beendigung des 1. Weltkrieges. Es kam die Novemberrevolution und mit ihr die Gründung unserer Partei, der KPD.

Im Zuge des revolutionären Abwehrkampfes gegen den Kapp-Putsch wurde die Rote Ruhr Armee geschaffen, die erste proletarische Armee auf deutschem Boden. Weiter wurde im Hamburger Aufstand die Theorie der Stadtguerilla entwickelt. Und um nicht alles zu nennen, aber das Wichtigste: die Gründung des ersten proletarischen Staates in Deutschland, die DDR.

Was ist aber nun das Verbrechen, was an unserer Geschichte verübt wird? Das schlimmste ist wohl das Vergessen und Totschweigen. Es ist natürlich einfacher, große Solidarität mit Lateinamerika zu halten, Che Guevara Clubs oder Salvador Allende Zentren zu eröffnen, anstatt sich an Ernst Thälmann und Ernst Schneller zu erinnern. Das tat ja niemandem weh – schon gar nicht dem Klassenfeind – wenn die GenossInnen sich irgendwo vom anderen Kontinent Vorbilder suchten, anstatt sich der eigenen revolutionären Geschichte bewusst zu werden und damit auch dem revolutionären Feuer, das auch in diesem deutschen Volk vorhanden war und wieder geweckt werden muss.

## **Das Abwägen von Parlamentsarbeit gegen Arbeit unter dem Proletariat und den Massenorganisationen selbst**

*„Verhängnisvoll wäre es, wenn man den außerparlamentarischen Kämpfen und anderen Tätigkeiten anderer Organisationen wie z.B. Gewerkschaften, Mietervertretungen, Arbeitslosenorganisationen nicht die genügende Aufmerksamkeit widmen würde.*

*So wichtig eine gute Arbeit in den Parlamenten ist, sie kann nur ein, vielleicht sogar noch nicht einmal das wichtigste Stuhlbein sein.*

*Bleibt die so heiß umstrittene Frage nach dem strategischen Endziel. [...]*

*Jeder weiß natürlich, dass die Fragestellung: heute Sozialismus unreal und lebensfremd ist. Trotzdem muss die Frage des strategischen Endziels gestellt werden, obwohl das Erreichen aus subjektiven und objektiven Gründen keine Kampfaufgabe der Gegenwart ist in Deutschland, vielleicht auch nicht der absehbaren Zukunft.*

*Jetzt gilt es, die verfassungsmäßigen Möglichkeiten für die Interessen der Menschen maximal zu nutzen. Mehr noch, die Verfassung, das Grundgesetz gegen jede Aushöhlung zu verteidigen.“ (Ebenda, S. 39-40)*

Natürlich ist hier zuallererst die Partei Die Linke zu nennen, die die Sache inzwischen vollkommen umgekehrt hat. Parlamentsarbeit an erster Stelle, Massenaktionen und außerparlamentarischer Kampf nur, wenn es gar nicht anders geht. Aber hier nenne ich auch wieder die DKP in Hessen. In Mörfelden-Waldau – südlich von Frankfurt – ist die DKP mit gut 5% im Stadtrat vertreten und das seit Jahrzehnten. Was geht aber sonst so? Nichts! Überalterung und keine Arbeit außerhalb des Parlaments. Genau dasselbe ist in Kassel, Marburg und Gießen. Nur dass es dort linke Bündnisse sind, in denen einige DKPler halt bekannt sind.

Was wäre nun aber Aufgabe einer Kommunistischen Partei? *“Eine der Grundbedingungen für die notwendige Erweiterung der politischen Agitation ist die Organisierung allseitiger Enthüllungen. Anders als durch diese Enthüllungen kann das politische Bewusstsein und die revolutionäre Aktivität der Massen nicht herangebildet werden.“* (Was tun?, in Lenin in 6 Bänden, Band 1 S.408) Es gelte also nach Lenin die Schweinereien, die den Proletariern in den Betrieben angetan werden, öffentlichen zu machen und ihnen, wie es in einem weiteren bekannten Zitat heißt, *“von außen“* ihre Situation zu erklären.

Dafür und für das Eingehen taktischer Bündnisse bedarf es aber erst einmal einer geeinten Kommunistischen Partei, deren Voraussetzung ein Klärungsprozess ist.

## **Das Führen von Klärungsprozessen in der Partei**

*„Ich bin mir auch darüber im Klaren, dass die – wenn auch schmerzliche – Klärung der PDS noch bevorsteht. Selbstverständlich immer mit dem Ziel im Auge, linke Kräfte auf prinzipieller Basis zu bündeln und zu kräftigen gegen rechts und Neofaschismus. Ein langer, beschwerlicher Weg. Dennoch, er muss besritten werden.“ (Ebenda, S. 37)*

Wie wichtig Klärungsprozesse sind, sieht GenossIn gerade am Beispiel der DKP. Leider wird ein solcher Prozess dort nicht zielführend, d.h. wirklich klärend geführt, da der Vorstand Angst hat, Mitglieder zu verlieren. Was hat es jedoch für einen Sinn, dass sicherlich fähige GenossInnen einen Laden verwalten, der nicht arbeitsfähig ist und durch diese Anti-Klärung immer weiter einschläft. Was hat es für einen Sinn, der Geschichtskommission der DKP das eigenständige Denken und Handeln zu verbieten? Ist es wirklich nur die Angst, in der Partei umstrittene Themen anzusprechen?

Aus meiner Sicht verlieren die KommunistInnen in Deutschland nur Zeit. Zeit, die wirklich dringend in diesen Klärungsprozess investiert werden muss. Zeit, die davon läuft, denn die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkriegs wird immer größer.

Was sind nun aber die zu klärenden Themen?

- \* Die Partei? Avantgarde und Führerin der Massen
- \* Das Ziel? Die Diktatur des Proletariats
- \* Der Weg? Strategie und Taktik im Klassenkampf
- \* Die DDR? Die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse
- \* Die zwei Seiten des Bündnispartners Russland

Was sollte in diesem Klärungsprozess zunächst nicht an erster Stelle stehen?

\* Die Beurteilung religiöser Konflikte in anderen Länder – z.B. Judentum vs. Islam  
Warum? Diese Frage spaltet kommunistische Kräfte in Deutschland, die sich über die vier ersten oben genannten Punkte einig sind.

\* Die Einschätzung kommunistischer Parteien und Bewegungen in anderen Ländern  
Warum? Zwar können grundsätzliche Erfahrungen im Klassenkampf verallgemeinert werden, die jeweilige konkrete Situation ist in den unterschiedlichen Ländern aber unterschiedlich. Und deshalb auch die an die Situation angepasste Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung. Da ist ein Streit über kommunistische Parteien oder Bewegungen in anderen Ländern nicht zielführend.

Zudem: Wer die ersten vier oben angesprochenen Punkte versteht und anerkennt, wird nach Analyse eines jeden Landes richtige Schlüsse ziehen.

### **Richtigstellen der Begriffe - die inhaltliche Füllung des Begriffs "Globalisierung"**

*„Wir erleben den Kapitalismus pur. Nachdem es nun keinen nennenswerten staatlich organisierten sozialistischen Widerpart mehr gibt, geht das Kapital mit schwindelerregendem Tempo daran, alles, aber auch alles dem Maximalprofit unterzuordnen. Wie Recht hatten doch Marx, Engels, Lenin. Der Begriff „Globalisierung“ steht für das, was Lenin als die höchste Stufe des Kapitalismus bezeichnete. Arbeitslosenzahlen, die denen von 1929-1933 immer näher kommen, sind alarmierend. Es scheint, dass zur Verschleierung der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus wieder aus der Kiste geholt wird – und so weiter und so fort.“ (Ebenda, S. 63)*

Wie wichtig die Richtigstellung der Begriffe für uns KommunistInnen ist, sehen wir ja gerade an dem zitierten bürgerlich-linken Modewort „Globalisierung“. Die sogenannte „Globalisierung“ ist eben nur eine Erscheinung des Imperialismus.

Neben einer großen Menge von irreführenden begriffen wie „Tarifpartner“, „Sozialpartnerschaft“ und „Sozialstaat“, „Verteidigungsministerium“ und „gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands“ und so weiter haben wir es jetzt gerade mit einem weiteren bürgerlich verkorksten Begriff zu tun: dem Flüchtling. Für uns als KommunistInnen ist ein Flüchtling ein Mensch, der in seinem Land aufgrund seiner fortschrittlichen Einstellung verfolgt wird und entsprechend in einem anderen Land Schutz sucht. Was uns heute als „Flüchtlinge“ präsentiert wird, sind jedoch viele, nur zum Großteil keine fortschrittlichen Menschen. Diese Menschen werden vom ideellen Gesamtkapitalisten in der Inkarnation von Frau Merkel hierher geholt, um eine doppelte Funktion für das deutsche Kapital zu erfüllen. Zunächst einmal sollen sie die Löhne drücken. Ihre zweite Funktion ist, als Vehikel zum Schüren des Rassismus zu dienen und das deutsche Proletariat vom Hauptfeind – dem deutschen Imperialismus – abzulenken.

### **Die Darstellung der DDR und BRD als zwei eigenständige Staaten**

*„Was war die Grenze zwischen den beiden Staaten DDR und der BRD?“*

*Im Unterschied zum Herrn Vorsitzenden des Gerichtes, der so weit es mir im Gedächtnis haften geblieben ist, immer von der Grenze zwischen der DDR und der BRD sprach und damit weitestgehend den Realitäten gerecht wurde, hörten wir das von dem offiziellen Vertreter der Anklagebehörde anders. [...]*

*Einerseits spricht der Oberstaatsanwalt von einer innerdeutschen Grenze, andererseits von der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik. Der Oberstaatsanwalt ging bei seinen Darlegungen von einer nicht völkerrechtlich vorhandenen innerdeutschen Grenze aus. [...]*

*Bekanntlich waren die DDR und die BRD als selbstständige Staaten Mitglieder der UNO, eben nicht als innerdeutsche Gebilde, was wohl die Rede von dieser „innerdeutschen Grenze“ als Voraussetzung gehabt hätte.*

*In dieses internationale Gremium, die UNO, wurden sie als selbstständige, souveräne Staaten aufgenommen. Man sollte die diesbezüglichen Dokumente der UNO zu Rate ziehen. Die DDR und die BRD gehörten zugleich als völkerrechtliche Staaten den Paktsystemen – der NATO beziehungsweise dem Warschauer Vertrag – an. Dazu ergaben sich unter anderem für die DDR, die wechselseitigen, in jeder Beziehung abgestimmten Verpflichtungen, diese Grenze, die zugleich Grenze zwischen den beiden sich gegenüberstehenden Paktsystemen war, entsprechend den Erfahrungen der Sowjetunion, ihren Vorstellungen, zu schützen und zu verteidigen.“ (Ebenda, S. 92 – 94)*

Wenn wir es uns zur Aufgabe machen, die DDR als Bestandteil in unseren Klärungsprozess mit aufzunehmen, müssen wir sie auch verteidigen können gegen jede Art von Geschichtsrevisionismus. Wir benötigen dazu gerade auch das rechtliche Wissen, um die bürgerlichen Kräfte mit ihren eigenen Waffen zu schlagen.

Nicht umsonst ist die Richtigstellung der Begriffe Teil des ideologischen Klassenkampfes.

Abschließend möchte ich sagen, dass dieser Artikel sicher keine erschöpfende Betrachtung der Briefe des Genossen Keßler sind. Es wird sicherlich auch kritische Stimmen zu meiner Darstellung der Situation der kommunistischen Bewegung in Deutschland geben. Aber das ist ja auch der Sinn der offen-siv: In die Diskussion zu kommen.

Beschließen möchte ich den Artikel mit einem Lenin Zitat, das in die Zukunft weist:

*“Unsere erste und dringendste praktische Aufgabe: eine Organisation von Revolutionären zu schaffen, die fähig ist, dem politischen Kampf Energie, Zähigkeit und Kontinuität zu verleihen.“ (Was tun?, in „Lenin in 6 Bänden“, Band 1, S.445)*

---

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,  
37194 Bodenfelde-Wahmbeck  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**

